

Lars Lüdiche (Hg.)

"Ausgeforscht?"

Neueste Forschungsergebnisse zur
Friedlichen Revolution 1989/90

Herausgegeben von Lars Lüdicke im Auftrag der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Deutschen Gesellschaft e. V.

Gefördert mit Mitteln der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG 

Alle Rechte vorbehalten.

Dieses Werk, einschließlich aller seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urhebergesetzes ist ohne Zustimmung der Deutschen Gesellschaft e. V. unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Verfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung auf DVDs, CD-ROMs, CDs, Videos, in weiteren elektronischen Systemen sowie für Internet-Plattformen

© Deutsche Gesellschaft e. V.

Voßstraße 22

10117 Berlin

dg@deutsche-gesellschaft-ev.de

Layout und Gestaltung: Johanna Weise

 **Deutsche
Gesellschaft e.V.**

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	5
Operation am offenen Herzen. Eine Bilanz des Vereinigungsprozesses nach dreißig Jahren <i>Stefan Wolle</i>	8
WISSENSCHAFT	
Die Transformation der ostdeutschen Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in den 1980/90er Jahren <i>Axel-Wolfgang Kahl</i>	21
MILITÄR	
Das Ende der NVA – Kein Ende der Forschung <i>Heiner Bröckermann</i>	49
WIRTSCHAFT	
Neue Zugänge zur Erforschung der Treuhandanstalt..... durch eine Fallbeispielanalyse: Die Privatisierung der Schwermaschinenbau AG Wildau <i>Wolf-Rüdiger Knoll</i>	66
PARTEIEN	
Die Transformation der SED zur PDS und der Streit um ihre politische Integration <i>Thorsten Holzhauser</i>	86

RETROSPEKTIVE

Parteien und Experten als Akteure in geschichts- 110
politischen Debatten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Julia Reuschenbach

Mitwirkende 125

Vorwort

Seit der Deutschen Einheit im Oktober 1990 sind allein in der Bundesrepublik fast 7000 Bücher zur Geschichte der DDR erschienen.¹ Trotzdem ist dieses Kapitel deutscher Geschichte noch längst nicht »ausgeforscht«, wie die anhaltende Konjunktur dieses Forschungsfeldes zeigt: Erst in jüngster Zeit öffnet sich die Forschung beispielsweise einer verflechtungsgeschichtlichen Untersuchungspraxis, die den Prozess von Revolution und Einheit in synchroner wie in diachroner Perspektive analysiert, die also auf die Herausarbeitung der übergeordneten räumlichen und zeitlichen Zusammenhänge ausgerichtet ist. Die Ergebnisse dieser Perspektiverweiterung sind doppelter Art; es entstehen

- einerseits transformationsgeschichtliche Verflechtungsstudien zum Übergang von der SED-Diktatur in die Demokratie, mit denen – stärker als bislang – die Fragen nach Kontinuitäten und Brüchen, nach längerfristigen Folgen des sozio-ökonomischen Wandlungsprozesses oder nach (bis heute andauernden) Wirkungen von generationellen Einstellungen, kulturellen Mentalitäten und personellen (Elite-) Kontinuitäten in den Blick genommen werden, und
- andererseits vergleichsgeschichtliche Studien zur Kontext- und Beziehungsgeschichte, in denen die (vielfältig verflochtenen) deutsch-deutschen Entwicklungen mit (ost-)europäischen ins Verhältnis gesetzt werden, um – mit unterschiedlichen Ansätzen, die von politikgeschichtlichen

¹ Mählert, Ulrich: Totgesagte leben länger. Oder: Konjunkturen der DDR-Forschung vor und nach 1989, in: Ders. (Hrsg.): Die DDR als Chance. Neue Perspektiven auf ein altes Thema, hg. Im Auftrag der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin 2016, S. 9-21, hier S. 9.

bis zu kulturwissenschaftlichen Zugängen reichen – die Gemeinsamkeiten und Unterschiede auf dem Gebiet von Politik, Kultur, Wirtschaft usw. herauszuarbeiten.

Neben diesen transformationsgeschichtlichen Studien, die auf die Analyse historischer Entwicklungslinien (Transformation) beziehungsweise auf die Untersuchung von deutsch-deutsch-europäischen Wechselwirkungen (Interdependenz) abzielen, existieren Desiderate auch hinsichtlich transformationsspezifischer Untersuchungsfelder; das vom Institut für Zeitgeschichte betreute Großprojekt² zur Struktur und Arbeitsweise der Treuhandanstalt repräsentiert ein solches Feld, das als Forschungslücke bezeichnet werden muss. Ganz offenkundig ist die These des »ausgeforschten Untersuchungsfeldes« also in einem Maße unzutreffend, dass eher das Gegenteil zu gelten scheint.

Angesicht der Vielzahl von Studien, die eine äußerst produktive Forschung hervorgebracht hat, erschien es deshalb sinnvoll und geboten, die neuesten Wissenschaftserträge aus dem »wissenschaftlichen Elfenbeinturm« herauszuholen und einem größeren Interessentenkreis vorzustellen – gerade im Jubiläumsjahr der »Friedlichen Revolution«. Zu diesem Zweck hat das Forum Deutschlandforschung, der wissenschaftliche Arm der Deutschen Gesellschaft e. V., am 26. und 27. September 2019 ein Kolloquium durchgeführt, das (Nachwuchs-)Wissenschaftlerinnen und (Nachwuchs-)Wissenschaftlern die Möglichkeit zur Vorstellung neuester Forschungserträge geben, neue Impulse setzen, zum Transfer von Forschungsergebnissen beitragen und die Vernetzung der Forschenden unterstützen sollte.

² <https://www.ifz-muenchen.de/aktuelles/themen/geschichte-der-treuhandanstalt/>

Einem pluralistischen Wissenschaftsverständnis folgend, wurden Forschende unterschiedlicher Institutionen eingeladen, die ihre jeweiligen Forschungsprojekte beziehungsweise -felder präsentierten und diskutierten. Auf diese Weise entstand ein exemplarischer Querschnitt durch das Themenspektrum »Friedliche Revolution und ihre Folgen«, der sich auf folgende Gebiete erstreckte: Entwicklung und Grundprobleme der Forschung zur Friedlichen Revolution, Wissenschaft, Militärwesen, Wirtschaft, Parteien, Gesellschaft. Bereits in dieser Konkretisierung wird deutlich, wie sich der Vor- und der Nachteil der Exemplarität bedingen: Zwar konnte das Kolloquium die große Bandbreite der Forschungsinteressen und -zugänge deutlich machen, aber vermittels der jeweiligen Projekte nur Ausschnitte eines weitreichenderen Untersuchungsfeldes vertiefen. Dass ein anderer Ansatz zu anderen Ergebnissen geführt hätte, versteht sich von selbst. Dementsprechend wurde verschiedentlich der Wunsch geäußert, das Kolloquium fortzusetzen, um einzelne Themengebiete vertieft oder unberücksichtigte Themengebiete überhaupt in den Blick nehmen zu können. Auch in dieser Perspektive zeigt sich, was es noch »auszuforschen« gilt. Allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Kolloquiums, die mit ihren Vorträgen und Diskussionsbeiträgen zum Erfolg des Kolloquiums beigetragen haben, sei herzlich gedankt – ausdrücklich auch all jenen, die ihre Forschungserträge in dieser Online-Publikation einem größeren Interessentenkreis vorstellen.

Berlin im April 2020
Lars Lüdicke

Stefan Wolle

Operation am offenen Herzen. Eine Bilanz des Vereinigungsprozesses nach dreißig Jahren³

»Wie fühlt man sich an dem Tag, an dem der Staat aufgelöst wird, in dem man gelebt hat?« fragte die Reporterin vom WDR-Hörfunk. Wir saßen am Nachmittag des 3. Oktober 1990 auf der Terrasse eines Cafés am Kurfürstendamm in Berlin. Auf dem kreisrunden Marmortisch drehte sich das Aufnahmegerät einen langen Moment leer. Ich hätte gern etwas Kluges und Tiefsinniges gesagt. Doch gleichzeitig sollte es ehrlich und authentisch klingen. Vielleicht hätte man sagen sollen, wie unvorstellbar es noch vor einem Jahr gewesen wäre, hier am Ku'damm mit einer Journalistin eines »imperialistischen Massenmediums« ohne Angst zu plaudern. Allein die Tatsache, dass die S-Bahn am Bahnhof Friedrichstraße weiter in Richtung Westen fuhr, war elf Monate nach dem Mauerfall immer noch unglaublich. Aber das hätte vielleicht zu naiv geklungen. Die Hörer im Sendegebiet des WDR wollten bestimmt etwas hören von den großen Träumen und von der gescheiterten Utopie des Sozialismus. Davon redeten in der dahinsiechenden DDR gerade diejenigen viel, die in den vergangenen Jahren nicht gerade durch Träumereien, sondern durch rücksichtslose Machtausübung aufgefallen waren. Vielleicht hätte man auch von den ökonomischen und sozialen Schwierigkeiten im Osten Deutschlands reden sollen, die sich damals schon überdeutlich abzeichneten. Aber das hätte angesichts der Feierstimmung vielleicht zu nüchtern geklungen. Hätte ich den Rundfunkhörern sagen sollen, dass hier auf der Flaniermeile des alten Westens die Leute spazieren gehen, einkaufen

³ Eine gekürzte Fassung des Vortrages ist bereits in der Zeitschrift *Damals* Heft 2/2020 unter dem Titel »Rausch und Kater« erschienen.

oder im Kaffeehaus sitzen, und ich es sehr gut fand, dass zumindest hier niemand Nationalhymnen singen und Fahnen schwenken wollte. Doch das hätte sehr unpatriotisch geklungen. Ich habe keine Ahnung mehr, was ich damals ins Mikrofon gestammelt habe und was davon gesendet wurde. In Erinnerung geblieben ist das Bild der schon tief über den Häusern hängende nachmittägliche Herbstsonne und eine Frage, auf die ich keine überzeugende Antwort wusste.

Die Schatten der Vergangenheit

Nach dem Interview schlenderte ich zurück in Richtung Osten, vorbei am Reichstag, wo gerade die letzten Lautsprecherproben für den abendlichen Festakt stattfanden. Das Gelände war weiträumig abgesperrt und noch fast leer.

Das Brandenburger Tor war bereits am 22. Dezember 1989 für den Fußgängerverkehr freigegeben worden und einige Wochen später waren die letzten Mauerreste verschwunden. Nur ein provisorisches Denkmal mit einigen Holzkreuzen und verwelkten Kränzen erinnerte noch an die Menschen, die an der Mauer erschossen worden waren.

Längst hatten Kleinhändler den Raum um das Brandenburger Tor erobert. Das Brachland hieß zwar laut Stadtplan immer noch Pariser Platz, war aber schon lange kein Platz mehr, sondern ein riesiges Schussfeld, das die DDR-Behörden im Laufe der sechziger und siebziger Jahre freigeräumt hatten. Selbst die Reste des legendären Hotels Adlon waren abgerissen worden. Nun gab es hier eine riesige unbehauste Fläche mit viel Platz für Buden und Stände. Da das Terrain zu Ost-Berlin gehörte, gab es weder eine Marktordnung noch wurden Standgebühren kassiert. Auf dem Trödelmarkt wurden die Symbole und Insignien des SED-Staates verramscht: Ehrendolche, Offiziersmützen, Orden, Parteiausweise – lauter

Gegenstände, die in der DDR den Nimbus großer Heiligkeit hatten. Die Berlinbesucher wollten gern ein Andenken mit nach Hause nehmen. Für die DDR-Bürger war es eine Art Befreiung durch Banalisierung, ähnlich dem Zerhacken der Betonsperren durch die legendären Mauerspechte. »Der Stacheldraht wächst langsam ein/Tief in die Haut, in Brust und Bein«, hatte Wolf Biermann 1976 in seiner »Ballade vom preußischen Ikarus« gesungen. Nun musste der Stacheldraht aus dem lebendigen Organismus herausgerissen werden – eine Operation am offenen Herzen.

Die Stasi

Doch die Vergangenheit ließ sich nicht wie ein Ramschverkauf erledigen. DDR-Vergangenheit hieß zunächst einmal Aufarbeitung der Geschichte und Rolle des Ministeriums für Staatssicherheit – sowie der Tätigkeiten und Taten dieses Geheimdienstes, der zumeist nur mit dem Kurzwort »Stasi« bezeichnet wird. Diese Aufarbeitung begleitete das erste Jahrzehnt der Nachwendezeit und die Zeit darüber hinaus. Es erwies sich als historischer Glücksfall, dass es den Besetzern der Stasi-Zentralen noch im Spätsommer 1990 gelungen war, Gesetze durch das Parlament, die Volkskammer, zu bringen, die die fast vollständige Öffnung der Stasi-Akten möglich machte. Erstmals in der Geschichte war die gesamte Hinterlassenschaft eines Geheimdienstes für die Betroffenen, aber auch für die Medien und die Forschung einsehbar. Das war teilweise schmerzhaft, aber der einzige Weg der Gesundung der Gesellschaft vom Gift der staatlichen Schnüffelei, des Misstrauens und der moralischen Niedertracht. Weder die Sensationsgier westlicher Medien noch das angebliche Bestreben der bundesdeutschen Seite, die DDR zu delegitimieren, waren für die Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit maßgeblich, sondern der Wille der DDR-Bürger, die Methoden des

Unterdrückungssystems offenzulegen. Natürlich gab es im ersten Jahrzehnt eine einseitige Fokussierung auf das Ministerium für Staatssicherheit. Es gab auch überhöhte Erwartungen an den sachlichen Wert der Akten. Doch insgesamt bot die nach ihrem Leiter, Joachim Gauck, damals Gauck-Behörde genannte Einrichtung die Grundlage für eine gesetzlich geregelte und ausgewogene Bewältigung dieses beklemmenden Kapitels der Geschichte.

In der Wahrnehmung auch seriöser westlicher Analytiker war die DDR bis an ihr Ende eine moderne Volkswirtschaft, ein verlässlicher Vertragspartner und insbesondere ein zahlungsfähiger Kreditempfänger. Einige Monate später war nur noch von einem Schrotthaufen die Rede, der meistbietend verschleudert wurde. Das hat viele Menschen erstaunt und verbittert. Nicht wenige mutmaßten einen perfiden Trick der Kapitalisten, die sich an dem Volkseigentum der DDR bereichern wollten.

Ökonomische Transformation

Viele Menschen erlebten den Transformationsprozess als Entwertung ihrer Lebensleistung, als Zurücksetzung und Demütigung. Dies betraf nicht allein die ehemaligen Funktionselementen des SED-System. Die Debatte um diese Frage verläuft in der Regel sehr emotional entlang der virtuellen Ossi-Wessi-Grenze. Wichtig sind aber die ökonomischen Rahmenbedingungen: der Arbeitskräftemangel und die daraus resultierenden Verzerrungen in der Entlohnung, die Politik stabiler Preise sowie die ausufernde Subventionierung bestimmter Produkte, die Praxis der Sozialgeschenke aus Furcht vor einer politischen Destabilisierung. Die Außenhandelsbeziehungen wie der innerdeutsche Handel und die Kreditvergabe durch westliche Banken, die zu einer wachsenden Abhängigkeit der DDR-Volkswirtschaft vom westlichen Kreditmarkt

führten, sind ebenso zu berücksichtigen wie die sowjetischen Rohstoffexporte, die einen Rückgriff auf die Braunkohle als Energieträger bedingten. Am Ende der DDR stand laut eigener Analyse die Erkenntnis, dass es einer Reduzierung des Lebensstandards um ein Drittel bedürfe, um die DDR wieder zahlungsfähig machen zu können. Eine solche Maßnahme war angesichts der angespannten Stimmung im Lande und ohne die militärische Rückendeckung der Sowjetunion nicht mehr möglich. Man konnte glücklich leben in dem Staat hinter der Mauer, meinen die einen, und verweisen auf Vollbeschäftigung, Kinderkrippen, Kollegialität am Arbeitsplatz und harmonischem Miteinander im Alltag. Die anderen erinnern erbittert an die Todesschüsse an der Mauer, an den Stasi-Knast, die notorische Unfreiheit und Bevormundung. Ein wichtiger Punkt war die Versorgung mit Waren und Dienstleistungen. Alles war knapp und alles war überreichlich vorhanden. Der Mangel an Waren führte zu einer verbreiteten Verschwendung. Alle waren unzufrieden und alle – oder doch fast alle – passten sich an, kümmerten sich um das Nächstliegende, versuchten durchzukommen, das Beste aus der Situation zu machen. Man hatte sich eingerichtet, kannte die Spielregeln. Der Staat und die Partei mit ihren Ansprüchen, ihren Parolen und ihrer Ideologie waren oft unendlich weit fort. Wenn es überhaupt Probleme gab, so waren es scheinbar allein Versorgungsprobleme. Lauter Spießler, soweit das Auge reicht? Angepasste, geduckte Kleinbürger, ängstliche Untertanen, die es sich wohl ergehen ließen in dem Ländchen hinter dem Stacheldraht? Stieß das totalitäre System am Gartenzaun an seine Grenze oder war der Maschendrahtzaun die Grenze des unsichtbaren Gehäuses der Hörigkeit? War das kleine Spießerglück die Gegenwelt zur SED-Diktatur oder deren Teil? War die DDR eine Gesellschaft der willigen Untertanen, die mit ihrem

Staat einen heimlichen Gesellschaftsvertrag geschlossen hatten oder war der Rückzug ins Private eine Form des Widerstehens? War die verhöhte und geschmähte Kleinbürgerlichkeit die eigentliche Lebens- und Überlebensform der Menschen im Sozialismus, die schließlich über alle Utopien und Ideologien triumphierte?

Jedenfalls paralyisierte der allgemeine Schlendrian das Zwangssystem. Der hohe moralische Anspruch der sozialistischen Ideologie wurde unterminiert. Die Herrschenden hatten den Glauben an sich selbst verloren. Der Sozialismus ist an sich selbst zugrunde gegangen. Er scheiterte nicht an seinen Unvollkommenheiten, sondern an seiner Vollendung. Am Ende stand – physikalisch ausgedrückt – die Entropie des DDR-Sozialismus. Die Entmündigung der Menschen, auch der eigenen Anhängerschaft, durch die Allzuständigkeit der Partei führte zum Verlust von Verantwortung. Die Installierung eines machtgeschützten Wahrheitsmonopols zerstörte den Austausch von Informationen und Meinungen im öffentlichen Raum, den die Gesellschaft braucht wie der Körper den Blutkreislauf. Der permanente Erziehungsanspruch des Staates hielt die Menschen im Status von Kleinkindern, denen alles vorgesetzt wird, solange sie folgsam sind. Ein Übriges tat die Freiheitsberaubung durch die Mauer und die Stasi. Im Schutz der Mauer entwickelte sich eine Einheitsgesellschaft der Angestellten, die auch die Integration der Frauen in den Arbeitsprozess erwirkte. Dazu entwickelte sich eine Kollektivität, die teils Zwang, teils Notgemeinschaft, teils Fluchtburg war. Diese funktionierte durch die Mangelgesellschaft, die das System kurzfristig stabilisierte, langfristig aber paralyisierte und seiner Abwehrkräfte beraubte.

Sehnsucht nach der starken Hand

Am 3. Oktober 1990 um null Uhr erlosch mit dem Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes – so die staatsrechtlich exakte Formulierung – die Existenz der DDR. Kurz vor Mitternacht erklang das Deutschlandlied, und zu den Klängen der Freiheitsglocke wurde das schwarz-rot-goldene Banner am Mast emporgezogen. Dann stiegen die Feuerwerksraketen in den Nachthimmel über Berlin. Auf der Tribüne vor dem Reichstag stand die Prominenz der Bundesrepublik. Der Bundeskanzler Helmut Kohl bildete allein schon aufgrund seiner physischen Präsenz den Mittelpunkt. Neben ihm standen seine Gattin, der Bundespräsident Richard von Weizsäcker, der SPD-Vorsitzende Willy Brandt, und ganz im Hintergrund der letzte Ministerpräsident der DDR, Lothar de Maizière, dessen Amt sich in diesen Minuten erledigte.

Innerhalb weniger Monate hatte sich eine gänzliche Neuorientierung der Bevölkerung vollzogen. Am 29. Dezember 1989 veröffentlichte das *Neue Deutschland*, das Parteiblatt der nunmehr zur Partei des Demokratischen Sozialismus (SED/PDS) gewendeten Staatspartei, die Resultate einer Meinungsumfrage. Auf die Frage, welcher Partei sie bei einer Wahl ihre Stimme geben würden, nannten 34 Prozent die SED/PDS. Die CDU lag bei 7,9 Prozent, das Neue Forum bei 4,8 Prozent und die Sozialdemokratische Partei (SDP) bei 5,4 Prozent. Mit Sicherheit war diese Meinungsumfrage von politischen Absichten geprägt – doch hätte man die Zahlen wohl kaum veröffentlicht, wenn sie nicht einer verbreiteten Stimmung unter den ehemals staatsstreuen DDR-Bürgern entsprochen hätte. Ehe Anfang 1990 der Zug der Zeit eindeutig in Richtung deutsche Einheit abfuhr, waren die Kräfte der Beharrung sehr stark. Die häufigsten Zukunftswünsche der DDR-Bürger waren Sicherung der Vollbeschäftigung und stabile Preise (34,7 Prozent), medizinische

und soziale Betreuung (33,6 Prozent), Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung (32,5 Prozent). 52,1 Prozent der Befragten trauten die Lösung dieser Aufgaben am ehesten der Regierung von Hans Modrow zu. Die Datenerhebung fand zwischen dem 19. und 21. Dezember 1989 statt.

Am Abend des 19. Dezember 1989 bot sich beim Besuch von Bundeskanzler Kohl in Dresden ein ganz anderes Bild. Auf dem Neumarkt vor der Ruine der Frauenkirche sammelte sich eine riesige Menschenmenge mit schwarz-rot-goldenen Fahnen. Die Menge skandierte die Zeile aus der Nationalhymne der DDR »Deutschland, einig Vaterland« und rief im Sprechchor immer wieder »Helmut, Helmut ...«. Die wenigen DDR-Flaggen mit Hammer, Zirkel und Ährenkranz gingen in der Menge unter. Ebenfalls im Dezember 1989 wurden bei der Montagsdemo in Leipzig Plakate mit der Aufschrift »Helmut, nimm uns an der Hand, führ' uns ins Wirtschaftswunderland! « herumgetragen.

Das Ende der DDR wurde begleitet von einem doppelten Glaubensverlust. Die Kirche hat trotz ihrer wichtigen Rolle während der Wende – die manche eine protestantische Revolution genannt hatten – ihre Funktion als Hüterin sittlicher Werte allmählich verloren. Die DDR war wenigstens vom Anspruch her ein Staat der Sekundärtugenden. Das Leben des Einzelnen war eingebunden in eine Art kollektiver Sinnerfüllung. Fleißige Arbeit im Betrieb und gesellschaftliche Tätigkeit im Wohnbezirk waren geehrt und geachtet. Die Mühen des Alltags waren geadelt durch eine ideologisch geprägte Wertschätzung. Dieses Wertesystem brach 1989/90 zusammen, ohne dass die traditionellen Werte der Zivilgesellschaft automatisch wieder ihren Platz einnahmen. Dieser Autoritätsverlust führte zu einer diffusen Sehnsucht nach einer starken Hand, nach der Geborgenheit der Gruppe, nach einer

ideologischen Sinnerfüllung jenseits jeglicher Kritik. Das macht Teile der Bevölkerung anfällig für die rückwärtsgewandte Utopie vom Arbeiter-und-Bauern-Paradies, das es niemals gegeben hat. Die bürgerliche Gesellschaft betrat 1789 die Bühne der Geschichte mit dem schmetternden Dreiklang: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Die Freiheit hat zum zweihundertsten Jahrestag der Französischen Revolution auch im Osten Deutschlands Einzug gehalten. Auch die Gleichheit ist wenigstens im rechtlichen Sinne verwirklicht. Was viele Menschen in der Gesellschaft vermissen, ist die Brüderlichkeit. Ohne sie scheinen Freiheit und Gleichheit immer wieder gefährdet. Kaum hatten die Ostdeutschen den aufrechten Gang erlernt, sehnten sich schon wieder nach einer Autorität. Die Hoffnungen richteten sich nun auf Bundeskanzler Kohl. Er verkörperte den reichen Onkel aus dem Westen, der mit seiner dicken Brieftasche alle Probleme löst. Wieder wurde die Verantwortung an eine Vaterfigur delegiert. Als nicht alle Träume von den »blühenden Landschaften« in Erfüllung gingen, kippte die Stimmung in ihr Gegenteil. Es verbreitete sich bereits in den neunziger Jahren eine »ostalgie« Grundstimmung, die seit 2015 ein seltsames Amalgam mit rechtspopulistischen Ideen bildet.

Abwicklung und Kaufrausch

Trotz Blasmusik und Bierbuden war am Abend des 2. Oktober und am folgenden Tag der deutschen Einheit die Stimmung auf der Festmeile zwischen Brandenburger Tor und Alexanderplatz eher von gedämpfter Freude geprägt. Längst hatten sich die Alltagsorgen in den Vordergrund geschoben. Alle Probleme der künftigen Entwicklung lagen auf dem Tisch. Die Bevölkerung der DDR hatte die Währungsumstellung und ihre Folgen hinter sich. Am 1. Juli 1990 war die die Währungs-, Sozial- und Wirtschaftsunion in Kraft

getreten. Im Vorfeld hatte sich die DDR-Mark im freien Fall befunden, und die Gefahr einer gänzlichen Entwertung wurde durch die Festlegung der Bundesregierung beseitigt, einen festen Betrag zum Kurs 1:1 umzutauschen – für Personen ab dem 60. Lebensjahr 6.000 Mark, für Erwachsene 4.000 Mark, für Kinder 2.000 Mark. Alles darüber hinaus wurde sehr günstig zum Kurs 1:2 umgetauscht. Das war ein politisches Geschenk an die DDR-Bürger auf Kosten des bundesdeutschen Steuerzahlers.

In den Tagen vor der Währungsreform wurden die DDR-Produkte im Einzelhandel verramscht. Am Abend des 30. Juni 1990 waren die Regale leer. In der Nacht wurden die Westprodukte eingeräumt und am Morgen begann der Kaufrausch. Die Kunden wollten endlich die Produkte erwerben, die sie nur aus dem Werbefernsehen kannten. Das Land wurde von den Westwaren förmlich überschwemmt. Längst hatten die Handelsketten das Land aufgeteilt wie die Goldsucher ihre Claims. Erst einige Jahre später – als die Firmen längst in westlicher Hand waren – begann die Begeisterung für Ostprodukte wie Spreewaldgurken oder Tempo-Linsen. Plötzlich waren die einfachen Pappkartons mit dem Linsengericht wieder begehrt.

Nach 1989 veränderte sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt. In den alten Bundesländern zog bedingt durch den Wiederaufbau Ost die Konjunktur an und drückte die Arbeitslosigkeit auf das Niveau von 1981 (das entsprach einer Arbeitslosenquote von rund 6 Prozent). Nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) wurden zwischen 1989 und 1991 mehr als 2,5 Mio. Menschen arbeitslos. Die Gesamtzahl der Erwerbstätigen im neuen Bundesgebiet ging von fast 9 auf 6,7 Millionen zurück. Der Staat reagierte mit umfassenden Transferzahlungen und einem aufwendigen Einsatz arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen. Allein im

Zeitraum von Oktober 1990 bis Ende 1991 wurden nach Angaben des IAB 440.000 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durchgeführt. Ohne derartige Instrumente wären die Arbeitslosenquoten in den neunziger Jahren noch höher gestiegen.

Doch die Zahlen allein sagen wenig über die mentale Situation nach der Abwicklung vieler Betriebe aus. Allein das Wort Abwicklung wurde als zynisch empfunden. Für die westlichen Manager war es ein *Terminus technicus*, für die Betroffenen der Verlust ihrer Biographie. In der DDR ist die Arbeit mit einer fast religiösen Aureole umgeben gewesen. Natürlich war das auch politische Propaganda. Trotzdem stand im Alltag der Betrieb im Mittelpunkt des Lebens. Dort befanden sich auch Kindereinrichtungen, Ferienheime, Sport- und Freizeitmöglichkeiten und vieles andere. Der Betrieb delegierte Mitarbeiter zum Studium und übernahm sie später wieder. Zudem war im Betrieb auch im ganz praktischen Sinne viel zu holen: ein Sack Zement, ein paar Bretter, eine Fuhre Sand. Und die Kollegen halfen sich gegenseitig, wenn es darauf ankam, etwas zu »organisieren«. Das alles brach seit 1990 weg. Dabei ging es nicht vorrangig um die materielle Absicherung, sondern vor allem um den Verlust des Eigenwertes von Menschen, die sich bisher über ihre Arbeit definiert hatten.

Als die eiserne Klammer des Zwangssystems fiel, wurden die eingeübten Überlebensstrategien der Mangelgesellschaft gegenstandslos. Die Mauer beengte das Leben nicht mehr, bot aber auch keinen Schutz vor dem kalten Wind des Kapitalismus, der gerade in die Phase einer schrankenlosen Globalisierung getreten war. Die relative Gleichheit der sozialistischen Einheitsgesellschaft wich schnell einer neuen Ungleichheit zwischen den Verlierern und Gewinnern der Wende. Es waren vor allem die Schattenseiten der Marktwirtschaft, mit denen die Bewohner der Neuen Länder nun in

Berührung kamen. Die politischen Parolen und Symbole der SED-Herrschaft wurden ersetzt durch eine aufdringliche Werbung. Die neue Gesellschaft sonderte einen beträchtlichen Prozentsatz der erwerbsfähigen Bevölkerung als nicht brauchbar aus. Menschen, deren Wert sich aus ihrer beruflichen Tätigkeit resultierte, waren plötzlich nutzlos.

Nach dem Mauerfall setzt eine große Wanderungsbewegung ein. Bis Ende 1990 verließen rund 800.000 Menschen den Osten. Manche von ihnen waren zuvor vom SED-Grenzregime am Gehen gehindert worden. Die Meisten gingen, weil sie für sich in der Heimat keine Perspektive mehr sahen. Nach einem deutlichen Rückgang setzte um die Jahrtausendwende eine neue Abwanderungswelle ein. 2001 waren es fast 200.000 Menschen, die den Osten verlassen. Mit der Einwohnerzahl sanken die Steuereinnahmen und die Kaufkraft. Wohnungen standen leer, Kindertagesstätten, Schulen und Kultureinrichtungen wurden geschlossen – ein Teufelskreis, der zu weiterer Abwanderung führte. Vor allem junge und leistungsorientierte Menschen machten sich in den Westen auf zum Studium oder zur Ausbildung. Dort fanden sie Jobs und oft auch Partner. Erst nach und nach kehrt sich der Trend um: Heute stehen den 3.681.649 Wegzügen der Jahre von 1991 bis 2017 immerhin 2.451.176 Zuzüge gegenüber. Leipzig, Potsdam und das Berliner Umland weisen wieder positive Bilanzen auf. Doch noch sind die Folgen der großen Wanderung nicht überall überwunden.

Bilanz des Vereinigungsprozesses

Die Stimmung im Osten ist im dreißigsten Jahr der Einheit schlecht. Manche sagen, sie ist so kritisch wie 1989, als das Volk die SED-Führung zum Teufel jagte. Daran knüpft die rechtspopulistische AfD an. »Der Osten steht auf« oder »Vollende die Wende« steht auf ihren

Wahlplakaten. Laut dem Bericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit hat sich die Wirtschaftskraft Ostdeutschlands in den vergangenen drei Jahrzehnten mehr als verdoppelt. Sie ist zwar auch heute noch um 27 Prozent niedriger als in den alten Ländern. Auch die Einkommen und die Vermögen sind geringer. Doch im Osten erreichte die Arbeitslosenquote im Sommer 2019 mit 6,3 Prozent einen historischen Tiefstand und lag nur noch leicht über der Westquote von 4,7 Prozent. Erinnerung sei an die dramatischen Zahlen aus den neunziger Jahren. Im Jahr 2000 lag die Arbeitslosigkeit im Osten bei 18,7 Prozent. Heute beträgt sie in Thüringen 5,2 und Sachsen 5,3 Prozent – und überall werden Leute gesucht. Wer in das Horn vom abgehängten Osten bläst, möchte auf diesem Feuer sein rechts- oder linksradikales Süsschen kochen. Die Ziele von AfD und Linkspartei sind scheinbar gegensätzlich, die Argumentationsmuster gleichen einander aufs Haar.

Die Abschlussfrage in dem Interview am 3. Oktober 1990 hatte gelaute: »Was erwarten Sie von dem wiedervereinigten Deutschland.« Ich war damals optimistisch, doch ohne jeden Überschwang. Das tiefe Glücksgefühl über die Einheit aber ist geblieben. Es meldet sich jedes Mal auf eine ganz stille aber deutlich spürbare Weise, wenn die S-Bahn am Bahnhof Friedrichstraße nach kurzem Halt in Richtung Westen losfährt und weit und breit kein Posten mit umgehängter Maschinenpistole zu sehen ist.

Axel-Wolfgang Kahl

Die Transformation der ostdeutschen Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in den 1980/90er Jahren

Fragestellungen und Herausforderungen

In dem im Mai 2019 begonnenen Forschungsprojekt der Universität Potsdam »Die Transformation der ostdeutschen Hochschulen in den 1980/90er Jahren: Potsdam in vergleichender Perspektive«⁴ werden im Teilprojekt der Rechts-, Wirtschaft- und Sozialwissenschaften für die Hochschulstandorte Potsdam und Leipzig der Struktur- und Personalumbau dargestellt und Kontinuitäten und Umbrüche in den Forschungs- und Lehrinhalten analysiert. Im Zentrum steht die Frage, inwieweit sich die Gründungsgeschichte der betreffenden Fachdisziplinen an der Potsdamer Universität von dem Transformationsprozess an dem Hochschulstandort Leipzig unterschied.⁵

In Brandenburg und Sachsen stand man 1990 in Folge der Struktur des sozialistischen Hochschulsystems vor unterschiedlichen Ausgangsbedingungen.⁶ In seinen Empfehlungen zur Bildung von

⁴ Detaillierte Projektskizze unter <https://www.uni-potsdam.de/de/hi-neuere-geschichte/projekte/ostdeutsche-hochschulen-1980-90> (06.02.2020).

⁵ Untersuchungsgegenstände sind am Hochschulstandort Potsdam neben der Universität Potsdam die Pädagogische Hochschule »Karl Liebknecht« – respektive Brandenburgische Landeshochschule (seit dem 1. Oktober 1990) –, die Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR – respektive die Hochschule für Recht und Verwaltung (seit dem 1. März 1990) – und am ausgewählten Hochschulstandort Leipzig die Karl-Marx-Universität Leipzig – respektive Universität Leipzig (seit 1991) –, die Pädagogische Hochschule »Clara Zetkin« sowie die Handelshochschule Leipzig.

⁶ Zu detaillierteren Vergleichszahlen an Einrichtungen, Angestellten und Studierenden in den Bundesländern 1990 und 1995, vgl. Muszynski, Bernhard/ Jann, Werner: Brandenburg, in: Hartmann, Jürgen (Hrsg.): Handbuch der deutschen Bundesländer, Bonn 1997, S. 163-207, hier S. 195-103. Sowie: Patzelt, Werner J. (unter Mitarbeit von Joachim Amm): Sachsen, in: Hartmann, Jürgen (Hrsg.): Handbuch der deutschen Bundesländer, Bonn 1997, S. 503-545, hier S. 540-542.

Hochschulstrukturkommissionen und zur Berufungspolitik in den neuen Bundesländern hatte der Wissenschaftsrat im November 1990 einen für Ostdeutschland grundlegenden Neuaufbau der genannten Fächern angemahnt, »um eine den internationalen Standards entsprechende Professionalität zu erreichen«⁷. Die endgültige Ausgestaltung und Wahl der Lösungsansätze blieb aber Ländersache. Auf dem Symposium zum 25-jährigen Jubiläum der Universität Potsdam vom 2. Dezember 2016 griff der Jenaer Historiker Jürgen John diesen Aspekt mit den Worten auf, »in den letzten Jahren« seien »zwar mehrere Darstellungen unterschiedlicher Dichte und Qualität zur Transformation einzelner Hochschulen und Universitäten erschienen. Sie sind sehr verdienstvoll, stehen aber mehr oder weniger nebeneinander und weisen kaum vergleichende Zugänge auf«⁸. Eine vergleichende Studie könne aufzeigen, dass der sogenannte Hochschulumbau Ost »je nach Land, Hochschule und Fachdisziplin unterschiedliche Handlungsabläufe und -profile ein[schloss], die der vergleichenden Analyse bedürfen. Nur so lässt sich die Frage beantworten, ob es tatsächlich länderspezifische Transformationswege gab, wie der auf diesem Symposium verwendete Begriff „Brandenburger Weg“ suggeriert«⁹. Eine normative Überlagerung des Forschungsdesigns durch die Nutzung solcher universitätshistorischer Narrative sollte vermieden

⁷ Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur künftigen Struktur der Hochschullandschaft in den neuen Ländern und im Ostteil von Berlin, Teil I., Köln 1992, S. 14.

⁸ John, Jürgen: Die Transformation des DDR-Hochschulwesens nach 1989/90. Typologische Fragen und Überlegungen. (=Symposium »Der schwierige Neuanfang. Die Gründung der Universität Potsdam«, Potsdam 02. 12. 2016), <https://www.uni-potsdam.de/de/25jahre/debatte-zur-geschichte-der-hochschule/symposium/diskussionsforum.html> (03.05.2019).

⁹ John, Transformation: <https://www.uni-potsdam.de/de/25jahre/debatte-zur-geschichte-der-hochschule/symposium/diskussionsforum.html> (03.05.2019).

werden.¹⁰ Der faktische Gründungsprozess der Universität Potsdam aus der Brandenburgischen Landeshochschule machte die Frage nach den Kontinuitäten aus institutionengeschichtlicher Perspektive zwar nachvollziehbar, wie beispielhaft der Potsdamer Historiker Manfred Görtemaker unter dem Titel »Das Problem der personellen Kontinuität: Belastung oder Chance«¹¹ aufgezeigt hat. Die spezifischen Bedingungen der Transformation in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, die es im Folgenden darzustellen gilt, legen aber eine Erweiterung einer Hochschulgeschichte zu einer Hochschulstandortgeschichte nahe. Die einleitend aufgezählten erkenntnisleitenden Fragestellungen sollten im Falle der vorliegenden Untersuchungsgegenstände aus dem universalistischen Spannungsverhältnis »zwischen Autonomie und Anpassung«¹² ausgeleuchtet werden, das für Hochschulen im 20. Jahrhundert besonders konstitutiv ist, und so jenseits der reinen institutionellen Traditionspflege alle lokalen wissenschaftshistorischen Kontinuitäten und Diskontinuitäten gleichermaßen miteinschließen.¹³ Das universitätshistorische Projekt sucht über die Darstellung der Umbruchszeit 1989/90 hinaus zugleich auch einen

¹⁰ Vgl. Lorenz, Astrid/ Anter, Andreas: Der »Brandenburger Weg« – ein Mythos?, in: Dies./ Reutter, Werner (Hrsg.): Politik und Regieren in Brandenburg, Wiesbaden 2016, S. 247-264, hier S. 254.

¹¹ Görtemaker, Manfred: 25 Jahre Universität Potsdam. Festvortrag anlässlich des Neujahrsempfangs des Präsidenten, Universität Potsdam, gehalten am 28.01.2016, https://www.uni-potsdam.de/fileadmin/projects/zeitzeichen/hochschuldebatte/docs/Rede_Goertemaker.pdf (03.03.2020).

¹² Vgl. Grüttner, Michael: Schlussüberlegungen. Universitäten und Diktaturen, in: Conelly, John (Hrsg.): Zwischen Autonomie und Anpassung: Universitäten in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts, Paderborn 2003, S. 265-276, hier S. 276.

¹³ Ähnlich positionierte sich der Leipziger Politologe Dieter Koop in seinem Beitrag zur Geschichte der Politikwissenschaften an der Universität Leipzig, vgl. Koop, Dieter: Politikwissenschaft, in: Hehl, Ulrich/ John, Uwe / Rudersdorf: Fakultäten, Institute und Zentrale Einrichtungen, 4/1. Bd., Leipzig 2009, S. 826-845, hier S. 826.

gesellschaftspolitischen Beitrag zur Erschließung der Auswirkungen »der raschen nachholenden Modernisierung Anfang der 1990er Jahre mit ihren dramatischen sozialen und kulturellen Folgen«¹⁴ zu leisten, wie der Berliner Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk in seinem vielfach diskutierten Werk »Die Übernahme« angeregt hat.

Wie schreibt man eine Hochschulgeschichte der Umbruchszeit 1989/90?

In der Transformationsforschung hat sich zur Abbildung des Einigungsprozesses und zur Darstellung von Erklärungszusammenhängen zwischen relevanten Akteuren, Informationsbeständen, Machtbeziehungen, Zeit- und Situationsbedingungen das Drei-Stufen-Modell des Systemwechsels als tragfähig erwiesen: Transition, Transformation und Posttransformation.¹⁵ Aufgrund der epistemologisch bedingten Verflechtung der spezifischen Erkenntnisgegenstände der genannten Fächer mit der jeweiligen Gesellschaftsordnung behält das übergeordnete Modell mithin auch in diesem Teilbereich des Wissenschaftssystems seine Gültigkeit.¹⁶ Der ostdeutsche Systemwechsel als besonderer Fall eines institutionellen Wandlungsprozesses bildet so die Hintergrundfolie,¹⁷ vor der die Akteure an den verdichteten historischen

¹⁴ Kowalczyk, Ilko-Sascha: Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde, München 2019, S. 23.

¹⁵ Eine gute grafische Übersicht bei: Holtmann, Everhard: Politischer Systemwechsel, hrsg. v. d. Bundeszentrale für politische Bildung, Jena / Halle 2009, by-nc-nd/3.0/de (03.03.2020).

¹⁶ Vgl. Duve, Thomas / Ruppert, Stefan: Rechtswissenschaft in der Berliner Republik: Zur Einführung, in: Dies. (Hrsg.): Rechtswissenschaft in der Berliner Republik, Berlin 2018, S. 11-35, hier S. 12.

¹⁷ Vgl. Merkel, Wolfgang: Warum brach das SED-Regime zusammen? Der »Fall« (der) DDR im Lichte der Demokratisierungstheorien, in: Ders. / Liebert, Ulrike (Hrsg.): Die Politik zur deutschen Einheit. Probleme – Strategien – Kontroversen, Opladen 1991, S. 19-49, hier S. 20-21.

Verzweigungspunkten maßgeblichen Einfluss auf die weitere Entwicklung nahmen.¹⁸ In Anwendung auf die Hochschulhistoriographie werden mittels eines akteurszentrierten Challenge-Response-Ansatz die Herausforderungen und Handlungen entscheidungsrelevanter Akteure aus Ost und West während der Zeitspanne von 1989 bis 1991 in »Episoden schnellen Wandels und erratische[n] Übergänge[n] gefolgt von weniger schnellen (nicht unbedingt langsamen) Entwicklungsprozessen in gegebenen Bahnen«¹⁹ dargestellt. Um Einwänden der Beliebigkeit und eines reinen Sprachmodus einer solchen Operationalisierung zu begegnen, schlägt der Jenaer Soziologe Heinrich Best vor, Herausforderungen als plötzliche Veränderungen oder latente Dauerkrisen, die Gegenstand öffentlicher Diskussionen unter Eliten sind, zu definieren.²⁰ Beides gilt es in der Kontextualisierung zu leisten.

Wie eingangs geschildert, waren die Verfahrensweisen der Landesregierungen verschieden. Nach dem US-amerikanischen Historiker Mitchell G. Ash sind regionale, institutionelle und disziplinäre Disparitäten unter dem Ausdruck »Ambivalenzen der Einheit«²¹ zu subsumieren, die das Resultat divergierender innerer Reformbestrebungen und äußerer Interventionen waren. Der von Ost und West als notwendig angesehene Hochschulumbau Ost verlief dabei zu schnell, sodass dem erfolgreichen Institutionentransfer in den Rechts-, Wirtschafts- und

¹⁸ Best, Heinrich: Der Challenge-Response-Ansatz als forschungsleitende Perspektive, in: de Nève, Dorothee / Reiser, Marion / Schnapp, Kai-Uwe (Hrsg.): Herausforderung-Akteur-Reaktion. Diskontinuierlicher sozialer Wandel aus theoretischer und empirischer Perspektive, Baden-Baden 2007, S. 11-20, hier S. 14.

¹⁹ Ebd., S. 14.

²⁰ Ebd., S. 18-19.

²¹ Ash, Mitchell G.: Die Universitäten im deutschen Vereinigungsprozeß. »Erneuerung« oder Krisenimport?, in: Ders. (Hrsg.): Mythos Humboldt: Vergangenheit und Zukunft der deutschen Universitäten, Wien 1999, S. 105-135, hier S. 126-128.

Sozialwissenschaften zugleich auch ein Elitenwechsel folgen sollte.²² Während »der euphorischen Aufbruchstimmung der Wendezeit und der ersten Nachwendezeit«²³ waren zwar im Bereich der ostdeutschen Hochschulen vielfach kurzfristig und unkoordiniert Reformen zur Bewältigung der Krise angestoßen, aber beinahe ebenso häufig, wie der Bielefelder Historiker Jürgen Kocka fragend anmerkte, »als notwendige Bereinigung oder als – unvermeidbarer oder vermeidbarer Verlust –«²⁴ im Zuge der Durchsetzung des Einigungsvertrages nicht realisiert worden. Der Rechtshistoriker Michael Stolleis kritisiert das damalige Vorgehen in den Rechtswissenschaften mit dem Hinweis, »die Bereitschaft, die Qualitätsunterschiede »immanent« und nicht nach einem abstrakten, externen Maßstab zu messen« sei »gering«²⁵ gewesen. Die Reformgruppen an den Hochschulen waren indes stark heterogen – und ihre Anhänger gegenüber den passiven Personen in der Minderheit.²⁶ Währenddessen standen die mehrheitlich westdeutsch dominierten Evaluations-, Struktur-, Personal-, Berufungs- und Gründungskommissionen mit den jeweiligen (manchmal auch gegen die) Landesregierungen vor der Herausforderung, unter Zeit- und

²² Vgl. Pasternack, Peer: DDR-Gesellschaftswissenschaften 1990 bis 2015: Tektonik und Substanz eines postmortalen Literaturmassivs, in: Ders. / Hechler, Daniel (Hrsg.): Die DDR-Gesellschaftswissenschaften post mortem: Ein Vierteljahrhundert Nachleben (1990-2015). Zwischenfazit und bibliografische Dokumente, Berlin 2016, S. 13-240, hier S. 85-89.

²³ Hall, Karl-Heinrich: Die Hochschulgesetzgebung der neuen Länder als Rahmenbedingung der Neustrukturierung, in: Mayntz, Renate (Hrsg.): Aufbruch und Reform von oben. Ostdeutsche Universitäten im Transformationsprozess. Frankfurt am Main / New York 1994, S. 165-189, hier S. 167-168.

²⁴ Vgl. Kocka, Jürgen: Einleitung, in: Ders. / Mayntz, Renate (Hrsg.): Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch, Berlin 1998, S. 7-20, hier S. 8.

²⁵ Stolleis, Michael: Staats- und Verwaltungsrechtswissenschaft in West und Ost. 1945-1990, München 2012, S. 648.

²⁶ Vgl. Mayntz, Renate: Die Erneuerung der ostdeutschen Universitäten zwischen Selbstreform und externer Intervention, in: Dies. (Hrsg.): Aufbruch und Reform von oben, S. 283-312, hier S. 284-285.

Personalknappheit belastbare und leistungsstarke Fachbereiche und Fakultäten aufzubauen. Sie brachten jedoch Vorurteile und teils mangelnde Kenntnisse über die ostdeutschen Verhältnisse mit. Eigene Ambitionen schufen gleichsam Gestaltungsräume für Innovationen, deren Erfolg aber wesentlich von der Kooperationsbereitschaft des verbliebenen ostdeutschen wissenschaftlichen und verwaltungstechnischen Personals abhängig war;²⁷ das Potsdamer Modell der Lehrerbildung steht paradigmatisch für solch einen Weg, mit dem die Strukturkommission Lehrerbildung der Universität Potsdam explizit an ostdeutsche Traditionen der berufsbezogenen Studienanteile und Schulpraktischen Studien anzuknüpfen und eine innovative Ausbildung der Lehrerbildung gegen den Widerstand west- und ostdeutscher Vorbehalte zu etablieren suchte.²⁸ Die von Kocka mit dem Begriff der Vereinigungskrise umschriebene Umbruchszeit ist als vielschichtiger, erratischer und zugleich offener Wandlungs- und Aushandlungsprozess zu emphatisieren.²⁹ Ostdeutsche Alternativ-vorstellungen müssen in eine Darstellung der Transformation einbezogen werden, will man eine zu einseitige, lineare Erzählung brechen.³⁰

Die historische Erschließung der Vorbehalte, Informationsbestände und die Kontextualisierung der strategischen Handlungsintentionen der entscheidungsrelevanten Akteure aus Ost und West unter den angespannten Zeit- und Handlungsbedingungen im Zuge des

²⁷ Vgl. Ash: Vereinigungsprozeß, S. 113.

²⁸ Herrmann, Ulrich: Lernprozesse im Gründungssenat, in: Görtemaker, Manfred (Hrsg.): 25 Jahre Universität Potsdam. Rückblicke und Perspektiven, Berlin 2016, S. 31-38, hier S. 35.

²⁹ Vgl. Kocka, Jürgen: Vereinigungskrise. Zur Geschichte der Gegenwart, Göttingen 1995, S. 58-64.

³⁰ Vgl. Kocka: Einleitung, S. 8.

Einigungsvertrages rücken so in den Vordergrund der Analyse.³¹ Signaturen des Übergangs markieren, wie der Politologe Everhard Holtmann betont, die flexible Periodisierung entlang der jeweiligen akteurszentrierten Agency.³² Dass das makrohistorische Modell des Systemwechsels entgegen möglicher Kritik auch zur Kontextualisierung der Entwicklung in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften geeignet ist,³³ soll im Beitrag vorrangig an der Entwicklung der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR exemplifiziert werden.

Eine deutsch-deutsche Perspektive auf die jüngere Hochschulstandortgeschichte der 1970er und 1980er Jahre als Vorgeschichte der Umbruchszeit 1989/90

Zugleich sollen die Gründungsgeschichten weder bloß aus den unmittelbaren Prozessen, die im Zuge und nach der Wiedervereinigung stattfanden, erzählt, noch isoliert aus der Betrachtung der Entwicklungen in der ehemaligen DDR und in den ostdeutschen Bundesländern beschrieben werden. Die im Projekt bemühte Perspektive ist vielmehr die einer deutsch-deutschen Zeitgeschichte der 1970er und 1980er Jahre. Diese vom ehemaligen Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, Christoph Kleßmann, als »asymmetrisch verflochtene Parallel-

³¹ Vgl. Mayntz, Renate: Koordinierte und dezentrale Angleichung: Akademieforschung und Hochschulen, in: Czada, Roland / Lehbruch, Gerhard (Hrsg.): Transformationspfade in Ostdeutschland. Beiträge zur sektoralen Vereinigungspolitik, Frankfurt am Main 1998, S. 145-164, hier S. 150.

³² Vgl. Holtmann, Everhard: Signaturen des Übergangs, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APUZ)* 28 (2009), S. 3-9, hier S. 3.

³³ Kritische Einwände bezüglich der unreflektierten Anwendung dieses Modells, vgl. John: Transformation, <https://www.uni-potsdam.de/de/25jahre/debatte-zur-geschichte-der-hochschule/symposium/diskussionsforum.html> (03.05.2019).

geschichte«³⁴ erstmalig aufgeworfene Sichtverschiebung ist nach einem seiner Nachfolger, Frank Bösch, erkenntnistheoretisch geeignet, die Interdependenzen zwischen der DDR und der Bundesrepublik in jenen Jahrzehnten als »Vorgeschichte gegenwärtiger Problemlagen und nicht mehr primär als Nachkriegsgeschichte«³⁵ zu begreifen. Der soziale, ökologische und ökonomische »Verschleiß [von Institutionen] und ihre Erneuerung bilden damit einen Ausgangspunkt«³⁶, der in Ost wie West mit einer »Politik der Krisenbewältigung«³⁷ einherging und in einer Versachlichung des ideologischen Streits im Systemwettbewerb mündete; beispielhaft in den Bereichen internationale Beziehungen, Verfassungs- oder Staatsrechtslehre.³⁸ Diese institutionelle Pfadentwicklung aus einer »Spannung zwischen Abgrenzung und Verwobenheit«, bei zugleich »stärkeren Fixierung der DDR auf die Bundesrepublik«³⁹ sollte nach Bösch zur historischen Deutung »spezifisch ostdeutsche[r] Problemlagen«⁴⁰ reichen, die bis in die 1990er Jahre hin wirkungsmächtig waren oder als Folge der gesamtdeutschen Umbruchszeit entstanden. Den Grad an Ausprägungen und Auswirkungen in den ostdeutschen Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften gilt es festzumachen. An

³⁴ Kleßmann, Christoph: Spaltung und Verflechtung – Ein Konzept zur integrierten Nachkriegsgeschichte 1945 bis 1990, in: Ders. / Peter Lautzas (Hrsg.): Teilung und Integration. Die doppelte deutsche Nachkriegsgeschichte, Bonn 2005, S. 22-37, hier S. 22.

³⁵ Bösch, Frank: Geteilte Geschichte. Plädoyer für eine deutsch-deutsche Perspektive auf die jüngere Zeitgeschichte, in: *Zeithistorische Forschungen / Studies in Contemporary History* 12 (2015), 1, S. 98-114, hier S. 101.

³⁶ Ebd., S. 101.

³⁷ Ebd., S. 113.

³⁸ Kunz, Frithjof: Der schwere Weg zur Einheit im Arbeitsrecht, in: Steding, Rolf / Andrae, Marianne (Hrsg.): Staat und Recht in den neuen Bundesländern. Rückblick und Ausblick auf eine schwierige Metamorphose, Sonderheft von »Staat und Recht« / »Demokratie und Recht«, Potsdam 1991, S. 159-167, hier S. 160.

³⁹ Bösch: Geteilte Geschichte S. 100.

⁴⁰ Ebd., S. 101.

dieser Stelle soll auf eine weiterführende Übersicht zur Forschungsliteratur der DDR-Forschung vor 1989, die Rückschlüsse der Wahrnehmung in der Bundesrepublik auf die DDR zulässt, ebenso wie die kategorialen und fachlichen Bezüge in der DDR auf die Bundesrepublik verzichtet werden.

Wurden zur Beschreibung der Nachkriegsgeschichte der DDR die Narrative der Diktaturbildung oder einer durchherrschten Gesellschaft bis dato häufig bemüht,⁴¹ soll die jüngere Vorgeschichte der Umbruchszeit, besonders gekennzeichnet durch ein »Paradox der instabilen Stabilität«⁴², in transnationaler Perspektive analysiert werden: der gesellschaftspolitische und mentale Wandel in der SED-Diktatur in den 1970er und 1980er Jahre als Reaktion auf die mittelost- und osteuropäischen Reformbewegungen, die internationale Anerkennung der DDR und die damit verbundenen Fragen nach den Menschenrechten, die stärkere Verschränkung mit der Bundesrepublik, der Umgang mit den Friedens- und Umweltbewegungen sowie die Auswirkungen der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik auf die ökonomische und politische Entwicklung der DDR.⁴³ Obschon »die marxistisch-leninistische Ideologie [...] trotz aller Schulungen nicht mehrheitsfähig [war], da ihr emanzipatorischer Anspruch oft in hohlen Phrasen erstickte«⁴⁴, profitierten die sozialistischen Eliten weiterhin von vielen Privilegien und hielten aus funktionaler Sicht in stärkerem Maße die

⁴¹ Vgl. Kocka: Vereinigungskrise, S. 4.

⁴² Eisenhuth, Stefanie / Hochmuth, Hanno / Jarausch, Konrad H.: Alles andere auch ausgeforscht. Aktuelle Erweiterungen der DDR-Forschung, in: *Deutschland Archiv*, 11.1.2016, www.bpb.de/218370 (04.03.2020).

⁴³ Eisenhuth / Hochmuth / Jarausch: ausgeforscht, www.bpb.de/218370 (04.03.2020).

⁴⁴ Ebd.

utopisch gedachte sozialistische Moderne als Gesellschaftsentwurf hoch.⁴⁵

Die allgemeine Orientierungskrise in der DDR blieb dennoch nicht ohne Folgen für die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, die in der ehemaligen DDR-Wissenschaftslandschaft in Abgrenzung zu den Naturwissenschaften unter dem Begriff der Gesellschaftswissenschaften firmierten. Während die Staatswissenschaft in der Bundesrepublik seit den 70er als »steril gewordene Form einer überlebten Lehrbuchliteratur«⁴⁶ im Zuge der Globalisierung und Europäisierung endgültig in eine konsolidierte Ausdifferenzierung des Fächerkanons übergegangen war,⁴⁷ galt in der DDR noch ein aus den 1930er Jahren formuliertes Leitbild der Staatswissenschaft als »Wissenschaft der politischen Totalität«⁴⁸, das wesentlich die Überwindung des liberalen Trennungsgedankens von Staat und Recht verfolgte. Der propagierten Staatsideologie des Marxismus-Leninismus lag eben jenes instrumentelles Wissenschaftsverständnis einer staatlichen Wissenschaft zugrunde.⁴⁹ Die Politik der SED verstand sich somit zwar als wissenschaftlich angeleitete Politik, bemüht um eine fundiert wissenschaftliche Legitimation,⁵⁰ jedoch konnte die staats- und parteiamtliche Propaganda »die ausgeprägte

⁴⁵ Vgl. Hornbostel, Stefan: Vorwort, in: Ders. (Hrsg.): Sozialistische Eliten. Horizontale und vertikale Differenzierungsmuster in der DDR, Opladen 1999, S. 7-10, hier S. 7-10.

⁴⁶ Schuppert, Gunnar Folke: Staatswissenschaft, Baden-Baden 2003, S. 17f.

⁴⁷ Beispielhaft: Volkswirtschaftslehre, Öffentliches Recht mit Schwerpunkten auf Verwaltungslehre, Kommunalpolitik, aber auch Finanzwirtschaft mit Handelsrecht oder Agrarrecht, vgl. ebd., S. 19 und S. 34.

⁴⁸ Huber, Ernst Rudolf: Die Deutsche Staatswissenschaft, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft / Journal of Institutional and Theoretical Economics* 95 (1935) 1, 1-65, hier S. 28.

⁴⁹ Vgl. Pasternack: DDR-Gesellschaftswissenschaften, S. 209-216.

⁵⁰ Vgl. Malycha, Andreas: Wissenschaft und Politik in der DDR 1945 bis 1990. Ansätze zu einer Gesamtsicht, in: Burrichter, Clemens / Diesener, Gerald (Hrsg.): Reformzeiten und Wissenschaft, Leipzig 2005, S. 181-205, hier S. 183-185.

Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit«⁵¹ nie wirklich überblenden. Gemäß der im demokratischen Zentralismus angelegten Steuerungs- und Kontrollstruktur war schließlich eine »zu beobachtende Konzentration wissenschaftspolitischer Entscheidungskompetenz im ZK-Apparat«⁵² installiert worden, die Debatten, etwa in den Rechtswissenschaften der 1980er Jahre, nur im engsten wissenschaftlichen Echoraum, dort aber merklich, ermöglichte.⁵³

Die Möglichkeiten systeminhärenter Kritik in Diktaturen hat die deutsch-US-amerikanische Politologin Hannah Arendt 1951 als »Paradoxie der totalen Herrschaft«⁵⁴ beschrieben: Je länger eine Bewegung »an der Macht ist, desto schwerer wird es, die für die Bewegung unabdingbare Verachtung aller Tatsächlichkeit, das konsequente Festhalten an den Regeln einer fiktiven Welt aufrechtzuerhalten«⁵⁵. Das Leistungsproblem in Diktaturen lag im Aufbau überschneidender Partei- und Staatsstrukturen, wobei »geltendes Recht und festgelegte Staatsautorität zwar existieren, aber eben nur ein Schattendasein führen«⁵⁶. Wo Arendt das nationalsozialistische Deutschland und die stalinistische Sowjetunion beschrieb, können analoge Beobachtung der »außerordentlichen Einbußen an Leistungsfähigkeit auf allen Gebieten, welche das System totaler Herrschaft unweigerlich zur Folge haben«⁵⁷ auch für

⁵¹ Kocka, Jürgen: Wissenschaft und Politik in der DDR, in: Ders. / Mayntz, Renate (Hrsg.): Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch, Berlin 1998, S. 435-460, hier S. 436.

⁵² Vgl. Malycha: Wissenschaft und Politik, S. 201.

⁵³ Vgl. Stolleis: Verwaltungsrechtswissenschaft, S. 552-553.

⁵⁴ Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Frankfurt am Main / Berlin / Wien 1975, S. 147.

⁵⁵ Ebd., S. 147.

⁵⁶ Ebd., S. 155.

⁵⁷ Ebd., S. 169.

die DDR der 1970er und 1980er Jahre festgehalten werden. Im Rechtswesen zeigte sich das etwa durch die starke Verlagerung der Rechtsetzung auf die Exekutive, uneinheitliche Normativakte und begriffliche Ungenauigkeiten.⁵⁸

Lassen sich also Indizien anführen, die eine Beschäftigung mit der Staats- und Verwaltungsrechtswissenschaft jenseits der Beschreibung einer rechtshistorischen Verfallsgeschichte rechtfertigen?⁵⁹ Der Direktor des Institut für Hochschulforschung (HoF) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Peer Pasternack, und sein Kollege und Politologe, Daniel Hechler, umschreiben die innere Dialektik der DDR-Gesellschaftswissenschaften als »Systemoptimierungskonflikte«⁶⁰; man operierte innerhalb der marxistisch-leninistischen Rationalitätskriterien, ohne die wissenschaftliche Arbeit als eine reine affirmative Politiklegitimation noch einen als aufgezwungenen Systemwiderspruch verstandenen zu wissen.⁶¹ So bekräftigt der Rechtshistoriker Jan Schröder die Rechtfertigungen vormaliger DDR-Juristen, dass der Rechtsbegriff bis 1990 trotz der Antinomie aus autoritärem und ideologischen Prinzip und der letztlich Vorherrschaft des Parteiwillens als den objektiven Gesetzen des Sozialismus nie völlig überwunden wurde.⁶² Auf die Marginalisierung der Rechtsdogmatik, der »Hauptmethode

⁵⁸ Vgl. Schröder, Jan: Rechtswissenschaft in Diktaturen. Die juristische Methodenlehre im NS-Staat und in der DDR, München 2016, S. 70.

⁵⁹ Vgl. Stolleis, Michael: Sozialistische Gesetzlichkeit. Staats- und Verwaltungsrechtswissenschaft in der DDR, München 2009, S. 17-20.

⁶⁰ Pasternack / Hechler: DDR-Gesellschaftswissenschaften, S. 37.

⁶¹ Vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha: Universitäten in der SED-Diktatur. Ein Problemaufriss, in: Prüll, Silvia / George, Christian / Hüther, Frank (Hrsg.): Universitätsgeschichte schreiben. Inhalte – Methoden – Fallbeispiele, Göttingen 2019, S. 123-156, S. 144-145.

⁶² Schröder: Rechtswissenschaft, S. 68-69.

bürgerlicher Rechtswissenschaft«⁶³, folgte in der staats- und rechtswissenschaftlichen Forschung zwar eine im Vergleich zur Bundesrepublik übermäßige Fokussierung auf die rechtswissenschaftliche Grundlagenforschung: Staats- und Rechtstheorie, Rechtssoziologie und Rechtspolitik. Die im Zentralen Forschungsplan der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften der DDR 1986-90 geforderten Untersuchungen über das »von der Bevölkerung empfundene Defizit an Demokratie, Gesetzlichkeit und Rechtssicherheit«⁶⁴ hatten allerdings die Deklaration der DDR als sozialistischen Rechtsstaat und eine Diskussion um die Wiedereinführung der Verwaltungsgerichtsbarkeit zum Resultat, ohne aber wegen der allgemeinen Reformblockade des SED-Regimes einen nachhaltigen Einfluss auf das Gesellschaftssystem ausüben zu können.⁶⁵

Solche Bedingungen und Elemente der staats- und parteitragenden DDR-Gesellschaftswissenschaften plausibilisieren die Beobachtung einer grundlegenden Passivität der Hochschulen während der Friedlichen Revolution 1989; Ilko-Sascha Kowalczuk konstatiert: »Die Universität [...] als Wirkungsort der Diktatur« bedeute, »dass gerade ein großer Teil der Hochschulangehörigen (einschließlich der Studierenden) [...] Teil und Ausdruck von Macht und Herrschaft waren.«⁶⁶ Unter Oppositionellen wie SED-Reformern keimte zur Jahreswende 1989/90 folglich noch die Hoffnung eines Dritten

⁶³ Vgl. Ginnow, Sonja: Rechtswissenschaft, in: Kocka, Jürgen / Mayntz, Renate (Hrsg.): Wissenschaft und Wiedervereinigung. Disziplinen im Umbruch, Berlin 1998, S. 175-254, hier S. 185.

⁶⁴ Ebd., S. 224-229.

⁶⁵ Vgl. Stolleis: Sozialistische Gesetzlichkeit, S. 138-161.

⁶⁶ Vgl. Kowalczuk: Universitäten, S. 152-153.

Weges.⁶⁷ Gleichsam engagierten sich Angehörige der Hochschule ab Ende 1989 in der Demokratisierung und Modernisierung der DDR.⁶⁸ Die Soziologin Renate Mayntz sieht das in der Sozialstruktur der Reformen von oben begründet, die an der Reformierung der DDR und der Hochschulen einsetzten, ohne jedoch ein grundsätzlich anderes Gesellschaftsmodell zu verfolgen.⁶⁹ Der letzte Rektor der Hochschule für Recht und Verwaltung, Rolf Steding, veranschaulicht mit seiner Antrittsrede vom 5. Februar 1990 diese spezifische Form der Anpassungsleistung. Deziidiert forderte er in dieser Rede, die unter dem Titel »Auf dem Weg zu einer neuen Hochschule«⁷⁰ stand, von der Hochschule die Abkehr bisheriger Pfade, und zwar angesichts der Umbrüche in der DDR, der Vergangenheit der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR als einer »bildungspolitische[n] Spitzeneinrichtung von nationalem Rang«⁷¹ und der absehbaren Vereinigung mit der Bundesrepublik. Vielsagend sprach er davon, dass »die Krise unseres Staates [...] also eine Krise der DDR-Rechtswissenschaft [ist]«⁷². Welchen Ursprung ein solches Reflexionspotential war, muss mit Blick auf die 70/80er Jahren ermittelt werden.

⁶⁷ Vgl. Sabrow, Martin: Der vergessene »Dritte Weg«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APUZ)* 11 (2010), <https://www.bpb.de/apuz/32883/der-vergessene-dritte-weg?p=all> (09.03.2020).

⁶⁸ Einige Beispiele: Mitwirkung in der Gesetzgebungsarbeit der Kommission der Volkskammer zur Erarbeitung eines Wahlgesetzes, eines Gerichtsverfassungsgesetzes, eines Mediengesetzes, des 6. Strafrechtsänderungs- und Ergänzungsgesetzes, der Neufassung der Strafprozeßordnung der DDR, des Gesetz über das Verwaltungsverfahren, das Richterergesetz, der Zivilprozeßordnung, des Versammlungsgesetzes usw, siehe: Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR: Forschungsbericht für das Jahr 1989, Potsdam 1990, S. 2, aus: UAP 13439.

⁶⁹ Vgl. Mayntz: Erneuerung, S. 284.

⁷⁰ Steding, Rolf: Auf dem Weg zu einer neuen Hochschule, gehalten am 5. Februar 1990 in Potsdam-Babelsberg, aus: UAP Zug.-Nr. 7220, Bl. 1.

⁷¹ Weiß, Peter Ulrich / Braun, Jutta: Im Riss zweier Epochen. Potsdam in den 1980er und frühen 1990er Jahren, Berlin 2017, S. 50.

⁷² Steding: Auf dem Weg zu einer neuen Hochschule, Bl. 2.

Die DDR-Gesellschaftswissenschaften auf dem Prüfungsstand – damals wie heute

Die DDR-Rechtswissenschaften galten nichtsdestoweniger 1990 als doppelt kompromittiert, da sie die Staats- und Parteipolitik im Unterschied zur westdeutschen Jurisprudenz nicht bloß zu begründen und legitimieren suchten, sondern sich zugleich »einhellig und offen zu ihr bekannte[n]«⁷³. Zusätzlich bedeutete die politisch induzierte Dynamisierung des Einigungsprozesses⁷⁴ einen abrupten Wechsel des institutionellen Ordnungssystems und sogleich einen vermeintlichen Wegfall des Erkenntnisgegenstands jener Disziplinen.⁷⁵ Eine fast vollständige Abwicklung der systemnahen Disziplinen schien den Zeitgenossen so folgerichtig und unvermeidbar. Die starke Diskontinuität im Bereich der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften hing aber auch mit dem Misstrauen und Zweifeln gegenüber dem entsprechenden Personal zusammen, der man die Bereitschaft zur Adaption der westdeutschen Institutionsordnung absprach. Diese rigorose Einstellung war häufig aber einem Mangel an Kenntnis über den allgemeinen Erkenntnisgrad und den Reformwillen ostdeutscher Rechts- und Sozialwissenschaftler geschuldet.⁷⁶ Der Umgang mit den politisch stark belasteten Fächern ließ in den 1990er Jahren deshalb auch Mahner zu Wort kommen, die die Rolle der westdeutschen Evaluierungskommissionen oder Landesregierungen mit dem Einwand kritisierten, »daß die prinzipielle Nichtaufarbeitung der

⁷³ Ginnow: Rechtswissenschaft, S. 236.

⁷⁴ Vgl. Merkel: Warum brach das SED-Regime zusammen?, S. 46.

⁷⁵ Vgl. Holtmann: Signaturen, S. 3.

⁷⁶ Vgl. Berg, Frank / Möller, Bärbel / Reißig, Rolf: Pro und contra politikwissenschaftliche Forschung in der DDR, in: *Politische Vierteljahresschrift* 33 (1992) 2, S. 256–277, hier S. 273.

Altlast der Juristen des Dritten Reiches durch die BRD nunmehr nicht dazu führen dürfe, das damalige Versäumnis durch eine überzogene „Entstalinisierung“ der Juristen aus der ehemaligen DDR kompensieren zu wollen⁷⁷.

Diese im doppelten Sinne selektive Wahrnehmung der begonnenen Modernisierung der »kurzen DDR-Wendezeit«⁷⁸ hing mit dem rasanten Übergang von der Regime- zu einer Staatskrise und den erst wenig sichtbaren Reformbemühungen zusammen. Solche Aussagen der Systemkritik müssen nicht allein als Opportunismus – der vor dem Hintergrund eines in den meisten Fällen wahrscheinlichen Arbeitsplatzverlusts auch keinen Erfolg versprochen hätte –, verstanden werden, sondern können auch Ausdruck einer hohen Anpassungsfähigkeit in den Fachdisziplinen sein. Nach Best ließe sich das aus einer vergleichsweise schwachen »Persistenz älterer Prädispositionen individueller Verhaltensorientierungen«, beispielsweise des DDR-Rechtssystems, und der starken Bereitschaft zur Anpassung an die westdeutsche Institutionenordnung, also an das bundesrepublikanische Rechts- und Wissenschaftssystem, herleiten.⁷⁹ Konfliktpotentiale, die über die unmittelbare Umbruchszeit hinaus fortwirkten, sollten deshalb verstärkt aus den als »Rechtsüberstülpung« wahrgenommenen Regelungen des Einigungsvertrages hergeleitet werden, die in den Augen der Kritiker einen »juristischen Regelmechanismus« behinderten und einen »konfliktreichen Prozeß der Rechtsentwicklung«⁸⁰ forcierten. So ist

⁷⁷ Dietze, Bernd: Juristen in Deutschland. Anforderungen an die zukünftige juristische Ausbildung, in: *Staat und Recht. Theoretische Zeitschrift der Rechtswissenschaft* 40 (1991) 1, S. 62-67, hier S. 66.

⁷⁸ Vgl. Pohl, Heidrun: Verwaltung und Verwaltungsrecht in den neuen Bundesländern – Transformation oder Neubeginn?, in: Steding / Andrae (Hrsg.): *Staat und Recht in den neuen Bundesländern*, S.61-67, hier S. 65-67.

⁷⁹ Best: *Challenge-Response*, S. 11.

⁸⁰ Ebd., S. 6f.

auch die Frage, welche Frustration oder Resignation gegenüber der bundesrepublikanischen Institutionenordnung aus der Sozialisation der DDR oder als Folge der Umbruchszeit entstand, ein wesentlicher Aspekt der Studie. In seiner Dissertationsschrift konstatiert der Potsdamer Jurist Sven-Olaf Jacobsen für den Fall der Hochschule für Recht und Verwaltung: »Betrachtet man die Ereignisse des Jahres 1990 von Anfang bis Ende[,] so wird deutlich, dass diese Verbitterung, zumindest hinsichtlich der fehlenden Würdigung der – für die damaligen DDR-Verhältnisse in ihrer Intensität und Reichweite beispielhaften – Erneuerungsleistung der Hochschule für Recht und Verwaltung, nicht ganz unberechtigt ist.«⁸¹

Beispiele der Abwicklungen in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften 1990/91

Die asymmetrische Beziehung zwischen der Bundesrepublik und der DDR blieb auch während des Einigungsprozesses im Sektor Wissenschaft und Bildung bestehen.⁸² Das Fernziel der ostdeutschen Umgestaltung nach dem westdeutschen Musters schien trotz der konsensualen Meinungen über die Defizite und Krise des bundesrepublikanischen Wissenschafts- und Forschungssystems alternativlos.⁸³ Ursächlich waren die Struktur- und Personalunterschiede des ehemals sozialistischen Wissenschaftssystems, die es nach Maßgabe des Einigungsvertrages unter Zeit- und Entscheidungsdruck in das westdeutsche Wissenschaftssystem

⁸¹ Jacobsen, Sven Olaf: Von der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft »Walter Ulbricht« zur Juristischen Fakultät der Universität Potsdam. Zur Wissenschaftsgeschichte der Wendezeit, Berlin 2006, S. 222.

⁸² Mayntz: Angleichung, S. 150.

⁸³ Vgl. Ash, Mitchell G.: Zur Einführung. Mythos Humboldt gestern und heute, in: Ders. (Hrsg.): Mythos Humboldt, S. 7-25, hier S. 7.

einzupassen galt.⁸⁴ Während diese Auffassung vom allermeisten ostdeutschen Personal geteilt wurde, wurden vermehrt Zweifel an der Tragfähigkeit des Personals selbst laut. Die Hochschulen der DDR hatten spätestens seit dem Sommer 1990 mit verstärkten Reformanstrengungen begonnen, den Maßgaben des Hochschulrahmengesetzes zu entsprechen, doch herrschte außerhalb jener Hochschulen eine deutliche Skepsis gegenüber der grundlegenden fachlichen Kompetenz und persönlichen Integrität der ostdeutschen Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften vor. Jacobsen betont, dass »diese Frage [...] im Zuge der Verhandlungen zum Einigungsvertrag zu Gunsten der neu zu bildenden Landesregierungen und zu Ungunsten der sofortigen Zuerkennung der vollen Hochschulautonomie entschieden [wurde], was zeigt, dass man auf Seiten der Vertragsparteien erhebliche Zweifel an der Fähigkeit zur Selbstreform des ostdeutschen Hochschulsystems hegte«⁸⁵. Sichtbarster Ausdruck waren die damit verbundenen Abwicklungen Ende 1990, die Pasternack mit dem Begriff »dezidierte Nichtindividualität des Vorgangs«⁸⁶ umschreibt, da keine Einzelfallüberprüfungen, sondern pauschale Beurteilungen die Grundlage bildeten. In den Rechtswissenschaften kamen so alle neuen Bundesländer und Berlin überein, allesamt die juristischen Sektionen nicht zu übernehmen, sondern abzuwickeln. Zur Begründung seitens des Wissenschaftsrates hieß es: »Es wäre eine Fehleinschätzung, wenn man annähme, daß die in der früheren DDR in einem gänzlich anderen Rechtssystem ausgebildeten Juristen in der Lage seien, ohne eine grundlegende Erneuerung ihrer

⁸⁴ Vgl. Mayntz: Angleichung, S. 153.

⁸⁵ Jacobsen: Juristische Fakultät, S. 222.

⁸⁶ Pasternack, Peer: Wissenschaftsumbau Ost. Ein 25-Jahres-Jubiläum mit eher begrenzten Jubelanlässen, in: FORUM Wissenschaft vom 26.01.2016, <https://www.linksnet.de/artikel/32811> (26.02.2020).

Qualifikation, diese für den Aufbau von Staat und Gesellschaft entscheidenden Funktionen zu übernehmen. Erforderlich ist nicht allein die Kenntnis der neuen Rechtsnormen, sondern ein neues Grundverständnis der Funktionen des Rechts in einer freiheitlichen Gesellschaft, für die die Gewaltenteilung konstitutiv ist.«⁸⁷ Gleichzeitig hatte sich der Wissenschaftsrat im Falle der Hochschule für Recht und Verwaltung aber nach einer positiven Begutachtung im Herbst 1990 explizit für eine Fortführung ausgesprochen. Die Brandenburgische Landesregierung folgte dieser Empfehlung über den Weg der Teilabwicklung der Hochschule Ende 1990, wenngleich von ursprünglich 89 Personen des wissenschaftlichen Personals der beiden juristischen Sektionen nach der Evaluation und Überführung im Frühjahr 1991 lediglich 20 Personen Stellen im neu gegründeten Fachbereich Rechtswissenschaften der Brandenburgischen Landeshochschule zugewiesen bekamen.⁸⁸ Eine allzu große Traditionslinie zur Vergangenheit der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR sollte nach den Vorstellungen des westdeutschen Gründungsdekans Rolf Grawert nicht fortbestehen.⁸⁹ Im Falle der Sektion Politische Wissenschaften und Internationale Beziehungen war die Entwicklung weitaus undurchsichtiger. Acht Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Sektionen wurden zwar letztlich im Januar 1991 in den Fachbereich Politikwissenschaften befristet überführt, gleichwohl aber erst nach Protesten der Studierenden und Angestellten.⁹⁰ Ursprünglich hatte sich der

⁸⁷ Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur künftigen Struktur der Hochschullandschaft in den neuen Ländern und im Ostteil von Berlin, Teil 1, Köln 1992, S. 40.

⁸⁸ Die Zahlenangaben sind wegen der folgenden arbeitsrechtlichen Klagen, Vorbehalte und aufgrund freiwilligen Ausscheidens in der Literatur teils verschieden angegeben, vgl. Jacobsen: Juristische Fakultät, S. 237-238.

⁸⁹ Vgl. ebd., S. 231.

⁹⁰ Vgl. Crome, Erhard / Franzke, Jochen / Krämer, Raimund / Wallraf, Wolfram: Zum neunmonatigen Versuch eines Aufbaus der Politikwissenschaft in Potsdam im Jahre 1990,

zuständige Minister für Wissenschaft Forschung und Kultur, Hinrich Enderlein, gegen eine Fortführung ausgesprochen, was im Falle dieser Sektion in besonderem Maße mit der Vergangenheit der Einrichtung, dem Institut für Internationale Beziehungen (IIB), wo Staatsbedienstete für den diplomatischen Dienst ausgebildet wurden, begründet worden war. Auf den Hinweis des Abgeordneten Harald Petzold der PDS-Linke Liste in einer Fragestunde am 16. Januar 1991 im Brandenburger Landtag, das IIB hätte aufgrund der »privilegierten Stellung sehr gut ausgebildete und funktionierende Auslandskontakte gehabt, die natürlich für die wissenschaftliche Forschung von entscheidender Bedeutung sind«⁹¹, antwortete der Minister unter dem Beifall aller anderen Parteien: »Ich bin nicht so ganz sicher, ob alle diese Kontakte, die da bestanden haben, in dem Sinne sind, wie wir hier künftig die Forschung an dieser Hochschule betreiben wollen.«⁹² Diese Spannung zwischen vermeintlichen Forschungspotentialen und politischer Belastung schilderte auch der Politologe Hans-Hermann Hartwich, der im Auftrag der Deutschen Vereinigung Politische Wissenschaften am 3. November 1990 einen Bericht für den Arbeitskreis Politikwissenschaft vorlegte.⁹³ Entgegen der allgemeinen Sorge eines Etikettenschwindels und einer fachlichen Inkompetenz und persönlichen Kompromittierung überführten ostdeutschen Personals aus den vormaligen Sektionen Marxismus-Leninismus konnte die Hochschule für Recht und Verwaltung in Kooperation mit dem Otto-Suhr-Institut der Freien

in: Crome, Erhard (Hrsg.): Die Babelsberger Diplomatschule. Das Institut für Internationale Beziehungen der DDR. Potsdam 2009, S. 205-217, hier S. 207-208.

⁹¹ Landtag Brandenburg – 1. Wahlperiode – Plenarprotokoll 1/8 – 16. Januar 1991, S. 277.

⁹² Ebd., S. 277.

⁹³ Hartwich, Hans-Hermann: Bericht für den Arbeitskreis »Politikwissenschaft«. Entwicklungspotentiale für eine grundständige Forschung und Lehre, Schwerpunktbildungen, Wissenschaftsstrukturen und Studiengänge, 03.11.1991, aus: UAP 6980, Bl. 80-88.

Universität Berlin einen vollständig ausgestalteten Diplomstudiengang vorweisen, »der an sich über interessante Potentiale« verfüge, sofern »man sich nicht an den personellen Kontinuitäten«⁹⁴ stoße. Die Garantie an die Studierenden, das Studium abschließen zu können, und das Bekenntnis des Ministers im Landtag, die Konzeptionen der Hochschule für Recht und Verwaltung doch auch in den Aufbau des Fachbereichs an der Brandenburgischen Landeshochschule einzubeziehen, führten letztlich zur personellen Kontinuität. Fachlich entschied sich die Strukturkommission in den folgenden Jahren aber, statt der Internationalen Beziehungen den Schwerpunkt auf die Verwaltungswissenschaften zu legen;⁹⁵ was sich auch vor dem Hintergrund eines enormen Bedarfs an Aus-, Fort- und Weiterbildung der Verwaltungsbeamten in Brandenburg erklären lässt. Den aus ähnlichen Erwägungen bereits 1990 gegenüber möglichen westdeutschen Kooperationspartnern geäußerten Überlegungen aus dem juristischen Bereich der Hochschule für Recht und Verwaltung, eine der Verwaltungshochschule in Speyer ähnliche Bundes- oder Landeseinrichtung zu schaffen, wurde vom Präsidenten der Verwaltungshochschule, Carl Böhret, eine Absage erteilt.⁹⁶ Letztlich waren die fachlichen und personellen Reformbemühungen der Hochschule für Recht und Verwaltung aus den Jahren 1989/90 nach Jacobsen nicht ausschlaggebend für das Urteil der Landesregierung, sondern die politische Erwägung mit Blick auf die DDR-Vergangenheit, »eine Beseitigung aller wichtigen

⁹⁴ Ebd., Bl. 85.

⁹⁵ Universität Potsdam: Denkschrift, in: Gründungsdenkschriften der brandenburgischen Universitäten, hrsg. von der Brandenburgischen Landeskommission für Hochschulen und Forschungseinrichtungen, Potsdam 1993 S. 55-181, hier S. 116-117.

⁹⁶ Vgl. Marshall: Vereinigung, S. 28.

Institutionen des ehemaligen Unrechtsregimes«⁹⁷ zu erreichen. Der Fall der Handelshochschule Leipzig 1991 zeigt hingegen, dass selbst politisch kompromittierte Spezialhochschulen eine Chance zum Fortbestehen hatten, wenn sich (westdeutsche) Kooperationspartner fanden; zugleich kam der Hochschule die lange Historie bis zum Jahr 1897 zugute, die eine identitätsstiftende Traditionsbildung ermöglichte. In diesem Fall war es die Leipziger Wirtschaft, die als freier Träger gegenüber dem Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst als entscheidende Impulsgeber einer Wiedergründung nach der zuvor erfolgten Integration in die Universität Leipzig auftrat.⁹⁸

Zwischenstand und arbeitsleitende Hypothesen

In wie fern stehen die Verfahrensweisen in den Rechts- und Politikwissenschaften paradigmatisch für einen Umgang mit den ostdeutschen systemnahen oder politisch belasteten Disziplinen? Hier sind zwei Sachverhalte aufschlussreich: Erstens erfolgte die ganzheitliche Abwicklung einer Einrichtung zumeist nur aus politisch-ideologischen Gründen, im Hochschulbereich waren im Vergleich zum Akademienwesen diese summarischen Schließungen weniger häufig der Fall als Fortführungen, da individuelle Prüfungen vorgezogen werden sollten.⁹⁹ Zweitens wurden Einrichtungen und Personal im Hochschulwesen in den folgenden Jahren häufiger aus Mangel an Bedarf als aus politischen Beweggründen heraus abgewickelt.¹⁰⁰ Renate Mayntz kommt aber zur Feststellung, dass die personelle Reduktionen im Hochschul- und Akademienwesen

⁹⁷ Jacobsen: Juristische Fakultät, S. 275.

⁹⁸ Vgl. Göschel, Hans: Die Handelshochschule in Leipzig, Leipzig 2008, S. 234.

⁹⁹ Vgl. Mayntz: S. 152-153.

¹⁰⁰ Vgl. ebd., S. 153.

letztlich fast vergleichbar stark waren.¹⁰¹ Das wirft die Frage auf, wie die Hochschulen und Landesregierungen Bedarf definierten. Ash konstatiert hierzu, »der konkrete Inhalt des Wortes „Bedarf“ sei »nirgendwo festgelegt« worden; »ob dies wissentlich und willentlich geschehen ist oder nicht, sei dahingestellt. Jedenfalls wurde das Wort im Laufe der Zeit zunehmend mit Finanzierbarkeit gleichgesetzt, mit beträchtlichen Folgen.«¹⁰² Aus dem Finanzierungsvorbehalt wurde deshalb leicht eine Chiffre der Anliegen, die es aus dem jeweiligen strategischen Interesse der Landesregierung zu fördern oder abzulehnen galt. Die Hochschulpolitik so implizit als Teil der Landesentwicklung zu verstehen, dafür sprach sich Enderlein auch in der bereits zitierten Fragestunde im dem Brandenburger Landtag aus.¹⁰³

Die Entscheidungsintentionen der Landesregierung, gegenüber der Hochschule für Recht und Verwaltung eine strikte Politik der Abwicklung zu verfolgen, der Brandenburgischen Landeshochschule gegenüber aber eine Politik des Aufbaus der Hochschule zu forcieren, sollten deshalb aus einem erweiterten politischen Rahmen betrachtet werden. Die Brandenburgische Landeshochschule war aus der Pädagogischen Hochschule »Karl Liebknecht« hervorgegangen, der größten Pädagogischen Hochschule der DDR – und somit zuständig für die Ausbildung von systemtreuen Lehrern, also ebenfalls politisch belastet;¹⁰⁴ eine Abwicklung, zumindest der ebenfalls systemnahen Sektionen Pädagogik/Psychologie oder des im Oktober 1990 aus der Sektion Marxismus-Leninismus hervorgegangenen Fachbereichs Philosophie und Sozialwissenschaften,

¹⁰¹ Ebd.

¹⁰² Vgl. Ash: Vereinigungsprozeß, S. 117.

¹⁰³ Landtag Brandenburg – 1. Wahlperiode – Plenarprotokoll 1/8 – 16. Januar 1991, S. 279.

¹⁰⁴ Vgl. Marshall, Barbara: Die deutsche Vereinigung in Akademia: West- und Ostdeutsche im Gründungsprozess der Universität Potsdam 1990-1994, Berlin 2016, S. 11-12.

erfolgte aber nicht.¹⁰⁵ Enderlein propagierte stattdessen frühzeitig eine Hochschulautonomie, da die Hochschule selbst besser geeignet schien, Entscheidungen und Problemlagen anzugehen.¹⁰⁶ Die Brandenburgische Landeshochschule als Ganzes sollte der zum 15. Juli 1991 gegründeten Universität Potsdam als Grundlage dienen und einen raschen Aufbau zu einer Volluniversität ermöglichen; hierbei antizipierten die verantwortlichen Stellen in Hochschule und Ministerium frühzeitig den Bedarf an westdeutschen Nachwuchskräften für die zu besetzenden Eckprofessuren der neuen Fakultäten. Insbesondere in den Rechts- und Wirtschaftswissenschaften schien keine ausreichende Anzahl an solchem Personal für alle ostdeutschen Hochschulen vorhanden zu sein.¹⁰⁷ Und vor dem Hintergrund einer damals virulenten Diskussion um eine Fusion der Länder Berlin und Brandenburg sollten geschaffene Tatsachen in dem Hochschulaufbau eine starke Verhandlungsposition bilden.¹⁰⁸ Gleichzeitig sollte der Strukturwandel sozialverträglich ausgestaltet sein; der Brandenburger Weg in der Personalpolitik wurde hierbei die Formel, unter der man die Arbeitsplatzsicherung und die Vermeidung allzu heftiger biographischer Brüche zu beschreiben suchte.¹⁰⁹ Doch gerade diese Hochschulpolitik führte keineswegs zu der vom Minister erklärten Stabilität, sondern überließ die Hochschulgremien einer gewissen

¹⁰⁵ Vgl. ebd., S. 63.

¹⁰⁶ Vgl. Enderlein, Hinrich: Hochschulautonomie im Mittelpunkt, in: Institut der deutschen Wirtschaft (Hrsg.): Streitsache: Ost-Hochschulen im Wandel, Köln 1992, S. 25-34 hier S. 25.

¹⁰⁷ Vgl. Marshall: Vereinigung, S. 138.

¹⁰⁸ Vgl. Jann / Muszynski: Brandenburg, S. 206.

¹⁰⁹ Vgl. Marshall, Barbara: Die Personalkontinuität an der Universität Potsdam, (Symposium »Der schwierige Neuanfang. Die Gründung der Universität Potsdam«, Potsdam 2. 12. 2016), <https://www.uni-potsdam.de/de/25jahre/debatte-zur-geschichte-der-hochschule/symposium/diskussionsforum.html> (03.05.2019).

Unsicherheit und machte die Hochschule anfällig für Konflikte.¹¹⁰ Das Gründungssenatsmitglied Ulrich Hermann kritisierte die unzureichende juristische Grundlage der Gründungsphase der Universität Potsdam nachdrücklich. Seiner Einschätzung nach konnte etwa die Evaluation des bestehenden Personals keine Aufgabe des Gründungssenats sein, der ja lediglich den Aufbau einer Hochschule zu verantworten hatte. Er trat letztlich zurück¹¹¹ – ebenso wie Rolf Grawert, der die Leitung der Zentralen Überleitungskommission koordinierte und nach einem Konflikt mit dem Minister wegen nicht erfolgter Kündigungen seine Posten aufgab.¹¹² Die vom Minister und Ministerium verfolgte Hochschulpolitik in Potsdam war entgegen der eigenen Intentionen also durchaus konfliktgeladen und erzeugte eine Menge Unsicherheit und Unstimmigkeiten. Gleichsam hatte die rigorose Abwicklung der Hochschule für Recht und Verwaltung die im Jahr 1990 durchgeführten Reformen überblendet; das Bild der partei- und staatsnahen Einrichtung verhing letztlich für die Jahre des Aufbaus und belastete das Verhältnis des ostdeutschen Personals untereinander.¹¹³

Am Beispiel des Hochschulstandorts Leipzig zeigt sich ein alternativer Lösungsansatz. Mit der Karl-Marx-Universität Leipzig, der Handelshochschule Leipzig und der Pädagogischen Hochschule »Clara Zetkin« wurden zwar drei Einrichtungen übernommen, aber die politisch belasteten Sektionen nach den Bestimmungen des Artikels 13 des abgewickelt, das Personal in Folge des Sächsischen

¹¹⁰ Vgl. Pasternack, Peer / Hechler, Daniel: Traditionsbildung, Forschung und Arbeit am Image. Die ostdeutschen Hochschulen im Umgang mit ihrer Zeitgeschichte. Leipzig 2013, S. 258-260.

¹¹¹ Vgl. Herrmann: Gründungssenat, S. 35-36.

¹¹² Vgl. Jacobsen: Juristische Fakultät, S. 267.

¹¹³ Vgl. ebd., S. 274.

Hochschulerneuerungsgesetzes 1991 deutlich reduziert und die drei Einrichtungen schließlich 1992 (über das Sächsische Hochschulstrukturgesetz zur Vermeidung von doppelten Strukturen) zusammengeführt.¹¹⁴ Der Nichtkonformität der Spezialschulen mit dem westdeutschen Hochschulwesen zum Trotz, die wegen der Dynamisierung des Einigungsprozesses auch nicht bis zum Herbst 1990 überwunden werden konnte, sollte dennoch über eine Verlangsamung der Dynamik nach Aussagen des Sächsischen Staatsministers für Wissenschaft und Kunst potentiell Bewahrenswertes aus der DDR erhalten bleiben.¹¹⁵ Auf eine ähnliche Verfahrensweise hatte man an der Hochschule für Recht und Verwaltung in Brandenburg hingegen vergeblich gehofft.¹¹⁶ Im Gegensatz zu Sachsen schien man dort Abwicklungen allgemein weniger über belastete Sektionen als über einzelne Einrichtungen zu verfolgen; die weitestgehend unbeschadete Überführung der Brandenburgischen Landeshochschule erklärt das im Vergleich zur Hochschule für Recht und Verwaltung nur vordergründig widersprüchliche Verhalten, muss man doch die strategischen Interessen und Überlegungen der Landesregierung mitdenken. Inwiefern das abschließende numerische Ergebnis den Entwicklungen in Brandenburg letztlich gleicht, bleibt noch zu ermitteln.

¹¹⁴ Vgl. König, Fritz: Demokratischer Neubeginn und Weichenstellung für die Zukunft. Die Universität Leipzig von der Friedlichen Revolution bis zur Gegenwart. 1989-2009, in: Ders. / Hehl, Ulrich von / Heydemann, Günther / Fitschen, Klaus (Hrsg.): Das zwanzigste Jahrhundert. 1909-2009, 3. Bd, Leipzig, S. 783-903, hier S. 827-831.

¹¹⁵ Vgl. Meyer, Hans Joachim: Im Spannungsfeld unterschiedlicher Ziele, in: Institut der deutschen Wirtschaft (Hrsg.): Streitsache: Ost-Hochschulen im Wandel, Köln 1992, S. 60-67, hier S. 61.

¹¹⁶ Gensicke, Tom: Elitentransformation in Ostdeutschland – Die Abwicklung der Hochschule für Recht und Verwaltung 1989-1991, Marburg 1995, S. 50-51.

Eine bloß entlang der personellen Kennziffern getroffene Beurteilung würde aber zu kurz greifen. Vielmehr ist zu untersuchen, welche Auswirkungen die verschiedenen Verfahrenswege auf die Akteure hatten, was der Systemtheoretiker Niklas Luhmann über die Formel Legitimation durch Verfahren definierte.¹¹⁷ Der aus politischen Gründen forcierte Elitenaustausch in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ging allerorten mit teils starken sozialen Verwerfungen einher, doch in welcher Stärke sich die schnelle Auflösung der Arbeits- und Lebenswelten auf die Verfassung der Akteure niederschlugen, war in gleichem Maße von den Aushandlungen abhängig. Diese Prozesse waren wiederum Ursache und Auslöser der »psychologische[n] Hypothesen des Umbruchs«¹¹⁸, die sich im Verlauf der 90er Jahre in Form einer »inneren Distanznahme«¹¹⁹ oder einer Zweiten Wissenschaftskultur¹²⁰ zeitigten konnten. Der Hochschulstandort Potsdam schien wegen der unterschiedlichen Verfahrensweisen schließlich hiervon deutlich stärker betroffen zu sein als der in Leipzig.

¹¹⁷ Vgl. Reimer, Philip: Verfahrenstheorie: Ein Versuch zur Kartierung der Beschreibungsangebote für rechtliche Verfahrensordnungen, Tübingen 2016, S. 148.

¹¹⁸ Holtmann: Signaturen, S. 9.

¹¹⁹ Ebd., S. 9.

¹²⁰ Vgl. Pasternack: DDR-Gesellschaftswissenschaften, S. 138-142.

Heiner Bröckermann

Das Ende der NVA – Kein Ende der Forschung

Die Konjunktur der DDR-Forschung und die Rolle der Militärgeschichte

Wann war das Ende der Nationalen Volksarmee (NVA) der DDR? Natürlich 1990, im Jahr der Deutschen Einheit, oder? Wir kommen später noch darauf zurück. Und inwiefern ist 30 Jahre später ein Ende der Forschung zur NVA in den bisherigen Bahnen absehbar – oder deutet der Blick auf das Ende der NVA sogar auf neue Perspektiven hin? Seit 1990 wurde die DDR-Forschung in Abständen von fünf bis zehn Jahren bilanziert. Für das Militärgeschichtliche Forschungsamt (MGFA) war jedoch 2007 ein herausragendes Bilanzjahr. Man wollte sich der eigenen Forschungsleistung vergewissern, aber auch Perspektiven für die kommenden Jahre öffentlich machen.

Aus heutiger Sicht ist das schon wieder lange her. Und es gibt ja eine Art Historiker-Nostalgie in Veranstaltungen mit dem Titel »Neu gelesen«, die manchmal die prophetischen Aspekte der historischen Profession hervortreten lassen. So lohnt es sich auch heute, einen Aufsatz der »Militärgeschichtlichen Zeitschrift« von 2007 wieder zur Hand zu nehmen. Als damals die Kollegen und militärischen Kameraden des, heute wohl legendären, Forschungsbereiches IV »Militärgeschichte der DDR im Bündnis« Torsten Diedrich, Winfried Heinemann, Matthias Rogg, Rüdiger Wenzke und Heiner Bröckermann einen programmatischen Aufsatz zur »Zukunft der DDR-Militärgeschichte«¹²¹ verfassten, war allen bewusst, dass im

¹²¹ Bröckermann, Heiner u.a.: Die Zukunft der DDR-Militärgeschichte. Gedanken zu Stand und Perspektiven der Forschung, in: *Militärgeschichtliche Zeitschrift* 66, 2007, Heft 1, S. 71-99.

Zuge der sehr produktiven Reihe im Ch. Links Verlag mit zwei Bänden pro Jahr doch wohl irgendwann das Ende der NVA-Forschung in Quer- und Längsschnittstudien erreicht sein würde. Die NVA im Bündnis der Warschauer Vertragsorganisation (WVO) sollte bis dahin ganz klar weiter mit modernen Methoden der Militärgeschichtsschreibung untersucht werden. Und es wurde gefragt, wie es weiterhin mit der Relevanz und der Deutung oder Bedeutung der DDR-Geschichte aussieht. Die Menge der Publikationen wuchs insgesamt zum Thema DDR rasant. Der Historiker Ulrich Mählerl stellte dazu 2016 fest, dass mit fast 7000 deutschen Publikationen zur DDR »seit dem Jahr der Wiedervereinigung – außer an den Wochenenden – jeden Tag mindestens ein Buch erschienen« sei, das sich mit dem Thema befasst hat.¹²² Das bedeutete eine lange Phase der wissenschaftlichen Hochkonjunktur mit direkter Nutzung von Forschungsergebnissen für die unterschiedlichen Formen der Vergangenheitsbewältigung. Von Anfang an ging diese Forschungskonjunktur mit einer Aufklärung des Unrechts und der Verbrechen der SED-Diktatur einher. So findet sich in den Akten zum Nationalen Verteidigungsrat der DDR eine Vielzahl von Rotstiftvermerken der bundesrepublikanischen Staatsanwaltschaft, die auf ein ehrliches Bemühen hinweisen, in der schieren Masse der Unterlagen die juristische noch vor der historischen Wahrheit zu identifizieren. Darüber hinaus wurden seit 1990 neue Ergebnisse der Forschung auch relativ schnell Inhalte der politischen Bildung, später auch in kleinerem Umfang der historischen Bildung. Sicher ist in den letzten Jahren auch die allgemeine Forschung zur »Zeitgeschichte« oder zu neuen Formen

¹²² Mählerl, Ulrich: Totgesagte leben länger. Oder: Konjunkturen der DDR-Forschung vor und nach 1989. Eine Einführung, in: Ders. (Hrsg.): Die DDR als Chance. Neue Perspektiven auf ein altes Thema, Berlin 2016, S. 9-21, hier S. 9.

wie »Public History« vorangeschritten. Und immer wieder wurde die DDR-Geschichte bemüht, um herauszufinden, warum die Bewohner der ehemaligen DDR beziehungsweise der »neuen Bundesländer« so sind wie sie sind oder so wählen wie sie es nun einmal wollen. Hier setzten vor einigen Jahren die Historiker Dierk Hoffmann, Michael Schwartz und Hermann Wentker an, als sie bilanzierend hervorhoben, dass das Wissen über die DDR das »Verständnis deutscher Politik- und Gesellschaftsgeschichte seit der Wiedervereinigung« fördern könne und zudem ein »Erprobungsfeld für neue Forschungsmethoden und -perspektiven« biete.¹²³ In diesen Diskussionen wurde die NVA oft einfach nur als Militär marginalisiert, das genauso war, weil es eben »Militär« war. Es gab sogar Sozialgeschichten der DDR, die gänzlich ohne das Thema NVA auskamen. Immerhin wurde dann wenigstens auf die Reihe des MGFA »Militärgeschichte der DDR« hingewiesen. Der Vorwurf einer weitgehend selbstreferentiellen DDR-Forschung, die zudem in der Sprache der Vergangenheit daherkam, kann um den Vorwurf erweitert werden, dass die Ergebnisse der DDR-Militärgeschichtsforschung schlichtweg ignoriert wurden und der »normale« DDR-Historiker sich wohl mit Kenntnissen über die Funktion der Staatssicherheit vollkommen ausreichend informiert sah. Dieser Fokusverengung entsprach auch, dass in wichtigen Arbeiten zum NATO-Doppelbeschluss oder zur DDR-Außenpolitik »unsere« Arbeiten kaum eine Rolle spielten. Ein Grund für letzteres mag sein, dass sich Werke der DDR-Geschichtsforschung mit vielen Aspekten, die sich auf die DDR sowie die »Durchherrschaft« und Herrschaft der SED oder KPdSU beziehen, schon rein sprachlich dem

¹²³ Hoffmann, Dierk / Schwartz, Michael / Wentker, Hermann: Die DDR als Chance. Desiderate und Perspektiven künftiger Forschung, in: Mählert (Hrsg.): Die DDR als Chance, S. 23-70, hier S. 69.

Erkenntnisgewinn der auf die westliche Welt konzentrierten Forscher und Forscherinnen entzogen.¹²⁴

Was irgendwie mit der Zeit aus der Mode kam, waren die beliebten »DDR-Forscher-Tagungen«, auch im Bereich der Militärgeschichte. Das »Cold War International History Project« und das »Parallel History Project on NATO and the Warsaw Pact« hatten über Jahre die Internationalität der DDR-Militärgeschichtsschreibung des MGFA unterstützt. Dazu kamen Verbindungen über die »Internationale Kommission für Militärgeschichte« (CIHM). Vieles lief später etwas kleiner unter der Rubrik »Workshop« weiter. Und immer wieder stellten wir die deutsche privilegierte Situation fest. Einen so guten Aktenzugang zu den Unterlagen einer ehemaligen Armee des Warschauer Paktes und seiner Sicherheitsorgane hatte kein Land. Während wir aus den »Vollen« schöpfen konnten, feierten unsere Kollegen vom Balkan mitunter einzelne Aktenfreigaben als Erfolg – von den Nachfolgestaaten der Sowjetunion ganz zu schweigen. Andererseits kann man aber auch feststellen, dass die gemeinsame Geschichte als Partner im Warschauer Pakt und die heutige Einbindung in die NATO vieles in der Forschungszusammenarbeit erleichtert hat.

Nestoren der DDR-Geschichtsschreibung verschwanden allmählich aus dem öffentlichen Blickfeld. Und zeitweilig schienen Politikwissenschaftler mit provokanten Thesen die Erklärung der DDR zu übernehmen. Medial blieb das historische Thema DDR aber durchaus ein Dauerbrenner. Das Militär fand dabei besonders Interesse, als es um die Kriegsplanungen des Warschauer Paktes ging.

¹²⁴ Zur besonderen Welt der Akten der DDR und der Schwierigkeiten des Erkenntnisgewinns siehe die praktische Einführung von Holzweißig, Gunter: Quellenkundliche Anmerkungen zur DDR-Historiografie. Heft 17 der Materialien aus dem Bundesarchiv, Koblenz 2006.

Da wurde die DDR immer wieder zum Geheimnis und Ort des Mysteriösen. Beim Verfasser war es das Interesse der Öffentlichkeit an Bunkern, militärischen Geheimdiensten und Dingen wie der »Operation Hamster«, der Suche nach US-Spionagesonden in der DDR. Von den vielen Rundfunkanstalten, die das Thema DDR aufgriffen, kommt dem MDR eine herausragende Bedeutung zu. Durch ihn hat das Thema DDR über die Jahre eine kontinuierliche, sorgfältige filmische Dokumentation bekommen.

Neue Organisation und neue Synergien

Mit der Zusammenlegung des MGFA und des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr (SoWI) im Januar 2013 zum Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) änderte sich die Lage: Neue Synergien von Geschichte und Sozialwissenschaften mündeten in neue Forschungsprojekte. Es entstand eine gar nicht so neue Idee, die Militärgeschichte von Bundesrepublik und DDR in NATO beziehungsweise WVO unter dem Dach eines gemeinsamen Forschungsbereiches zu erforschen und dabei eine integrierte Militärgeschichte beider deutscher Staaten zwischen 1945 und 1990 zu verfolgen.

Nicht nur aufgrund der besseren Aktenlage hatte sich jedoch in den letzten Jahrzehnten eine gewisse Parallelverschiebung ergeben. Während Forschungen zur Bundeswehr zu großen Teilen am Ende der 1960er Jahre Station gemacht hatten, war die DDR-Militärgeschichtsschreibung im MGFA in den 1980er Jahren angekommen. Von einer »Forschungs-Randlage« Anfang der 1990er Jahre hatte sich also dank der Publikationsreihe »Militärgeschichte der DDR« eine bessere Sicht auf die Geschichte der NVA vor 1990 als auf die Bundeswehr ergeben. Die Reihe, deren 27. Band im Oktober

2020 erschienen ist, hat viele Standardwerke und Diskussionsbeiträge hervorgebracht. Leider ist ein großer Teil der Reihe heute vergriffen oder durch Print on Demand relativ teuer geworden. Umso erfreulicher ist es, dass in Zukunft die gesamte Reihe zumindest als E-Books wieder beim Ch. Links Verlag verfügbar gemacht werden soll. Denn etwas Besseres ist beispielsweise über die Kasernierte Volkspolizei noch nicht erschienen als der 2001 veröffentlichte erste Reihenband von Torsten Diedrich und Rüdiger Wenzke »Die getarnte Armee«.

Konstanten blieben bislang die leitenden Forschungsfragen zur NVA; dazu zählen etwa »herrschaftsgeschichtliche um Funktion und Stellenwert der NVA in der Sicherheitsarchitektur des SED-Staates und im östlichen Bündnis, gesellschaftsgeschichtliche um die empirische und theoretische Verortung der Streitkräfte in ihrem namensstiftenden Volk, alltagsgeschichtliche um die Erfahrung des omnipräsenten Sicherheitsapparates durch freiwillig Beteiligte, zwangsweise Betroffene (Wehrpflichtige) und Außenstehende.«¹²⁵

Arbeiten erschienen zu »Epochen der DDR« wie der Ära Ulbricht oder Honecker, zu Organisationen beziehungsweise Formationen, wie dem Nationalen Verteidigungsrat der DDR oder den Grenztruppen der DDR sowie der Militär- und Sicherheitspolitik, dem Warschauer Pakt und seinen Mitgliedern, den Beziehungen zu Bündnispartnern wie Polen oder Ungarn und mehrmals zur Endphase der DDR beziehungsweise der NVA.

Ein Streitpunkt blieb mitunter die richtige Periodisierung. Während mehrheitlich der Einteilung nach Ulbricht und Honecker gefolgt

¹²⁵ Ehlert, Hans / Wagner, Armin: Äußere Sicherheit und innere Ordnung. Armee, Polizei und paramilitärische Organisationen im SED-Staat, in: Eppelmann, Rainer / Faulenbach, Bernd / Mählert, Ulrich(Hrsg.): Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung, Paderborn 2003, S. 141-150, hier S. 149.

wurde, verwiesen andere Kollegen auf die Phasen der Entspannung oder einen Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion als Wendepunkte. Diskussionen gab es auch um die Bezeichnung »Zweiter Kalter Krieg« neben dem Begriff der »Krise der Detente«. An dieser Stelle wird sich in den nächsten Jahren hoffentlich der neue Ansatz der Forschung zum Militär der DDR im Warschauer Pakt in innerdeutscher und globaler Perspektive auch durch mehr Relevanz für die internationale und politische Geschichte zeigen können. In der gültigen Forschungsweisung des Bundesministeriums der Verteidigung für das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr wurde 2014 dieser Ansatz zur Forschung im Zeitalter des Kalten Krieges verankert:

»In der Militärgeschichte nach 1945 richtet sich der Blick auf die Geschichte der beiden deutschen Nachkriegsarmeen im Kontext des Ost-West-Konfliktes. Neben struktur- und operationsgeschichtlichen sowie rüstungswirtschaftlichen Themen werden alltags-, mentalitäts- und biografiebezogene Fragestellungen verfolgt. Zentrale Bedeutung hat die Geschichte der Bundeswehr, nicht zuletzt mit Blick auf die wechselseitige Wahrnehmung von Streitkräften und Gesellschaft. Die Forschung zur Militärgeschichte der DDR ist fortzusetzen. Größere Aufmerksamkeit ist dabei der Nationalen Volksarmee in ihrer letzten Entwicklungsphase, der Geschichte anderer bewaffneter Kräfte sowie der Militarisierung der Gesellschaft zu widmen. Daneben ist die Einbindung der Bundesrepublik und der DDR sowie ihres Militärs in ihre jeweiligen Bündnisse zu untersuchen. Als zentrale Untersuchungsfelder ergeben sich daraus auch sicherheitspolitische Fragen der europäischen Integration, der NATO und des Warschauer Pakts, von Wirtschaft und Rüstung sowie multinationaler Einsatzverbände und Einsätze. Neu in den

Fokus der historischen Forschung nach 1945 rücken Forschungen zu einer gesamtdeutschen Militärgeschichte.«¹²⁶

Die Geschichte der NVA und der Bundeswehr werden im ZMSBw nun perspektivisch in einer integrierten deutsch-deutschen Geschichte verfolgt. Trotzdem sollen auch weiterhin Einzelstudien zur NVA in der bisherigen Reihe »Militärgeschichte der DDR« herausgegeben werden können. Das von Rüdiger Wenzke und Jörg Echternkamp koordinierte und stringent strukturierte Zukunftsprojekt »Deutsche Militärgeschichte 1970-1989« hat bereits Früchte getragen. Im Rahmen der Internationalen Tagung für Militärgeschichte 2019 in Potsdam wurden erste Ergebnisse präsentiert. Zum anderen erschien der erste Band der neuen Reihe des ZMSBw im Ch. Links Verlag mit dem programmatischen Titel »Deutsch-Deutsche Militärgeschichte«. Eine Edition von Christoph Nübel erschließt Quellen zur Militärgeschichte beider deutscher Staaten im internationalen Kontext in politischen, soziokulturellen und ökonomischen Zusammenhängen.¹²⁷

Das Großforschungsprojekt des ZMSBw soll die Nachkriegsgeschichte der beiden deutschen Staaten am Beispiel der Militärgeschichte zusammenführen. Eine gemeinsame, die Entwicklung der jeweiligen Bündnisse spiegelnde Militärgeschichte soll so entstehen. Nach Jörg Echternkamp soll das interdisziplinär angelegte Projekt auf vergleichs- und verflechtungsgeschichtliche Ansätze zurückgreifen, deren Ertrag für die neuere Zeitgeschichte zugleich anhand des empirischen Beispiels der deutsch-deutschen Militärgeschichte getestet werden soll. Ähnlich wie 2007 hat sich auch der neue

¹²⁶ Siehe A-2713/2, Bundesministerium der Verteidigung, Führungsstab der Streitkräfte III 3, Zentrale Dienstvorschrift, Wissenschaftliche Arbeit des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, 31.7.2014, Nr. 204.

¹²⁷ Nübel, Christoph (Hrsg.): Dokumente zur deutschen Militärgeschichte 1945-1990. Bundesrepublik und DDR im Ost-West-Konflikt. 2. Auflage, Berlin 2020.

Forschungsbereich »Militärgeschichte nach 1945« in einem Artikel in der »Militärgeschichtlichen Zeitschrift« erklärt. Der Leiter des Forschungsbereichs, Rüdiger Wenzke, legte zusammen mit Jörg Echternkamp, Dieter H. Kollmer, Thorsten Loch und Ralf Vollmuth die bisherige Bilanz und die Perspektiven für die kommenden Jahre dar.¹²⁸ Die Synergien der neuen Organisation des ZMSBw sind nicht nur innerhalb dieses Forschungsberichts spürbar. Denn die Zusammenarbeit von Historikern und Sozialwissenschaftlern ist nicht neu, wie Forschungen zur Arbeitergeschichte zeigen. Ausgehend vom Projekt »Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930-1960« konnten die Autoren Lutz Niethammer und Alexander von Plato schon 1987 zusammen mit Dorothee Wierling eine Reihe von Interviews mit Arbeitern und Arbeiterinnen in der DDR führen. Die Veröffentlichung der Studien von 1991 nahm die Sozialwissenschaftlerin des ZMSBw, Nina Leonhard, mit Forscherinnen von den Universitäten Hamburg und Frankfurt am Main, Hanna Haag und Pamela Heß, auf, um den sozialen Erinnerungs- und Vergessensprozesse im vereinigten Deutschland zusammen mit Politologen, Soziologen und Ethnologen nachzuspüren. Die Ergebnisse erschienen bereits 2017 in der Reihe »Soziales Gedächtnis, Erinnern und Vergessen – Memory Studies«.¹²⁹ Die künftigen Teilprojekte der »deutsch-deutschen Militärgeschichte« des ZMSBw beleuchten militärische Binnenstrukturen, militärisch-zivile Verhältnisse, sicherheits- und militärpolitische Wandlungen und auch rüstungswirtschaftliche Entwicklungen. Projekte umfassen folgende Bereiche »Inneres

¹²⁸ Echternkamp, Jörg u.a.: Deutsche Militärgeschichte von 1945 bis 1990 im internationalen Kontext. Bilanz und Perspektiven der Forschung, in: *Militärgeschichtliche Zeitschrift* 76, 2017, Heft 1, S.132-170.

¹²⁹ Haag, Hanna / Heß, Pamela / Leonhard, Nina(Hrsg.): Volkseigenes Erinnern. Die DDR im sozialen Gedächtnis, Wiesbaden 2017.

Gefüge, Ausbildung und Erziehung«, »Strukturen, Organisation, militärisches Denken und operative Planung in beiden deutschen Streitkräften«, den »Sanitätsdienst der Bundeswehr und der Medizinische Dienst der NVA«, »Militäreliten in Ost und West 1955-1990«, »Politik und Wissenschaft: zivile Dimensionen des Militärs in der DDR und der Bundesrepublik«, »Kirchen und Friedensbewegungen in beiden deutschen Staaten«, das »Verhältnis von Militär und Parlament in der Sicherheitsarchitektur der DDR und der Bundesrepublik Deutschland«, »Öffentliche Meinung zu Sicherheitspolitik und Streitkräften in Demokratie und Diktatur. Ein Beitrag zur Soziologie zivil-militärischer Beziehungen in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR«, Spezialstudien zu Rüstungsfragen bis hin zur »Computerisierung der Bundeswehr und der NVA von den Anfängen bis in die 1980er Jahre«. Zu erwähnen ist dabei auch die Zusammenarbeit in Teilprojekten mit anderen Instituten, wie zum Beispiel dem Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF).¹³⁰

Es bleibt spannend, inwieweit die integrierte Militär-geschichtsschreibung Beiträge zum Gesamtverständnis der deutschen Geschichte zwischen 1949 und 1990 leisten wird – und ob diese ähnlich rezipiert werden, wie die herausragenden Forschungsergebnisse zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges des MGFA und des ZMSBw. Dabei wird die parallele Sicht auf DDR und Bundesrepublik sowie NATO und Warschauer Pakt mit ähnlichen Herausforderungen kämpfen wie die übrige historische Zukunft. Erklärungen der Problemlage hat Christoph Kleßmann mit seinem Begriff einer »asymmetrisch verflochtenen Parallelgeschichte« vorgelegt. Gegenseitige Wahrnehmungen und Verflechtungen

¹³⁰ Vgl. die Projektseite im Rahmen der Website des ZMSBw, http://www.zmsbw.de/html/zms_geschichteab45_2016.php (03.03.2020).

deutscher Staaten und Gesellschaften sind dabei als Forschungsfeld längst erkannt. Die für die Ostdeutschen »informelle Referenzgesellschaft« der Bundesrepublik sollte auch auf militärischem Gebiet ausgeleuchtet werden. Womöglich ergeben sich aufgrund der militärischen und technischen Blockkonfrontation weniger Asymmetrien als angenommen. Allerdings sind bei allen »Modernisierungsanstrengungen« der deutschen Staaten die Lösungen aufgrund einer unterschiedlichen »Pfadabhängigkeit« mit einer Variablen des Politischen oder Ideologischen versehen, die sich im Ergebnis wohl kaum auflösen lässt. Mit Blick auf die internationale Geschichtswissenschaft hatte Jürgen Kocka zuletzt die »Weitung des Bezugsrahmens« angemahnt. Er forderte die »Einbeziehung der DDR-Geschichte in breite, systematische, problemorientierte Zusammenhänge transnationaler Erstreckung«. So sollten mitunter vergleichende Fragen klassisch untersucht und zudem »verflechtungsgeschichtliche Fragen nach wechselseitigen Perzeptionen, Interaktionen, Austauschprozessen und Beziehungen« erschlossen werden.¹³¹

Das Ende der NVA

Das Ende der NVA wurde in mehreren Werken der Reihe »Militärgeschichte der DDR« thematisiert. Das aus einem Zeitzeugenkolloquium hervorgegangene Buch »Armee ohne Zukunft« zeigte bereits 2002 den Rahmen auf und thematisierte die

¹³¹ Siehe Faulenbach, Bernd: Tendenzen, Verflechtungen und Kontexte der SED-Diktatur. Wieso die DDR-Geschichte ein bedeutsames Thema bleibt, in: Mähler, Die DDR als Chance, S. 79-87, hier S. 85-87. Kocka, Jürgen: Grenzüberschreitung als Chance. Überlegungen zur Zukunft der DDR-Forschung, in: Mähler (Hrsg.): Die DDR als Chance, S. 131-137, hier S. 133 f.

Militärreform der NVA.¹³² 2011 wurde die Dissertation des Verfassers veröffentlicht, die das Ende der NVA mit einem Fokus auf die Ereignisse in Dresden, Plauen und Leipzig über die Militärreform bis in das Frühjahr 1990 in den Blick nahm.¹³³ Viel mehr in die Öffentlichkeit wirkte dagegen ein kleinerer Reihenband zum »Verlust der Initiative« 1989 aus dem Jahr 2014, der inzwischen ein viel zitiertes Referenzwerk zur NVA am Ende der DDR geworden ist.¹³⁴ Die Aufstellung der ersten »Hundertschaften« der NVA, die noch am Abend des 4. Oktober 1989 mit Waffen und Munition ausgerückt waren, und die Eskalation der Gewalt am Dresdner Hauptbahnhof zeigten das Potential der Staatsmacht zur Gewalt gegen das Volk. Dass die NVA nicht zur Niederschlagung der Friedlichen Revolution eingesetzt wurde, machte sie nicht automatisch zu einem Teil der Friedlichen Revolution. Trotzdem gehört die im Herbst 1989 einsetzende Militärreform der NVA durchaus in den Kontext der Friedlichen Revolution.

Reizvoll kann aber ganz allgemein die Frage sein, wann das Ende der NVA war, wenn man nicht nur auf das faktische Ende vom 2. Oktober 1990, 24:00 Uhr, sieht, sondern auch auf substantielle Veränderungen der ostdeutschen Streitkräfte. Vereinzelt wurde dies schon am Begriff der »Volksarmee« versucht. Der Liedermacher und Autor Stephan Krawczyk lässt in seinem teilweise autobiografischen Roman »Der Narr« dazu sein Roman-Ich als Kandidat der SED während einer Parteisitzung in der NVA rasonieren: »Genossen, so

¹³² Ehlert, Hans (Hrsg.): *Armee ohne Zukunft. Das Ende der NVA und die deutsche Einheit. Zeitzeugenberichte und Dokumente*, Berlin 2002.

¹³³ Bröckermann, Heiner: *Landesverteidigung und Militarisierung. Militär- und Sicherheitspolitik der DDR in der Ära Honecker 1971-1989*, Berlin 2011.

¹³⁴ Wenzke, Rüdiger: »Damit hatten wir die Initiative verloren«. *Zur Rolle der bewaffneten Kräfte in der DDR 1989/90. Mit Beiträgen von Heiner Bröckermann, Daniel Niemetz, Matthias Uhl und Rüdiger Wenzke*, Berlin 2014.

geht das nicht! [...] Ihr könnt nicht auf der einen Seite sagen, der sozialistische Mensch steht im Mittelpunkt und andererseits behandelt ihr die Soldaten wie den letzten Dreck. Das würde ja bedeuten, dass der sozialistische Mensch ein Dreck ist. Genossen, überlegt doch mal.«¹³⁵

Die NVA schien sich bereits nach dem Mauerbau 1961 substantiell zu verändern. Die »Abstimmung mit den Füßen« war im Grunde nicht mehr möglich. Die NVA war 1962 zur Wehrpflichtarmee geworden, immerhin bald mit einer eigenen Möglichkeit der Verweigerung des Waffendienstes. Das mitunter leicht anarchische der Freiwillig-Unfreiwilligen der ersten Jahre aus der Kasernierten Volkspolizei und nach 1956 wich schnell der kommisshaften »Armee des Volkes«, die in die Reihen der Armeen der Warschauer Vertragsorganisation professionell aufschloss, was nicht zuletzt durch das Manöver »Waffenbrüderschaft« deutlich wurde. Die Frage nach dem Ende der Volksarmee tat sich aber vor allem 1989 auf. Schon die Drohung der SED mit einer »chinesischen Lösung« lies die Bürger auf die Soldaten blicken und hatte Auswirkungen auf die »bewaffneten Organe« der DDR insgesamt. Ein Moment des Endes der Volksarmee war, als die Soldaten im Oktober 1989 mit Waffen am Dresdner Hauptbahnhof warteten, um gegebenenfalls auf das eigene Volk zu schießen. Sie wurden auf Weisung der SED zwar bald von der Schusswaffe auf den Schlagstock umgerüstet, aber der Tabubruch blieb, und auch in Leipzig wurde die militärische Drohung noch wahrgenommen. Die »Hundertschaften« der NVA waren republikweit Teil des Unterdrückungsapparates gegen die Friedliche Revolution. Das spürten nicht nur die Gegner der SED. Unter dem Eindruck der Gewalt protestierte etwa Hermann Kant, Präsident des

¹³⁵ Krawczyk, Stephan: Der Narr. 2. Auflage, Zürich 2003, S. 7.

Schriftstellerverbandes der DDR und SED-Funktionär, , gegen den Einsatz der Deutschen Volkspolizei. Vor dem Plenum der 10. Tagung des Zentralkomitees der SED am 9. November 1989 forderte er: »Meine Volkspolizei soll mein Volk nicht schlagen.«¹³⁶

Ein Ende der NVA alter Prägung war sicher auch die bereits erwähnte Militärreform im Schatten der Friedlichen Revolution. Obzwar sehr ambitioniert, brachte sie zunächst zu wenig Ergebnisse für die DDR-Bürger, die ihre Freiheit auch als Soldaten in die Hand nehmen wollten – und konnte somit zum Beispiel den Soldatenstreik von Beelitz Ende 1989 nicht verhindern. Andererseits kann angenommen werden, dass es ohne die Militärreform eher zu mehr Protesten gekommen wäre. Die Kommandeurstagung des neuen Ministers für Nationale Verteidigung vom 20. November 1989 wurde zum offiziellen Start der Reform, damals noch auf dem Pfad zu einem »erneuerten Sozialismus«. Schon in Überlegungen vom Herbst 1989 zeichnete sich der Richtungswechsel ab. Fortan sollte, wie Wolfgang Scheeler, Kapitän zur See und Dozent der Militärakademie »Friedrich Engels« in seinen »Gedanken zur Militärreform« formulierte, die NVA eine »Armee des Volkes und des ganzen Staates sein, frei von der Bindung an eine politische Partei und an eine einzige Weltanschauung«.¹³⁷ Insofern deutete sich schon im Herbst 1989 ein Ende der alten NVA an. Mit der neuen demokratisch legitimierten Regierung, die nach der ersten freien Volkskammerwahl in der DDR (18. März 1990) ihr Amt antrat, wurde die NVA von der »Parteiarmee der SED« schließlich zu einer der Volksvertretung als Teil der Exekutive verantwortlichen »Armee

¹³⁶ Bröckermann, Heiner: Landesverteidigung und Militarisierung, S. 838.

¹³⁷ Scheler, Wolfgang: Die Militärakademie in der demokratischen Revolution und Militärreform. Erinnerungen und Reflexionen, in: *Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e.V.* (Hrsg.): Die Militärakademie in der demokratischen Revolution 1989/90. Aufbruch und Ende. Heft 114, Dresden 2015, S. 8-106, hier S. 62-65.

des ganzen Volkes«. ¹³⁸ Deutliches Zeichen waren die »Zivilisten« an der Spitze, die Männer der Friedlichen Revolution, Rainer Eppelmann und Werner Ablast. Sie mussten die Hoffnungen auf temporäre Fortexistenz zweier deutscher Armeen in zwei Bündnissen auf deutschem Boden weitertragen, neue Traditionen und Symbole einführen, vieles erklären und schließlich auch ermutigen, weil dann ein weiteres Ende der NVA kam. Mit den Ergebnissen der Kaukasus-Verhandlungen im Juli 1990 war nämlich bald klar, dass es eine NVA nicht mehr geben musste. Ausgerechnet die Sowjetunion lies die NVA fallen, eine Erkenntnis, die auch für die sowjetischen Generale in der DDR über Nacht kam. Insofern wurde ein weiteres Ende der NVA das baldige Ausscheiden aus der Warschauer Vertragsorganisation, ohne Parade, gerade noch mit einem Glas Sekt und einem Essen. Die NVA war eigentlich nur als Bündnisarmee in der WVO denkbar gewesen. Darauf bauten Ausbildung, Bewaffnung und Strukturen auf. Die Treue sollte noch lange anhalten. Einige ehemalige NVA-Generale warteten noch Jahre mit Erklärungen zur Geschichte der NVA, weil sie sich noch dem Moskauer Generalstab (geheim-)verpflichtet sahen. Ein weiteres Ende der NVA war schließlich auch der Zeitpunkt, an dem man nicht mehr unter sich und seinesgleichen war. Die Ankunft des Vorbereitungsstabes der Bundeswehr in Strausberg im August 1990 signalisierte das Ende der geübten Feindschaft so wie die neue Zukunft. Die Dynamik und die Perspektive der Bundeswehr war jedenfalls etwas, was die NVA nicht mehr hatte. Deprimierend, aber dennoch wichtig war der den Umständen entsprechende, würdige

¹³⁸ Diese neue Selbstsicht zeigte sich u.a. in einer im Mai 1990 vom Ministerium für Abrüstung und Verteidigung herausgegebenen Druckschrift »Der Soldat in der demokratischen Gesellschaft. Ein Staatsbürger in Uniform«, Rogg, Matthias: Armee des Volkes? Militär und Gesellschaft in der DDR, Berlin 2008, S. 580.

Abschluss, den Staatssekretär Werner Ablast am 2. Oktober 1990 der NVA in Strausberg gab, und wichtig waren auch die vielen kleineren Appelle, die mit der Verlesung des Ministerbefehls zur Auflösung zwischen Ostsee und Erzgebirge durchgeführt wurden.

Es gab aber noch einige »Enden der NVA« nach 1990. In der Bundeswehr verschwand die NVA erst nach und nach. Irgendwann saßen die Bundeswehruniformen und die Barett besser. Die alte Militärsprache der NVA hielt sich im Osten länger als gedacht. Das waren Begriffe wie zum Beispiel »Park« (Technischer Bereich), »Sicherstellung« (Unterstützung) oder »Entlassungskandidat« (Wehrpflichtige am Ende der Dienstzeit) sowie der legendäre Ausspruch »Geht seinen Gang!«. Über viele Jahre sah man in den Kasernen das blaukarierte Bettzeug, das Geschirr, die Woldecken und die Handtücher mit dem Aufdruck NVA. Es war eine Zeit des Übergangs, in der sich Kontinuitäten und Neuanfänge durchmischten – und die ihren symbolischen Ausdruck in dem nur leidlich geklärten Streit um die Nutzung der Bezeichnung »a.D.« (außer Dienst) für Soldaten der NVA wie in der Verwaltungsformel »gedient in fremden Streitkräften« fand. Kennzeichen des Übergangs war auch das »Gaucken«, das erst seit der Jahrtausendwende an Bedeutung verlor: die Entlassung aus der Bundeswehr von vermeintlichen »Einstellungsbetrügnern«, also ehemaligen NVA-Soldaten mit Stasi-Vergangenheit. Zu den Übergangskennzeichen gehörten aber auch erfreuliche Entwicklungen: Die ehemaligen Berufssoldaten der NVA fanden Aufnahme und große Unterstützung im Deutschen Bundeswehrverband. Nach und nach beherrschten auch bei den Mitgliederversammlungen im Osten allgemeine Themen der Bundeswehr die Tagesordnung. Langsam verschwand die NVA wirklich – und es entstand zugleich die neuen »Armee der Einheit«, die sich im täglichen Einsatz und Dienst von Deutschen aus

Ost und West, aber vor allem in der gemeinsamen Hilfe gegen die Oderflut oder die Elbeflut so bewährte, dass die Bundeswehr auch im Osten Deutschlands »ankam«. So wie die »deutsch-deutsche Militärgeschichte« neue Aspekte aus der Zeit des Kalten Krieges erschließen wird, sollen daher künftig auch die Themen »Armee der Einheit« und »Armee im Einsatz« einen Beitrag zur Erforschung der deutschen Zeitgeschichte nach 1990 mit Blick auf die deutsche Gesellschaft und die neuen Herausforderungen durch weltweite Missionen leisten.

Wolf-Rüdiger Knoll

Neue Zugänge zur Erforschung der Treuhandanstalt durch eine Fallbeispielanalyse: Die Privatisierung der Schwermaschinenbau AG Wildau

Die Treuhandanstalt (THA) nahm eine Sonderstellung im öffentlichen Institutionengefüge des wiedervereinigten Deutschlands ein.¹³⁹ Als Eigentümerin von zunächst etwa 8.000 Betrieben mit insgesamt vier Millionen Beschäftigten hatte jede ihrer Entscheidungen über den Verkauf, die Sanierung oder Stilllegung eines Unternehmens unmittelbare Auswirkungen auf die regionale Wirtschaftsstruktur in den ostdeutschen Bundesländern. Bereits während ihrer Tätigkeit bis Ende 1994¹⁴⁰ war die Treuhandanstalt Gegenstand zahlreicher Veröffentlichungen, deren Spektrum von journalistischen und skandalisierenden Publikationen bis hin zu verwaltungs- beziehungsweise wirtschaftswissenschaftlichen und schließlich auch zeithistorischen Untersuchungen reichte – und dieses Interesse hält bis in die Gegenwart an.¹⁴¹ Mit der Entscheidung

¹³⁹ Vgl. Böick, Marcus: Eine Behörde als simuliertes Unternehmen. Die Treuhandanstalt in der Unschärferelation zwischen Transformationspolitik, Wirtschaftsombau und Umbruchgesellschaft, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 58, 2 (2017), S. 489-512, hier S. 499; 510-512. Seibel, Wolfgang: Innovation, Imitation und Persistenz – Muster staatlicher Institutionenbildung in Ostdeutschland, in: Eisen, Andreas / Wollmann, Helmut (Hrsg.): Institutionenbildung in Ostdeutschland. Zwischen externer Steuerung und Eigendynamik, Opladen 1996, S. 359-407, hier S. 374.

¹⁴⁰ Faktisch erfolgte zum 01. Januar 1995 lediglich eine Umbenennung der Behörde in Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben, welche die Arbeit der THA bis 2002 fortsetzte. Vgl. Gelier, Otto: Der Übergang von der Treuhandanstalt zur BvS, in: Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (Hrsg.): »Schnell privatisieren, entschlossen sanieren, behutsam stilllegen«. Ein Rückblick auf 13 Jahre Arbeit der Treuhandanstalt und der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben, Berlin 2003, S. 261-266.

¹⁴¹ Zur Orientierung sei an dieser Stelle auf die Standardwerke zur THA verwiesen. Hierzu zählen die behördenzentrierten Arbeiten Wolfgang Seibels und Marcus Böicks: Seibel, Wolfgang: Verwaltete Illusionen. Die Privatisierung der DDR-Wirtschaft durch die

des Bundesarchivs, einen erheblichen Teil der Unterlagen des Treuhandarchivs zu übernehmen und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, bietet sich nun die Gelegenheit, die Tätigkeit der Treuhandanstalt anhand empirischer Untersuchungen – also durch Fallbeispiele von Unternehmensprivatisierungen – detailliert zu rekonstruieren.¹⁴² Damit wird es möglich, die Arbeitsweise der Treuhandanstalt sowie die Begleitumstände ihrer Tätigkeit einzuordnen und zeithistorisch differenzierte Bewertungen der als »Skandalbehörde«¹⁴³ bezeichneten Einrichtung vorzunehmen und neue Forschungsimpulse zu setzen. Da insbesondere die Entwicklung der großen Industriebetriebe medial verkürzt dargestellt und häufig politisch instrumentalisiert wurde, soll nachfolgend die Privatisierungspraxis der Treuhandanstalt auch auf Basis interner Quellen am Beispiel eines Schwermaschinenbaubetriebes im Brandenburgischen Wildau südöstlich von Berlin erläutert und eingeordnet werden.¹⁴⁴

Ausgangssituation des Schwermaschinenbaus in Wildau

1897 begann die Berliner Maschinenbau-Actien-Gesellschaft (BMAG) am Standort Wildau mit dem Aufbau eines Werksgeländes

Treuhandanstalt und ihre Nachfolger 1990-2000, Frankfurt am Main 2005. Böick, Marcus: Die Treuhand. Idee – Praxis – Erfahrung 1990-1994, Göttingen 2018.

¹⁴² Zum Umfang der archivalischen Aufarbeitung des Treuhandarchivs vgl. Pressemitteilung des Bundesarchivs: Die Überlieferung der Treuhandanstalt beim Bundesarchiv. Informationen zu den Dimensionen der Überlieferung, der Bearbeitung beim Bundesarchiv und den Zugangsmöglichkeiten, 09.09.2019, <https://www.bundesarchiv.de/DE/Content/Pressemitteilungen/treuhand-projekt.html> (14.03.2020).

¹⁴³ Vgl. Das abgeschriebene Land, in: *Die Zeit* vom 01.10.2019. Die Privatisierungsagentur, in: *Märkische Oderzeitung* vom 25.01.2019.

¹⁴⁴ Die nachfolgenden Ausführungen sind Teil der 2021 erscheinenden Studie »Akteursstrukturen und Privatisierungspraxis in der Transformation: Die Arbeit der Treuhandanstalt im Land Brandenburg 1990-1994« des Autors. Aus Platzgründen erfolgte an dieser Stelle eine verkürzte Darstellung der Ereignisse.

zur Produktion von Dampflokomotiven.¹⁴⁵ Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Lokomotivbau eingestellt und es entstand der VEB Schwermaschinenbau »Heinrich Rau« Wildau (SHR).¹⁴⁶ Der Betrieb war in vier Produktionsbereiche aufgeteilt: Maschinenbau, Kurbelwellenfertigung, Schmiede und Ringwalzwerk. Zu den Produkten aus Wildau zählten Walzwerkausrüstungen für den Aufbau der Stahlindustrie in der DDR, Blechbiegemaschinen und Fördergurtpressenanlagen im Braunkohleabbau, darüber hinaus Radreifenrohlinge und Anlasserzahnkränze für die Personenkraftwagen Trabant und Wartburg sowie Kurbelwellen für Schiffsmotoren.¹⁴⁷ Der Schwermaschinenbau in Wildau realisierte bis zum Ende der DDR vor allem Einzelaufträge für Sonderkonstruktionen und war dabei international erfolgreich. Anlagen wurden weltweit verbaut und in mehr als 30 Länder exportiert, darunter alle Mitgliedsländer des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), aber auch nach Westeuropa.¹⁴⁸ Auch westdeutsche Betriebe wie das Stahl- und Walzwerk Peine wurden mit Ausrüstungen beliefert. 1989 erreichte der Betrieb mit 3500 Beschäftigten einen Umsatz von etwa 500 Millionen DDR-Mark.¹⁴⁹ Mit der Umbildung der Industrieministerien wurde der Schwermaschinenbau in Wildau am 2. März 1990 aus dem Schwermaschinenkombinat Ernst Thälmann (SKET) mit dem

¹⁴⁵ Zur Geschichte des Unternehmens BMAG und der Entwicklung des Standortes Wildau: Vgl. Verein der Ingenieure, Techniker und Wirtschaftler der Region Dahme-Spreewald e.V. (Hrsg.): Pulver, Dampf- und Schwermaschinen. Aus der einhundertjährigen Geschichte des Industriestandortes Wildau bei Berlin, Horb am Neckar 2003, S. 25-65.

¹⁴⁶ Als Namensgeber fungierte der ehemalige Brandenburgische Wirtschaftsminister und Chef der Staatlichen Plankommission der DDR Heinrich Rau (1899-1961).

¹⁴⁷ Vgl. Brandenburgisches Landeshauptarchiv (künftig BLHA): Rep. 1700, Nr. 198: Kurzbeschreibung der Schwermaschinenbau Wildau AG bei Berlin, S. 4.

¹⁴⁸ Vgl. ebd.

¹⁴⁹ Vgl. Verein der Ingenieure: Pulver, Dampf- und Schwermaschinen, S. 333.

Stammsitz in Magdeburg ausgegliedert und dem Ministerium für Schwermaschinenbau direkt unterstellt. Damit einhergehen sollte eine Zuordnung zum neugegründeten Kombinat Zentraler Industrieanlagenbau der Metallurgie, zu der es allerdings aufgrund der sich ändernden Rahmenbedingungen nach der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 nicht mehr kam.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen der Privatisierung

Bis Ende der 1980er Jahre befand sich die Entwicklung des weltweiten Maschinenbaus im Aufwind.¹⁵⁰ Entgegen der Erwartungen führten konjunkturelle Eintrübungen in den USA, Großbritannien und Frankreich seit 1990 zu einer verringerten Nachfrage, die sich aufgrund der hohen Exportquote (55 Prozent) unmittelbar auf den westdeutschen Maschinenbau auswirkte.¹⁵¹ Zudem gewannen japanische Konkurrenzunternehmen mit günstigeren Kostenstrukturen und standardisierten Produkten zunehmend Marktanteile.¹⁵² Als besonders gravierend wirkten sich insbesondere die politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozesse in Ost- und Mitteleuropa auf den ostdeutschen Maschinenbau aus. Noch 1988 exportierte das Schwermaschinenkombinat Ernst Thälmann mit dem dazugehörigen Schwermaschinenbau Wildau 47 Prozent seiner Warenproduktion in sozialistische »Bruderstaaten«. ¹⁵³ Politisch instabile Verhältnisse in

¹⁵⁰ Vgl. Kowol, Uli: Innovationsnetzwerke. Technologieentwicklung zwischen Nutzungsvisionen und Verwendungspraxis, Wiesbaden 1998, S. 123.

¹⁵¹ Vgl. Die Auftrageingänge sind derzeit zweistellig rückläufig, in: *Handelsblatt* vom 07.3.1991.

¹⁵² Sand im Getriebe, in: *Die Zeit* vom 06.12.1991. Langerwisch, Peik: Organisation von Forschung und Entwicklung in Japan. Eine empirische Untersuchung am Beispiel von Unternehmen des Japanischen Werkzeugmaschinenbaus, Berlin 2000, S. 415f.

¹⁵³ Errechnet nach Bundesarchiv Berlin (künftig BA Berlin) DC 20/1/3: Hauptkennziffern der Leistungs- und Effektivitätsentwicklung der Kombinate, S. 93.

der Sowjetunion beziehungsweise den GUS-Nachfolgestaaten ließen die Nachfrage nach Waren ebenso zusammenbrechen wie die erhebliche Verteuerung der Produkte im Zuge der durch die Währungsunion verursachten Lohn- und Kostensteigerungen in den ostdeutschen Betrieben.¹⁵⁴

Für den Schwermaschinenbau in Wildau resultierten aus der ökonomischen Entwicklung Osteuropas und insbesondere Ostdeutschlands weitere gravierende Probleme, die auf die Produktstruktur des Betriebes zurückzuführen waren. Durch die Vielzahl von Sonderanfertigungen agierte der Standort häufig aus einer Auftragsnehmersituation heraus und war dabei von den Großbetrieben des ostdeutschen Schwermaschinenbaus (Schwermaschinenkombinat Ernst Thälmann und Schwermaschinenbau Karl Liebknecht in Magdeburg) sowie den Aufträgen aus dem Ausland abhängig. Hinzu kam die sich massiv verschlechternde Lage der ostdeutschen Industrie seit Sommer 1990. Als Zulieferer für standardisierte Produkte der Kraftfahrzeugs- und Schiffbaubranche machte sich die Absatzkrise bei den Marken Trabant und Wartburg, aber auch bei den ostdeutschen Schiffbauern massiv bemerkbar. Damit erfolgte der Übergang des Schwermaschinenbaus Wildau in die Marktwirtschaft in einer Phase, die bis dato als die »schwerste Krise in der Branche des Maschinenbaus seit der Nachkriegszeit«¹⁵⁵ bezeichnet wurde.

¹⁵⁴ Vgl. Czada, Roland: »Modell Deutschland« am Scheideweg: Die verarbeitende Industrie, in: Ders. / Lehmruch, Gerhard (Hrsg.): Transformationspfade in Ostdeutschland, Frankfurt am Main 1998, S. 365-410, hier S. 388.

¹⁵⁵ Sonderforschungsbereich 187 der Ruhr-Universität Bochum (Hrsg.): Mitteilungen für den Maschinenbau 4 (1993), S. 1.

Unter der Treuhandverwaltung

Mit der am 1. März 1990 gegründeten Treuhandanstalt erhielt der Schwermaschinenbau Wildau einen neuen Eigentümer. Am 13. Juni 1990 erfolgte die Umwandlung des Betriebes in die Schwermaschinenbau Aktiengesellschaft Wildau bei Berlin (SMB) in der damaligen Zentrale der Treuhand.¹⁵⁶ Die aus der DDR-Haushaltsbilanz übernommenen Altschulden, die auf einem spezifischen Austauschsystem von Gewinnen und Investitionen zwischen den Betrieben und der Staatsbank der DDR beruhten, beliefen sich auf 73 Millionen DM.¹⁵⁷

Im Mai 1990 kündigte der Wildauer Betriebsdirektor, der bereits 1959 die Leitung des Werkes übernommen hatte und bei der Belegschaft als »Fachmann und Köhner« anerkannt war, aufgrund der sich verschlechternden Auftragslage umfassende »Rationalisierungsmaßnahmen in der Leitung, Verwaltung und anderen Bereichen«¹⁵⁸ an. Aufgrund der Insolvenz eines Abnehmers, des VEB Stern-Radio Berlin, wurde als erste Abteilung der Bereich Konsumgüterproduktion geschlossen, in dem 175 – fast ausschließlich weibliche – Beschäftigte Leiterplatten für Spannungsgleichrichter von Fernsehgeräten und Radios fertigten.¹⁵⁹

¹⁵⁶ Vgl. BLHA Rep. 505 SHR Wildau, Nr. 1433: Gründungbericht der Schwermaschinenbau-Aktiengesellschaft Wildau bei Berlin.

¹⁵⁷ Vgl. BA Berlin B 412/ 16224: 87. Sitzung des Leitungsausschusses der Treuhandanstalt, Ergebnisprotokoll, Blatt (künftig Bl.) 234. Zur Altschuldenproblematik der DDR-Betriebe vgl. Streit, Manfred E.: Die deutsche Währungsunion, in: Deutsche Bundesbank (Hrsg.): Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948, München 1998, S. 708-711.

¹⁵⁸ Interview mit Herbert Böse am 24.03.2020. Böse war von 1952 bis Ende 1991 in verschiedenen Funktionen, zuletzt als selbstständiger Konstrukteur, im SHR bzw. der SMB AG tätig. Vgl. Sie nannten ihn nur den »Hauptling«, in: *Märkische Allgemeine Zeitung* vom 07.08.1999.

¹⁵⁹ Vgl. Verein der Ingenieure: Pulver, Dampf- und Schwermaschinen, S. 236.

Im Herbst 1990 begann die Treuhandanstalt damit, Unternehmensberatungen zu beauftragen, ostdeutsche Betriebe, die aufgrund ihres Umsatzes und vor allem ihres Personalbestandes eine strukturbestimmende Funktion hatten, hinsichtlich ihrer Privatisierungschancen überprüfen zu lassen. Die Schwermaschinenbau Aktiengesellschaft Wildau wurde von Unternehmensberatungsgesellschaft McKinsey & Company Inc. im Auftrag des sogenannten Leitungsausschuss begutachtet.¹⁶⁰ Im Gegensatz zu den Bereichen Maschinenbau und Ringwalzwerk beurteilte der Leitungsausschuss die Kurbelwellenfertigung zwar als konkurrenzfähig, empfahl jedoch bei ungenügendem Auftrags-eingang eine Stilllegung des gesamten Betriebes.¹⁶¹

Ende 1990 wurde die Schwermaschinenbau Aktiengesellschaft Wildau – entsprechend der Bestimmungen der Treuhandanstalt – der Berliner Zentrale der Treuhandanstalt Berlin zugeordnet, die sich um die Unternehmen mit mehr als 1.500 Mitarbeitern beziehungsweise mit einem Umsatz ab 100 Millionen DM kümmern sollte.¹⁶² Ein halbes Jahr später, im Sommer 1991, beschäftigte sich der Leitungsausschuss der Treuhandanstalt A erneut mit der dem Wildauer Betrieb. Die Wirtschaftsprüfer von McKinsey bewerteten das Unternehmen entsprechend der internen Kriterien mit der Schulnote 5 und beurteilten die »Sanierungswürdigkeit des

¹⁶⁰ Zur Funktion und dem organisatorischen Rahmen des Leitungsausschusses vgl. Böick: Treuhand, S. 284f. Deutscher Bundestag, 12. Wahlperiode, Drucksache 12/8404, 31.08.94: Beschlussempfehlung und Bericht des 2. Untersuchungsausschusses »Treuhandanstalt« nach Artikel 44 des Grundgesetzes, S. 69, <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/12/084/1208404.pdf> (14.03.2020).

¹⁶¹ Vgl. BA Berlin B 412/ 6379: Zusätzliche Untersuchung zur Beurteilung der Sanierungsfähigkeit ausgewählter DDR-Betriebe, Schwermaschinenbau Wildau AG bei Berlin, Bl. 247.

¹⁶² Vgl. Deutscher Bundestag: Beschlussempfehlung und Bericht, S. 172.

Unternehmens als Ganzes [...] äußerst zweifelhaft.«¹⁶³ Als problematisch wurde die hohe Abhängigkeit von weiteren Lieferungen in die Sowjetunion eingeschätzt. Tatsächlich war die Situation prekär: 1991 konnten die Schwermaschinenbau Aktiengesellschaft Wildau aufgrund der politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in der Sowjetunion statt der geplanten 60 Millionen DM Exportvolumen nur 10 Millionen DM realisieren.¹⁶⁴ Bei einem Umsatz von 104 Millionen DM wurde ein dramatischer Verlust von 57 Millionen DM erwirtschaftet, wobei der Großteil der Verluste auf den Maschinenbau entfiel.¹⁶⁵

Das Management des Unternehmens, das seinen Mitarbeiterbestand bis Ende 1991 auf 1.740 Beschäftigte reduziert hatte, wurde auch auf Drängen des Betriebsrates mit westdeutschen Fachleuten besetzt, was immer wieder zu Spannungen in der Zusammenarbeit mit dem bisherigen Leitungspersonal führte.¹⁶⁶ Zugleich kam es zu einer hohen Personalfluktuation, wodurch eine kontinuierliche Arbeit und insbesondere auch der Aufbau neuer und nachhaltiger Handelsbeziehungen zu potenziellen Abnehmern erschwert wurde.¹⁶⁷

Die Ungewissheit über die Zukunft des Betriebes und der Arbeitsplätze führte zu einer wachsenden Unzufriedenheit innerhalb

¹⁶³ BA Berlin B 412/ 16224: 87. Sitzung des Leitungsausschusses der Treuhandanstalt, Ergebnisprotokoll, Bl. 235.

¹⁶⁴ Vgl. BLHA Rep. 505 SHR Wildau, Nr. 2064: Informationen der Schwermaschinenbau AG Wildau bei Berlin vom 19.12.1991.

¹⁶⁵ Vgl. BA Berlin B412/ 2811, Vorstandsvorlage Unternehmenskonzept mit Sanierungskonzept Schwermaschinenbau AG Wildau, Bl. 48.

¹⁶⁶ Vgl. Verein der Ingenieure: Pulver, Dampf- und Schwermaschinen, S. 285f. Die Auseinandersetzungen zwischen der alten Geschäftsführung und den Belegschaftsvertretern verdeutlicht die folgende Situationsbeschreibung des Betriebsrates aus der Betriebszeitung SMB-Information vom 17.12.1992: »Unser Kampf, die alte Führungsclique zu entfernen, hatten zum größten Teil Erfolg. Wir weinen diesen Leuten keine Tränen nach.«

¹⁶⁷ Vgl. ebd., S. 298-302.

der Belegschaft. Auf einer außerordentlichen Belegschaftsversammlung am 19. Februar 1992 protestierten die Schwermaschinenbauer gegen die »Hinhaltetaktik der Treuhand und des Unternehmensvorstandes«. ¹⁶⁸ Zu diesem Zeitpunkt sahen weitere Sanierungs- und Einsparmaßnahmen eine Reduzierung der Beschäftigtenzahl von etwa 1.800 auf etwa 1.200 bis Ende März 1992 vor. Ein ursprünglich von Birgit Breuel geplanter Besuch im Werk wurde kurzfristig abgesagt. Gerüchte über den Grund der Absage – dass angesichts der zu erwartenden Tumulte die Sicherheit der Treuhandchefin nicht zu garantieren sei – verdeutlichten die Stimmungslage im Betrieb.

Zum Beschäftigtenabbau im Unternehmen trugen ebenfalls die Rekommunalisierungen und Verkäufe von betrieblichen Einrichtungen bei. Bis 1989 war der Schwermaschinenbau Wildau neben der Realisierung der volkswirtschaftlich relevanten Produktion auch für erhebliche kommunale und öffentliche Aufgaben zuständig, die in der DDR den Betrieben zugeordnet waren. Hierzu zählten unter anderem die Betriebskindergärten, eine Poliklinik, das Kulturhaus sowie Sportanlagen und Ferienheime. ¹⁶⁹ Die mit dem Einigungsvertrag greifenden Gesetze zur Vermögensrückübertragung, Restitutionsansprüchen und der Übergabe von Einrichtungen in die öffentliche Hand führten dazu, dass diese als nicht mehr betriebsnotwendig angesehenen Immobilien abgegeben oder verkauft werden mussten.

Um die zahlreichen Entlassungen aufzufangen und zugleich die Restrukturierung der Wildauer Schwermaschinenbau Aktiengesellschaft voranzubringen, die mit dem Abriss nicht mehr

¹⁶⁸ Maschinenbauer protestieren gegen »Hinhaltetaktik«, in: *Berliner Morgenpost* vom 20.02.1992.

¹⁶⁹ Vgl. Verein der Ingenieure: *Pulver, Dampf- und Schwermaschinen*, S. 152-154.

benötigter Anlagen und Gebäudeteile verbunden war, wurde 1992 die Arbeits-, Beschäftigungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft Wildau GmbH gegründet.¹⁷⁰ Mitte der 1990er Jahre bot diese etwa 500 Menschen eine allerdings zeitlich beschränkte Beschäftigungsmöglichkeit.¹⁷¹

Im Rahmen eines Neuansatzes der Treuhandanstalt zur Sanierung von defizitären Unternehmen mit geringen Privatisierungsaussichten wurde der Wildauer Betrieb zur Jahresmitte 1992 der Urban Management Kommandit Gesellschaft (Urban MKG) unterstellt. Mit dieser Maßnahme sollten Unternehmen, die dennoch eine erkennbare Chance auf dem Markt hatten, durch weitestgehend privatwirtschaftliche Initiativen auf eine Privatisierung vorbereitet werden.¹⁷²

Ende 1992 waren noch 1.200 Beschäftigte im Betrieb tätig. Am 1. Juni 1993 erfolgte die Schließung des Ringwalzwerkes. Hohe Betriebskosten für den Unterhalt des 43 Hektar großen Geländes, aber auch die durch die Tarifregelungen signifikant gestiegenen Löhne und Gehälter sorgten dafür, dass der Betrieb weiterhin tiefrote Zahlen schrieb.

Im November 1993 teilte die Urban MKG dem Brandenburgischen Wirtschaftsminister Walter Hirche mit, dass die Wildauer Schwermaschinenbau AG, bei der sich für 1993 ein Verlust von 50 Millionen DM abzeichnete, »bei rein betriebswirtschaftlicher Betrachtungsweise geschlossen werden müsste«.¹⁷³ Zugleich

¹⁷⁰ Vgl.: ABS feiert 25-jähriges Bestehen, in: *Märkische Allgemeine Zeitung* vom 26.05.2017.

¹⁷¹ Vgl. Verein der Ingenieure: Pulver, Dampf- und Schwermaschinen, S. 347.

¹⁷² Vgl. Freese, Christopher: Die Privatisierungstätigkeit der Treuhandanstalt, Frankfurt am Main 1995, S. 268-279. Rauschnabel, Markus: Sanierungsstrategien der Treuhandanstalt. Das Modell der Management KG, Wiesbaden 1996, S. 17-64.

¹⁷³ BLHA Rep. 1700 Nr.1116 2 Z: Vermerk des Wirtschaftsministers Hirche zur Unterrichtung des Ministerpräsidenten vom 3.11.1993, S. 2.

versicherte sie, weiterhin nach Weiterführungskonzepten »überwiegend unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten«¹⁷⁴ zu suchen. Mit dem Anfang 1994 der Treuhandanstalt vorgelegten Sanierungskonzept wurde deutlich, dass sie eine kurzfristige Schließung des defizitären Bereiches Maschinenbau bei gleichzeitiger Privatisierung der Schmiede und der Kurbelwellenfertigung beabsichtigte.¹⁷⁵ Das Konzept Urban Management Kommandit Gesellschaft, das von den Belegschaftsvertretern des Betriebsrates massiv kritisiert wurde, entsprach allerdings durchaus bereits vorhandenen, innerbetrieblichen Absatzbewegungen der Bereiche Kurbelwellenfertigung und Umformtechnik, deren Leitungen sich durch die Einzelprivatisierungen ihrer Bereiche bessere Überlebenschancen erhofften als im Falle eines Weiterbetriebes des Gesamt-unternehmens.¹⁷⁶

Trotz der Erklärung der Landesregierung »alle Kraft darauf richten«, den Maschinenbaubereich zu retten, räumte Wirtschaftsminister Hirche dem Bereich Maschinenbau nur noch eine »geringe Chance«¹⁷⁷ auf Weiterbestehen ein.

Die Privatisierung und ihre Folgen

Im Frühjahr 1994 beschloss die Treuhandanstalt die Aufspaltung der Wildauer Schwermaschinenbau Aktiengesellschaft.¹⁷⁸ Kernbestandteil des Spaltungsplans war die Ausgründung der Abteilungen

¹⁷⁴ Ebd.

¹⁷⁵ Vgl. BA Berlin B 412/ 2815: Ergebnisprotokoll der Vorstandssitzung am 15.2.1994, Bl. 253f.

¹⁷⁶ Vgl. Verein der Ingenieure: Pulver, Dampf- und Schwermaschinen, S. 304f.

¹⁷⁷ Geringe Chance für Wildauer Schwermaschinenbauer, in *Berliner Zeitung* vom 27.01.1994.

¹⁷⁸ Vgl. BA Berlin B412/ 2811: Vorstandsvorlage Unternehmenskonzept mit Sanierungskonzept vom 10. Februar 1994, Bl. 55 u. 60.

Kurbelwelle und Schmiede. Zugleich bewilligte der Vorstand der Treuhandanstalt Investitionen in Höhe von 25 Millionen DM zum Aufbau einer neuen computergesteuerten Fertigungslinie. Diese Maßnahmen sollten den Betriebsteil zur modernsten Kurbelwellenfertigung Europas machen.¹⁷⁹ Die Gründung der Wildauer Kurbelwelle GmbH (WKW) erfolgte zum 1. August 1994 mit 300 Beschäftigten. Eine Privatisierung gelang jedoch zunächst nicht. Das Unternehmen wurde im Zuge der Auflösung der Urban MKG zum 1. April 1996 an die Nachfolgerin der Treuhandanstalt, die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben beziehungsweise deren Tochterunternehmen, die Beteiligungs-Management Gesellschaft Berlin mbH (BMBG), zurückgeben.¹⁸⁰ Sie beauftragte Anfang 1997 die West Merchant Bank mit der Suche nach potentiellen Investoren für den Wildauer Kurbelwellenbetrieb.¹⁸¹ Der Verkauf erfolgte an die niedersächsische Georgsmarienhütte GmbH, die kurz zuvor bereits die Gröditzer Stahlwerke von der Beteiligungs-Management Gesellschaft Berlin mbH erworben hatte. Bei einem Kaufpreis von nur 100.000 DM verpflichtete sich der neue Eigentümer zur Übernahme von Verbindlichkeiten in Höhe von 18,8 Millionen DM. Darüber hinaus wurden die Beschäftigung von mindestens 262 Mitarbeitern sowie Investitionen in Höhe von 31 Millionen DM vertraglich garantiert.¹⁸² Dem neuen Eigentümer gelang es in der Folge, das Unternehmen zu

¹⁷⁹ Vgl. Freitags ist Frühstückstreffen in der Wildauer Chefetage, in: *Neue Zeit* vom 29.04.1994.

¹⁸⁰ Vgl. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, 05.12.1998: Mitteilung der Kommission gemäß Artikel 93 Absatz 2 EG-Vertrag an die übrigen Mitgliedstaaten und andere Beteiligte über die Beihilfemaßnahmen der deutschen Regierung zugunsten der Wildauer Kurbelwelle GmbH, S. C377/8, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:C1998/377/04&from=EN> (14.03.2020).

¹⁸¹ Vgl. ebd.

¹⁸² Vgl. ebd.

stabilisieren und am Markt zu etablieren. Die unter neuem Namen agierende Firma Wildauer Schmiede- und Kurbelwellentechnik GmbH erzielte 2018 mit 237 Mitarbeitern einen Umsatz von 45 Millionen EUR.¹⁸³

Der Bereich Maschinenbau wurde von der Treuhandanstalt im Juni 1994 ausgeschrieben und zum 1. Januar 1995 an die Firma Hydraulik Nord GmbH aus Parchim verkauft.¹⁸⁴ Die Käufer übernahmen 130 Mitarbeiter sowie das Logo und die Abkürzung SMB aus dem Altbetrieb. Unter dem Namen SMB-Industrieholding Wildau GmbH wurden mehrere Unternehmen geschaffen. Den Kern der weiteren Produktion bildete der Sondermaschinenbau Wildau GmbH, der vor allem kundenspezifische Aufträge umsetzte. Hier arbeiteten 2003 noch 80 Mitarbeiter. Diese Zahl reduzierte sich auf 35 im Jahr 2019.¹⁸⁵

Nach der Ausgründung beziehungsweise Privatisierung der wesentlichen Unternehmensteile der Schwermaschinenbau AG Wildau beschloss die Treuhandanstalt den verbliebenen Altbetrieb zu liquidieren.¹⁸⁶ Aus der Liquidation erfolgte zum 1. Juli 1996 die Ausgründung der Energieversorgung und Anlagenbau GmbH Wildau mit etwa 30 Beschäftigten.

Die weitere Entwicklung des Werksgeländes wurde maßgeblich und nachhaltig durch die Gründung der Technischen Fachhochschule Wildau (heute TH Wildau) geprägt, welche nach einem Beschluss der Landesregierung nach der Wiedervereinigung aus der

¹⁸³ Vgl. Diese Wildauer Firma bildet exzellent aus, in: *Märkische Allgemeine Zeitung vom* 19.03.2019.

¹⁸⁴ Vgl. Maschinenbau Wildau privatisiert, in: *Handelsblatt* 28.12.1994.

¹⁸⁵ Vgl. Unternehmenspräsentation der SMB Wildau GmbH, <http://www.smbwildau.com/unternehmen/> (14.03.2020).

¹⁸⁶ Vgl. BA Berlin B412/ 2849: Vorlage Abwicklung für den Gesamtvorstand, 21.9.1994, Bl. 116.

Ingenieurschule für Maschinenbau in Wildau hervorging. Nachdem die TH Wildau 1991 nur 17 Studierende in einem Studiengang (Maschinenbau) verzeichnet hatte, wuchs die Einrichtung kontinuierlich an. 2018 verteilten sich 3.646 Studierende auf 15 Studienrichtungen mit Bachelor- und Masterabschluss.¹⁸⁷ Denkmalschutzgerechte Sanierungen erfolgten, und ehemalige Produktionshallen wurden architektonisch aufwendig in Bibliotheken und Vorlesungsgebäude umgebaut.

Zwischen 1998 und 2000 erfolgte mit Mitteln der EU, des Landes und der Kommunen der Umbau eines leerstehenden ehemaligen Verwaltungsgebäudes zum Technologie- und Gründerzentrum (TGZ) Wildau.¹⁸⁸ Seit 2003 entstand zudem das Zentrum für Luft- und Raumfahrttechnik (ZLR) in mehreren Ausbaustufen. Alle Einrichtungen und Unternehmen zusammen gehören seitdem zum Technologie- und Wissenschaftsparks Wildau auf dem ehemaligen Werksgelände.

Bewertung des Privatisierungsverlaufes und der Rolle der Treuhandanstalt

Die Privatisierung der Schwermaschinenbau AG Wildau war ein langwieriger Prozess unter ökonomisch schwierigen Rahmenbedingungen, der mit einem erheblichen Mitarbeiterabbau einherging. Ende 1994 waren am Standort noch 450 Beschäftigte in den (ehemaligen) Betriebsteilen zu verzeichnen (siehe Tabelle 1). Dies bedeutete einen Personalabbau auf zwölf Prozent des ursprünglichen Personalbestandes Ende 1989. Zum Vergleich: Im gesamten ostdeutschen Maschinenbau reduzierte sich die Anzahl der

¹⁸⁷ Vgl. Profil der TH Wildau, <https://www.th-wildau.de/hochschule/ueber-uns/profil/> (14.03.2020).

¹⁸⁸ Vgl. Verein der Ingenieure: Pulver, Dampf- und Schwermaschinen, S. 354.

Beschäftigten von 418.000 Menschen bis Ende 1994 auf 79.800 (Rückgang auf 19 Prozent).¹⁸⁹

Tabelle 1: Beschäftigtenentwicklung am Standort der Wildauer Schwermaschinenbau Aktiengesellschaft AG¹⁹⁰

Datum	Mitarbeiter
1.1.1990	3.277
30.06.1990	3.023
31.12.1990	2.167
31.12.1991	1.740
31.12.1992	1.200
31.12.1993	744
31.12.1994	450

Generell müssen bei den Beschäftigtenzahlen der großen DDR-Betriebe deren erweiterte soziale Aufgaben sowie das politische Personal berücksichtigt werden. Diese Mitarbeiter führten zu einem großen Verwaltungsapparat. 40 Prozent der bis 1989 in Wildau Beschäftigten wurden der Verwaltung zugerechnet.¹⁹¹ Ein entsprechender Personalabbau, der sowohl durch Entlassungen, aber auch durch Frühverrentungen, Umschulungen, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sowie die Übernahme von Arbeitsplätzen durch die Gemeinde Wildau erfolgte, war daher unumgänglich. Mehrere Gründe führten dazu, dass sich die Privatisierung der Schwermaschinenbau Wildau AG über einen langen Zeitraum hinzog. Mit Auflösung der Kombinarsstruktur des Schwermaschinenkombinat Ernst Thälmann bereits unter der Modrow-

¹⁸⁹ Czada: »Modell Deutschland«, S. 371.

¹⁹⁰ Zahlen nach: BA Berlin B412/ 2849: Eckdatenblatt Abwicklung, Bl. 117.

¹⁹¹ Vgl. BLHA Rep. 505 SHR Wildau, Nr. 1423: Arbeitskräfteentwicklung, 30.11.1990.

Regierung erlangte die Wildauer Schwermaschinenbau Aktiengesellschaft Anfang 1990 zwar Eigenständigkeit, war aber als Zulieferer stark von der Auftragslage anderer Unternehmen abhängig. Das Wegbrechen der enorm wichtigen Märkte in Osteuropa sowie eine weltweite Absatzkrise im Maschinenbau verschärften die Problematik, zumal sich die Erschließung neuer Märkte insofern schwierig gestaltete, als die bereits durch die starke bundesdeutsche Konkurrenz besetzt und hart umkämpft waren.¹⁹²

Allerdings verschärfte auch eine Reihe betriebsinterner Probleme die Situation der Wildauer Schwermaschinenbau Aktiengesellschaft. Zunächst führte der in Teilbereichen nicht moderne Anlagenbestand zu erheblichen Mehraufwendungen bei den Lohnkosten. Eine hohe Personalfuktuation im Vorstand und dem Aufsichtsrat verhinderte Kontinuität in den betrieblichen Abläufen und der Außendarstellung des Unternehmens. Dazu trugen auch Konflikte zwischen der Altbelegschaft, die nicht immer über die entsprechende Kompetenz im Aufbau von Vertrieb und Marketing verfügte, und den neu eingestellten Managern aus den alten Bundesländern, die als überheblich und häufig inkompetent wahrgenommen wurden, bei.¹⁹³

Die Treuhandanstalt hielt trotz der prekären Lage an einem Erhalt der Wildauer Schwermaschinenbau Aktiengesellschaft fest, da sie von der grundsätzlichen Sanier- und Privatisierbarkeit des Betriebes überzeugt war. Allerdings beließ sie es weitestgehend bei passiven Sanierungsmaßnahmen. Bis Ende 1993 erfolgte die Übernahme sämtlicher Verluste in Höhe von 163 Millionen DM.¹⁹⁴ Die Summe der investiven Ausgaben lag dagegen bei nur 32 Millionen DM und

¹⁹² Vgl. Czada: »Modell Deutschland«, S. 386.

¹⁹³ Vgl. Verein der Ingenieure: Pulver, Dampf- und Schwermaschinen, S.299f.

¹⁹⁴ Vgl. BA Berlin B 412/ 2811: Vorstandsvorlage Unternehmenskonzept mit Sanierung, Schwermaschinenbau Wildau AG, 10.2.1994, Bl. 48.

diente vor allem der Umstellung der Energieversorgung von Braunkohle auf Gas oder zu Restrukturierungsarbeiten des Betriebsgeländes.¹⁹⁵ Mit dem Entschluss, die Wildauer Schwermaschinenbau Aktiengesellschaft von der 1992 gegründeten Urban Management KG betreuen zu lassen, änderte sich an dieser grundlegenden Strategie wenig. Dazu trugen auch die sich verschlechternde Marktsituation und fehlende tragfähige Sanierungskonzepte insbesondere für den Bereich Maschinenbau bei. In der Summe führten die erwähnten Maßnahmen und Probleme zu einem erheblichen Beschäftigungsabbau in der Wildauer Schwermaschinenbau Aktiengesellschaft und einer kontinuierlichen Verringerung der Geschäftstätigkeit. Erst 1994 konnten der weitere rasante Mitarbeiterabbau gestoppt und stattdessen größtenteils überlebensfähige Wirtschaftseinheiten geschaffen werden (siehe Tabelle 2).

Tabelle 2: Ergebnis der Aufspaltung und Teilprivatisierung der SMB AG¹⁹⁶

Unternehmen	Privatisierungsform	Mitarbeiterzahl 1994	Mitarbeiterzahl 2019
Wildauer Kurbelwelle GmbH	Ausgründung	300	237
Sondermaschinenbau Wildau GmbH	Verkauf	130	35
EAW Energieversorgung	Ausgründung	30 (Stand 1996)	ca. 10

¹⁹⁵ Vgl. ebd., Bl. 52.

¹⁹⁶ Aktuelle Zahlen entstammen den Internetpräsenzen der Unternehmen.

und Anlagenbau GmbH Wildau			
Schwermaschinenbau AG Wildau bei Berlin in Liquidation	Liquidation	ca. 50	0

Durch die Einbindung der Technischen Hochschule und weiterer Technologiezentren auf dem Betriebsgelände gelang es, aus einem ehemaligen DDR-Großbetrieb mit 3.500 Beschäftigten einen kombinierten Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort mit 3.500 Studierenden und etwa 500 Beschäftigten in klein- und mittelständischen Unternehmen zu formen. Trotz (oder gerade wegen) der weitestgehend diversifizierten Wirtschaftsstruktur bildet der Maschinenbau bis in die Gegenwart nach wie vor das Herz des ehemaligen Werksgeländes der Schwermaschinenbau AG Wildau bei Berlin.

Anhand des analysierten Beispiels zeigen sich einige grundlegende Verfahrensweisen der Treuhandanstalt: Ihre Mitarbeiter orientierten sich stark an den Empfehlungen von Unternehmensberatungen im Leitungsausschuss. Als maßgeblich für Entscheidungen galten weniger die Bilanzen eines Unternehmens, sondern die Aussichten für eine Privatisierung. Die Übernahme der Betriebe durch private Unternehmen war das Kernziel der Treuhandanstalt. Als Eigentümerin der ehemaligen volkseigenen Industriebetriebe bestand ihre Sanierungstätigkeit dabei vor allem in der Übernahme von Altschulden, laufenden Verlusten und Kosten für Sozialpläne.¹⁹⁷

¹⁹⁷ Darauf ist auch ein Großteil des von der Treuhandanstalt hinterlassenen Verlustes von 250 Milliarden DM zurückzuführen. Vgl. Köhler, Claus: Die Treuhandanstalt – finanzielle

Eine aktive Sanierung (das heißt Aufwendungen für Investitionen in neue Anlagen und / oder Produkte) sollte durch die Käufer erfolgen. Um diese anzulocken, drängte die Treuhandanstalt die Betriebe darauf, sich für die »Braut hübsch zu machen«. Durch Personalabbau in allen Bereichen, insbesondere aber der Verwaltung, dem Verkauf nichtbetriebsnotwendiger Flächen sowie der Fokussierung auf Produktionsbereiche mit Perspektiven sollten die Betriebe marktfähig werden. In den Verkaufshandlungen spielte der eigentliche Kaufpreis von Investoren in der Regel nur eine untergeordnete Rolle. Wichtiger waren Zusagen zum Arbeitsplatzerhalt und von Investitionen. Der selbstaufgelegte Zeitdruck der Treuhandanstalt, die Privatisierung möglichst vieler ehemaliger volkseigener Betriebe der DDR in sehr kurzer Zeit zu erreichen, führte jedoch vielfach zu einer schlechten Verkaufsposition und weitreichenden Zugeständnissen. Zudem endete ihre Arbeit nicht wie offiziell verkündet am Jahresende 1994. Stattdessen blieben Nachfolgebehörden unter anderem Namen in der Verpflichtung für die Unternehmen, solange bis die Privatisierung (oder auch die Stilllegung) abgeschlossen werden konnte, was mitunter bis zum Jahr 2000 dauern konnte.

Die Privatisierung des Schwermaschinenbaus Wildau weist aber neben diesen allgemein zu beobachtenden Verfahrensweisen der Treuhandanstalt auch Besonderheiten auf, die insbesondere die mediale und politische Begleitung der Vorgänge betreffen. Die dadurch entstandene Öffentlichkeit führte dazu, dass die Treuhandanstalt nicht in jedem Fall betriebswirtschaftlich, sondern

Aspekte, in: Bundesanstalt für Vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (Hrsg.): »Schnell privatisieren, entschlossen sanieren, behutsam stilllegen« – Dr. Detlev Karsten Rohwedder im März 1991: Ein Rückblick auf 13 Jahre Arbeit der Treuhandanstalt und der Bundesanstalt für Vereinigungsbedingte Sonderaufgaben Abschlussbericht der Bundesanstalt für Vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS), Berlin 2003, S.247-254.

durchaus auch unter der Maßgabe strukturpolitischer Entscheidungen handeln konnte – sofern die Bereitschaft dazu bestand. Dies war auch abseits des Erhalts der sogenannten industriellen Kerne der Fall, auf den sich die Treuhandanstalt, beginnend mit dem Versprechen Helmut Kohls zum Erhalt des Chemiedrecks, verpflichten musste.¹⁹⁸ Dadurch wird erkennbar, dass der Ausgang von Unternehmensprivatisierungen von den Entscheidungsträgern bei der Treuhandanstalt, aber auch von den handelnden Akteuren auf betrieblicher, lokal- und regionalpolitischer Ebene abhängig war. Auf welche unterschiedlichen Arten sich die Akteurskonstellationen auf die Privatisierung von Unternehmen ausgewirkt haben, kann und sollte durch weitergehende empirische Untersuchungen gezeigt werden, um damit auch den nach wie vor grassierenden Tendenzen zur Skandalisierung der Behörde eine historisch fundierte Betrachtung entgegenzusetzen. Die Bereitstellung der Akten der Treuhandanstalt durch das Bundesarchiv bietet hierfür zukünftig eine hervorragende Arbeitsgrundlage.

¹⁹⁸ Vgl. Danwerth, Markus: Die Erhaltung industrieller Kerne in den neuen Bundesländern: eine kritische Würdigung, in: Bertram, Hans / Kreher, Wolfgang / Müller-Hartmann, Irene (Hrsg.): Systemwechsel zwischen Projekt und Prozeß. Analysen zu den Umbrüchen in Ostdeutschland, Wiesbaden 1998, S. 125-168;

Karlsch, Rainer: Das Kanzlerversprechen zum Erhalt des Chemiedreiecks vom Mai 1991, in: Kießling, Renate / Scheinert, Wolfgang (Hrsg.): Zeitzeugenberichte – Chemische Industrie, Bd. 14, Frankfurt (Main) 2019, S. 26-46.

Thorsten Holzhauser

Die Transformation der SED zur PDS und der Streit um ihre politische Integration

Die SED/PDS und die Zäsur der bundesdeutschen Parteiengeschichte

Die mittel- und langfristigen Folgen der Revolution 1989/90 für das deutsche Parteiensystem wurden lange Zeit unterschätzt.¹⁹⁹ Hatte sich im Herbst 1989 noch eine spezifische ostdeutsche Parteienlandschaft aus regierenden »Blockparteien« und oppositionellen Neugründungen entwickelt, so ordnete sich diese binnen weniger Monate nach Vorbild der Bundesrepublik neu: Schon im Vorfeld der ersten (und zugleich letzten) demokratischen Volkskammerwahl vom 18. März 1990 gelang es den Bonner Parteien, erheblichen Einfluss auf den Wahlkampf zu nehmen, ehe sie die bisherigen »Blockparteien« sowie die neu entstandenen Oppositionsparteien durch Fusionen integrieren konnten.²⁰⁰ Die Ergebnisse der Volkskammerwahl wie auch der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990 spiegelten dann auch in struktureller Hinsicht das etablierte Parteiensystem der alten Bundesrepublik mit Christ- und Sozialdemokraten, Liberalen und Grünen wider. Einzige wesentliche Ausnahme blieb die »SED-Nachfolgepartei« PDS, die wider Erwarten mit 66 Sitzen in der

¹⁹⁹ Für eine ausführliche Darstellung dieser Überlegungen vgl. Holzhauser, Thorsten: Die „Nachfolgepartei“. Die Integration der PDS in das politische System der Bundesrepublik Deutschland 1990-2005, München 2019.

²⁰⁰ Zuletzt war es das ostdeutsche Bündnis 90, das 1993 mit der Partei Die Grünen fusionierte. Zur Entwicklung des Parteiensystems vgl. Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard: DDR-Regimewandel, Bürgerorientierung und die Entwicklung des gesamtdeutschen Parteiensystems: Dies. (Hrsg.): Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern Opladen 1994, S. 11-33. Jesse, Eckhard: Das deutsche Parteiensystem nach der Vereinigung, in: *German Studies Review* 21 (1998), H. 1, S. 69-82.

Volkskammer und mit 17 Sitzen im ersten gesamtdeutschen Bundestag vertreten war. Dass sich die einstige DDR-Staatspartei nach mehreren Häutungen und Umbenennungen schließlich auch auf dem Boden der alten Bundesrepublik etablieren und dereinst in einem westdeutschen Bundesland mitregieren würde, wie seit August 2019 in Bremen, dürfte dreißig Jahre zuvor für die meisten Deutschen in Ost und West unvorstellbar gewesen sein.

Erst in der Rückschau zeigt sich damit, dass Revolution und Wiedervereinigung das Parteiensystem der Bundesrepublik tatsächlich sehr viel nachhaltiger prägten, als es vielen zeitgenössischen Beobachterinnen und Beobachtern bewusst war. Insbesondere die Tatsache, dass die SED nicht einfach von der Bildfläche verschwand, beeinflusste die Beziehungen der politischen Parteien zueinander und veränderte die Konfliktstruktur der bundesdeutschen Parteiendemokratie tiefgreifend. Die Frage, wie mit der sogenannten »SED-Nachfolgepartei« PDS umgegangen werden sollte, wurde im Laufe der 1990er Jahre zu einem Streitthema erster Güte. Für ihre Konkurrenten stellte die PDS auch deswegen eine Herausforderung dar, weil sie das politische System der Bundesrepublik mit der Frage konfrontierte, welche Rolle die von der PDS repräsentierte kommunistische Tradition und das postsozialistische Erbe der DDR im vereinten Deutschland spielen sollten. Inwiefern also würde sich die Transformation der SED zur PDS auf die politische Gesamtarchitektur der Bundesrepublik auswirken? War die sogenannte »SED-Nachfolgepartei« für die junge Demokratie Ostdeutschlands nicht eine zu große Belastung oder sogar Gefahr? Wie also sollten die konkurrierenden Parteien mit der früheren SED umgehen: Sollte man die Partei integrieren oder isolieren? Und was wollte die PDS selbst: Wollte sie überhaupt Teil der Bundesrepublik werden – oder strebte sie nicht vielmehr dessen

Abschaffung zugunsten einer sozialistischen Gesellschaftsordnung an?

Diese Fragen prägten den gesamten Integrationsprozess der PDS im vereinten Deutschland und stellen sich zum Teil bis heute. Viele Umstände, die diesen Prozess begleiteten, zeichneten sich aber schon im Winter 1989/90 ab und waren die unmittelbare Folge eines doppelten Transformationsprozesses: der Herausbildung eines ostdeutschen und dann eines gesamtdeutschen Parteiensystems zum einen und der Entstehung der PDS aus der SED zum anderen. Wie gezeigt werden soll, waren beide Prozesse aufs Engste miteinander verflochten, und die Art und Weise, wie sie sich gemeinsam herausbildeten, stellte für die PDS bereits zentrale Weichen ihrer späteren Integration.

Die Transformation der SED zur PDS

Die Wandlung der SED zur PDS vollzog sich bekanntlich auf dem Höhepunkt der ostdeutschen Partei- und Staatskrise im Winter 1989/90: Bis zum Dezember 1989 kann von einer Transformation der SED kaum die Rede sein, hatte die Ablösung Erich Honeckers durch Egon Krenz doch zu keiner Änderung der Krisendynamik geführt. Auch unter dem neuen Ministerpräsidenten Hans Modrow, der bei seiner Wahl am 13. November noch von vielen als Hoffnungsträger für einen Wandel angesehen worden war, dauerte die Krise des Parteiregimes an. Damit beschäftigt, staatliche Reformen einzuleiten und zugleich die Position der SED zu sichern, konnte Modrow den weiteren Machtverfall der Partei nicht verhindern.²⁰¹ Erst der Rücktritt Egon Krenz' als Generalsekretär der SED und die Einsetzung eines 25-köpfigen Arbeitsausschusses Anfang Dezember

²⁰¹ Vgl. Richter, Michael: Wie Phoenix aus der Asche. Die SED-PDS 1989/90 im Bezirk Dresden, in: *Dresdner Hefte* 101 (2010), S. 63-75, hier S. 65f.

leiteten jenen Transformationsprozess ein, der zur Geburtsstunde der PDS wurde.

Dem am 8./9. Dezember tagenden außerordentlichen Parteitag gehörten erstmals frei gewählte Delegierte an; sie wählten eine neue Parteiführung ins Amt, die sich im Wesentlichen aus zwei Teilgruppen rekrutierte: Die eine bestand aus Nomenklaturkadern der zweiten und dritten Reihe, die für sich in Anspruch nahmen, in kritischer Distanz zur Honecker-Führung gestanden zu haben. Dazu gehörten prominente Vertreter wie Hans Modrow und der Dresdner Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer, der die Partei aber schon im Januar wieder verließ.²⁰² Die zweite Gruppe war langfristig noch einflussreicher und rekrutierte sich aus Parteimitgliedern ohne politisch-administrative Erfahrung im engeren Sinn. Zu ihnen gehörte der Kulturwissenschaftler Lothar Bisky ebenso wie der Anwalt Gregor Gysi, dem nach dem Verzicht Modrows und Berghofers auch der Parteivorsitz zufiel.²⁰³ Dazu stieß wenig später der Politikwissenschaftler André Brie von der Berliner Humboldt-Universität, der im Januar Wahlkampfleiter und später stellvertretender Parteivorsitzender und Leiter der Grundsatz-

²⁰² Vgl. Thieme, Tom: Eliten und Systemwechsel. Die Rolle der sozialistischen Parteiführungen im Demokratisierungsprozess. Baden-Baden 2015 (=Revolutionen in Geschichte und Gegenwart, Bd. 1), S. 198f. Fraude, Andreas: „Reformsozialismus“ statt „Realsozialismus“? Von der SED zur PDS (=Osteuropa. Geschichte, Wirtschaft, Politik, Bd. 4), Münster/Hamburg 1993, S. 48. Brie, Michael: Die PDS – Strategiebildung im Spannungsfeld von gesellschaftlichen Konfliktlinien und politischer Identität, in: Ders./Woderich, Rudolf (Hrsg.): Die PDS im Parteiensystem (Schriftenreihe der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bd. 4), Berlin 2000, S. 14-51, v.a. S. 30.

²⁰³ Vgl. Thieme: Eliten und Systemwechsel, S. 199f. Baylis, Thomas A.: Political Adaptation in Germany's Post-Communist Party of Democratic Socialism, in: Leftwich Curry, Jane/Urban, Joan Barth (Hrsg.): The Left Transformed in Post-Communist Societies. The Cases of East-Central Europe, Russia, and Ukraine, Lanham et al. 2003, S. 137-162, hier S. 145. Gerner, Manfred: Partei ohne Zukunft? Von der SED zur PDS, München 1994, S. 158 u. S. 161f.

kommission wurde.²⁰⁴ Die alte Führungselite der SED dagegen verschwand, und aus dem Politbüro gehörte nur Modrow als stellvertretender Parteivorsitzender dem neuen Präsidium an.²⁰⁵ Damit wurde kein vollständiger Kontinuitätsbruch, aber doch ein personeller Umbruch vollzogen.²⁰⁶

Die Transformation der SED zur PDS stand ganz unter dem Motto der »Erneuerung«, das als deutsches Pendant zur Perestrojka-Politik propagiert wurde: Eine »radikale Wende« im Staat, so Lothar Bisky, sollte als »Chance zur revolutionären Erneuerung unserer Partei« begriffen werden.²⁰⁷ Die neue Parteiführung sah sich selbst als Reform-Gruppe, die das nachholen wollte, was Honecker und Krenz verpasst hatten. In seinem zentralen Referat auf dem Parteitag gab der Philosophieprofessor Michael Schumann daher für die neue Parteiführung den unwiderruflichen Bruch »mit dem Stalinismus als System« aus und rechnete mit der Führung Honeckers ab, die sich von Volk und Parteibasis entfernt habe.²⁰⁸ Bis Ende Januar 1990 wurde der Großteil der alten Garde aus der Partei ausgeschlossen.²⁰⁹

²⁰⁴ Vgl. Brie, André: *Ich tauche nicht ab. Selbstzeugnisse und Reflexionen*, Berlin 1996, S. 161.

²⁰⁵ Vgl. Thieme: *Eliten und Systemwechsel*, S. 196f. Vgl. auch Zibblatt, Daniel F.: *Putting Humpty-Dumpty Back Together Again. Communism's Collapse and the Reconstruction of the East German Ex-Communist Party*, in: *German Politics and Society* 16 (1998), H. 1, S. 1-29, hier S. 6.

²⁰⁶ Vgl. Gerner: *Partei ohne Zukunft*, S. 163. Oswald, Franz: *The Party That Came Out of the Cold War*. Westport/London 2002, S. 4. Fraude: *Reformszialismus statt Realsozialismus*, S. 47.

²⁰⁷ Bisky, Lothar: Rede auf dem Außerordentlichen Parteitag der SED/PDS am 9.12.1989, in: Hornbogen, Lothar/Nakath, Detlef/Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.): *Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin*, Berlin 1999, S. 142–145, hier S. 142.

²⁰⁸ Schumann, Michael: Rede auf dem Außerordentlichen Parteitag der SED/PDS am 16.12.1989, in: Hornbogen/Nakath/Stephan (Hrsg.): *Außerordentlicher Parteitag*, S. 178-192, hier S. 179f.

²⁰⁹ Vgl. Thieme, Tom: *Vorreiter wider Willen? Die SED-PDS-Elite und der Systemwechsel in der DDR*, in: *Zeitschrift für Politik* 60 (2013), H. 3, S. 330-347, hier S. 338.

Mit der Umbenennung in »SED – Partei des demokratischen Sozialismus« (das Kürzel SED wurde erst im Februar gestrichen) gab sich die Partei eine neue Identität und eine neue Leitideologie. Dazu kam eine veränderte Struktur: Das neue Parteistatut der PDS verabschiedete sich vom Prinzip des »Demokratischen Zentralismus« und erlaubte den Mitgliedern, Kritik zu üben. An die Stelle des bisherigen Fraktionsverbots trat ein demonstrativer »Pluralismus«, der durch eine Vielzahl neuer Plattformen, Arbeits- und Interessengemeinschaften konstituiert wurde, und der eine neue Oligarchisierung der Partei verhindern sollte.²¹⁰

Trotz allem hatte die Transformation der SED zur PDS aber eine durchaus konservative Dimension. Die Erneuerung der Partei war verbunden mit Kontinuität und Bewahrung, ja mit Beharrung. Forderungen von außen und aus der Partei selbst, sich aufzulösen und ganz neu anzufangen,²¹¹ erteilte die Gruppe um Gysi und Bisky eine deutliche Absage.²¹² Schließlich barg eine Parteiauflösung das Risiko, neben Apparat und Finanzen auch das Maß an Kontrolle zu verlieren, das die Partei noch besaß.²¹³ Letztlich ging es aber auch

²¹⁰ Vgl. Gerner: Partei ohne Zukunft, S. 85-87. Ditfurth, Christian von: Ostalgie oder linke Alternative: Meine Reise durch die PDS, Köln 1998, S. 216.

²¹¹ Vgl. Hübner, Wolfgang: Heftige Diskussionen um die Zukunft der Partei, in: *Neues Deutschland*, 20./21.1.1990.

²¹² Archiv Demokratischer Sozialismus (ADS), PDS-PV-157: Initiativgruppe PDS, Schritte zur PDS [undatiert], S. 2. Vgl. Koß, Michael: Von der SED zur PDS. Die Partei zwischen Niedergang, Selbstauflösung und Neuanfang, in: Gutzeit, Martin / Heidemeyer, Helge / Tüffers, Bettina (Hrsg.): Opposition und SED in der friedlichen Revolution. Organisationsgeschichte der alten und neuen politischen Gruppen 1989/90. Düsseldorf 2011, S. 181-191, hier S. 185f. Bortfeldt, Heinrich: Von der SED zur PDS. Wandlung zur Demokratie? Bonn 1992, S. 160f.

²¹³ Vgl. Brie: Die PDS – Strategiebildung, S. 32. Barker, Peter: From the SED to the PDS: Continuity or Renewal?, in: Ders. (Hrsg.): The Party of Democratic Socialism in Germany. Modern Post-Communism or Nostalgic Populism? (=German Monitor; 42), Amsterdam/Atlanta 1998, S. 1-17, hier S. 2. Hough, Dan / Koß, Michael/Olsen, Jonathan: The Left Party in Contemporary German Politics. Basingstoke 2007, S. 15. Olsen, Jonathan:

um die Zukunft der DDR, die als sozialistischer Staat mit all ihren »Errungenschaften« erhalten bleiben sollte – und dafür musste die SED/PDS auch weiterhin als Führungskraft dienen.²¹⁴ Bis zuletzt identifizierte sich die Partei mit dem Staat, den sie 40 Jahre lang regiert hatte, und dass die Niederlage der PDS im März 1990 dann auch das Ende der DDR besiegelte, bestätigte diesen Zusammenhang im Nachhinein.

Bis zur Volkskammerwahl 1990 jedenfalls war die Parteireform darauf ausgerichtet, die zunehmenden Fliehkräfte einzudämmen und die Erosion aufzuhalten: Klare Entscheidungen über das Profil der Partei – etwa ob man sich auch weiterhin als kommunistisch definierte – wurden aufgeschoben und durch Formelkompromisse überspielt. Bewusst blieb die Frage unbeantwortet, »ob wir Kommunisten oder linke Sozialdemokraten sind«, wie es Gysi selbst formulierte.²¹⁵ Erst nach der Volkskammerwahl trat die Transformation der PDS in eine neue Phase ein. Der angestrebte, »erneuerte« Sozialismus war »in breiten Teilen der Bevölkerung [...] diskreditiert«, wie Gregor Gysi im Mai 1990 im Parteivorstand der PDS feststellen musste.²¹⁶ Wollte die Partei auch als Oppositionspartei weiterexistieren, dann blieb ihr nichts anderes übrig, als sich auf die neue Situation eines geeinten Deutschland einzustellen, das »eindeutig und ganz klar kapitaldominiert sein

Germany's PDS and Varieties of "Post-Communist" Socialism, in: *Problems of Post-Communism* 45 (1998), H. 6, S. 42-52, hier S. 45.

²¹⁴ ADS, PDS-PV-157: Initiativgruppe PDS, Schritte zur PDS [undatiert], S. 1. Vgl. auch PDS (Hrsg.): Parteiprogramm 1990, S. 3f.

²¹⁵ Gysi, Gregor: Rede auf der Parteivorstandssitzung, 16. Juni 1990, in: Ders.: *Einspruch! Gespräche, Briefe, Reden*, hrsg. v. Hanno Harnisch und Hannelore Heider, Berlin 1992, S. 114-119, hier S. 118.

²¹⁶ Gysi, Gregor: Rede auf einer Klausurtagung der PDS (12./13.5.1990), in: Ders.: *Einspruch!*, S. 75-86, hier S. 76.

wird«, wie Gregor Gysi im Parteivorstand lakonisch konstatierte.²¹⁷ Welche Rolle sollte eine Partei wie die PDS also in einem wiedervereinten Deutschland spielen?

Für überzeugte Kommunistinnen und Kommunisten wie Michael Benjamin, Ellen Brombacher oder die junge Sahra Wagenknecht, die gemeinsam die »Kommunistische Plattform« der Partei anführten, fiel die Antwort darauf relativ eindeutig aus: Für sie markierte das Jahr 1989/90 eine Gegenrevolution, die den Kapitalismus restaurierte. In einem kapitalistischen Deutschland müsste die PDS dafür kämpfen, das westliche System auf Dauer zu überwinden und eine kommunistische Gesellschaftsordnung zu verwirklichen.²¹⁸ So entschieden die Kommunistinnen und Kommunisten waren, so wenig bestimmten sie aber den strategischen Kurs der PDS: Diese Aufgabe oblag seit dem außerordentlichen Parteitag im Dezember 1989 den sogenannten Reformern: also jener Gruppe um Gregor Gysi, Lothar Bisky, André Brie und anderen, die in der Folgezeit auch nach außen hin das Gesicht der Partei verkörperten.²¹⁹ Ihre Vorstellung hatte mit einer radikalen Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in kommunistischer Richtung nicht viel zu tun. In Wahrheit hatten sie dem westlichen System schon in den achtziger Jahren positiver gegenübergestanden als manche Grüne oder Sozialdemokraten aus der Bundesrepublik.²²⁰

²¹⁷ ADS, PDS-PV-071: Gysi, Gregor: Referat auf der Parteivorstandssitzung am 9.8.1990, S. 5.

²¹⁸ Kommunistische Plattform: Selbstverständnis und Ziele, in: links, 2. Augustheft 1990, S. 28-29.

²¹⁹ Vgl. Brie: Die PDS – Strategiebildung, S. 32-34 u. S. 38. Trömmel, Markus: Der verhaltene Gang in die deutsche Einheit. Das Verhältnis zwischen den Oppositionsgruppen und der (SED-)PDS im letzten Jahr der DDR, Frankfurt am Main et al. 2002, S. 93.

²²⁰ Vgl. Land, Rainer (Hrsg.): Das Umbaupapier (DDR). Argumente gegen die Wiedervereinigung (=Rotbuch Taschenbuch, Bd. 20), Berlin 1990. Guentzel, Ralph P.: Modernity Socialism Versus Orthodox Marxism: Ideological Strife in the Party of

Insbesondere für die »modernen Sozialisten« André Brie, seinen Bruder Michael, Dieter Klein und andere war die westliche Ordnung im Vergleich zur Honecker-DDR das dezidiert bessere und progressivere Deutschland gewesen, eine, so Dieter Klein, »moderne, evolutionsoffene, das heißt entwicklungsfähige bürgerliche Gesellschaft«, die sich der realsozialistischen als überlegen erwiesen hatte.²²¹ Im Gegensatz zur DDR sei es der »bürgerlichen Gesellschaft des Westens« gelungen, »immer wieder eine effektive politische und soziale Integration auch systemkritischer Kräfte und eine weitreichende Konsensbildung« zu erreichen, wie es André Brie formulierte.²²² Lediglich sei zu oft die westliche »Modernität von Kapitaldominanz überschattet« worden.²²³

Nach dem Machtverlust 1990 und erst recht mit dem Ende der DDR war das ursprüngliche Ziel der »Modernisierung« des DDR-Sozialismus natürlich obsolet geworden. Für Gysi und Brie galt es nun aber, eine »Reformierung des Kapitalismus« innerhalb des Kapitalismus zu erreichen, wie der Vorsitzende auf einer Klausurtagung des Parteivorstandes im Mai 1990 erklärte.²²⁴ Das hieß aus seiner Sicht, für »die denkbar demokratischste, ökologischste, sozialste und humanistischste Lösung innerhalb [der

Democratic Socialism (PDS), 1993-1999, in: *The Historian* 74 (2012), H. 4, S. 705-724. Sturm, Eva: „Und der Zukunft zugewandt“? Eine Untersuchung der „Politikfähigkeit“ der PDS, (=Forschung Politikwissenschaft, Bd. 77) Opladen 2000.

²²¹ Klein, Dieter: Die bürgerliche Gesellschaft vor der Reform zur überlebensfähigen Gesellschaft, in: links, 1. Juliheft 1990, S. 4-7, dort S. 4. Vgl. auch Ders.: „Steht wirklich Deutschland im Frühlingsflor?“, in: *Neues Deutschland*, 4./5.8.1990.

²²² Brie, André: Zur Idee des Sozialismus und seinen unterschiedlichen Ausformungen. Referat in der Evangelischen Akademie Mülheim an der Ruhr, 24. August 1990, in: Evangelischer Pressedienst (Hrsg.): »Sozialismus am Ende?« Präses Beier und André Brie, PDS, in Mülheim. Heftiges Pro und Contra um eine Akademietagung (=epd Dokumentation, Bd. 37/90), Frankfurt am Main 1990, S. 11-28, hier S. 22.

²²³ Brie: Zur Idee des Sozialismus, S. 19.

²²⁴ Gysi: Rede auf einer Klausurtagung der PDS (12./13.5.1990), S. 77. Ders.: Rede auf der Parteivorstandssitzung, 16.6.1990, S. 118.

bestehenden] Verhältnisse zu streiten.«²²⁵ Das Ziel der Integration in den bestehenden Strukturen war damit dem Ziel der Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen von Beginn an übergeordnet. Nur mit einem »politikfähigen Konzept«²²⁶ und mithilfe westlicher Bündnispartner – Grüne, Sozialdemokraten, Gewerkschaften –, so glaubte man, könne sich die Partei dauerhaft behaupten.²²⁷ Mit anderen Worten: Systemintegration war für die Gruppe um Gysi wichtiger als Systemtransformation. Die PDS sollte ihren Platz in der Bundesrepublik finden, statt sie ganz abzuschaffen. Im Laufe der 1990er und 2000er Jahre wurde dieser strategische Primat der Integration immer wieder bestätigt. Insbesondere dort, wo die PDS Regierungsverantwortung übernehmen konnte, etwa 1998 in Mecklenburg-Vorpommern und 2002 in Berlin, war von Systemtransformation nichts mehr zu spüren.²²⁸ Die Affinität zur Macht aber – das Regierenwollen – lag der Partei im Blut, schließlich hatte André Brie schon im Oktober 1990 das Ziel ausgegeben, »irgendwann mal wieder« in die Regierung zurückzukehren.²²⁹

²²⁵ Gysi: Rede auf einer Klausurtagung der PDS (12./13.5.1990), S. 83.

²²⁶ Ebd.

²²⁷ ADS, PDS-PV-071: Referat des Genossen Gregor Gysi auf der Parteivorstandssitzung am 9.8.1990, S. 10f. Für Auszüge der Rede vgl. auch: Gysi, Gregor: Wir haben die Pflicht und die Schuldigkeit zu kämpfen. Aus einer Rede auf der Parteivorstandssitzung der PDS am 9. August 1990, in: Ders.: Einspruch! S. 142-145, hier S. 143.

²²⁸ Vgl. hierzu im Detail: Holzhauser: Die „Nachfolgepartei“, S. 326-340 und S. 359-363-Berg, Frank/Koch, Thomas: Politikwechsel in Mecklenburg-Vorpommern? Die SPD-PDS-Koalition fünfzehn Monate nach ihrem Amtsantritt. Explorationsstudie (=Texte der Rosa-Luxemburg-Stiftung, H. 2) O.O. 2000. Berg, Frank/Koch, Thomas: Die Mitte-Links-Koalition in Mecklenburg-Vorpommern. Politikfeld- und Parteienanalysen. Berlin, 15.02.2001 (BISS e.V., Projekt Akteure und Reformen, Teil II). Olsen, Jonathan, Seeing Red: The SPD-PDS Coalition Government in Mecklenburg-West Pomerania, in: *German Studies Review* 23 (2000), H. 3, S. 557-580. Reißig, Rolf: The PDS in the Berlin Red-Red Coalition: Experience and Strategic Implications, Berlin 2004. Reißig, Rolf: Mitregieren in Berlin. Die PDS auf dem Prüfstand (=Texte der Rosa-Luxemburg-Stiftung, H. 22), Berlin 2005.

²²⁹ ADS, PDS-PV-213: Brie, André: Rede auf der Beratung des Präsidiums des Parteivorstandes mit den Vorsitzenden der Kreisvorstände der PDS am 28.10.1990, S. 24.

Demnach war die zentrale Frage, die sich seit 1990 für die PDS stellte, inwiefern sich die integrationsorientierten Gruppen um Gregor Gysi, André Brie, Dietmar Bartsch und Petra Pau gegen jene in der Partei durchsetzen würden, die auf eine dezidierte Anti-System-Haltung und auf Systemüberwindung statt Systemintegration setzten. Dieser Kampf zwischen »Reformern« und »Orthodoxen« beschäftigte die PDS während ihrer gesamten Geschichte und wurde auch in der »bürgerlichen« Presse der Bundesrepublik aufmerksam verfolgt. Ihre Brisanz erhielt die Frage aber auch dadurch, dass die von Gysi und Brie angestrebte Integration ein reales Risiko für die Partei barg. Eine integrierte PDS drohte über kurz oder lang ihre primäre gesellschaftliche Funktion zu verlieren, nämlich jene zu repräsentieren, die die soziale Realität in der Bundesrepublik ablehnten und ihren Platz in diesem System nicht finden wollten. Vieles spricht dafür, dass dies auch aktuell ein Problem für die Linkspartei darstellt: eine weithin etablierte und integrierte Linke hat ihren Appeal für Protestwähler verloren.

Die PDS und der »Konsens der Demokraten«

Die PDS-interne Auseinandersetzung zwischen »Reformern« und »Orthodoxen« bestimmte aber immer nur bis zu einem gewissen Grad über die Integrationschancen der Partei. Mindestens ebenso relevant war die Reaktion jener, von denen sich die Parteiführung Anerkennung und Integration versprach: Inwiefern würde es der PDS also gelingen, auch die politische Konkurrenz davon zu überzeugen, dass ihre Einbindung und Integration auf Dauer erstrebenswerter sei als Abgrenzung und Isolation? Unter den Konkurrenzparteien der PDS hatte sich während des Revolutions- und Einheitsjahres 1989/90 ein politischer Konsens etabliert, der darauf basierte, dass die PDS als »Nachfolgepartei« der SED von der

Macht verdrängt und von dieser ferngehalten werden musste. Die Integrationschancen der Partei waren daher ganz wesentlich an das Schicksal jenes Übereinkommens gekoppelt, das von seinen Verfechtern als »Konsens der Demokraten« bezeichnet wurde.²³⁰

Der »Konsens der Demokraten« war zwar schon vor 1989 ein verbreitetes Schlagwort der bundesdeutschen Politik gewesen. In seiner Ausrichtung gegen die PDS war er aber ein Resultat der Revolution von 1989. In den 1980er Jahren noch hatten die Parteien der Bundesrepublik unter dem Primat der Deutschlandpolitik einen kooperativen Kurs verfolgt. Während die Bonner Sozialdemokratie in der Tradition der »Ostpolitik« ganz auf Dialog mit der SED und auf einen konstruktiven »Streit der Systeme« gesetzt hatte,²³¹ stand auch die Politik der christlich-liberalen Koalition unter Helmut Kohl im Zeichen des Pragmatismus und der Realpolitik. Diese ermöglichte den »Milliardenkredit« ebenso wie die regelmäßigen Besuche christdemokratischer Ministerpräsidenten in Ost-Berlin.²³²

²³⁰ Vgl. Holzhauser: Die »Nachfolgepartei«, S. 73-80.

²³¹ Vgl. Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD/Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED: Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit, in: Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Berlin (Hrsg.), Das verfeimte Dokument. Zum 10. Jahrestag des SPD/SED-Papiers »Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit«. Materialien einer Diskussionsveranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berliner Büro, am 1. Februar 1997 in Berlin, Berlin 1997, S. 53–60. Vgl. dazu Ash, Timothy Garton: Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, München/Wien 1993, S. 457-501. Potthoff, Heinrich: Die »Koalition der Vernunft«. Deutschlandpolitik in den 80er Jahren, München 1995, S. 47-63. Bredow, Wilfried von/Brocke, Rudolf Horst: Das deutschlandpolitische Konzept der SPD. Darstellung, Hintergründe und Problembereiche der Deutschlandpolitik der SPD Mitte der achtziger Jahre (=Erlanger Beiträge zur Deutschlandpolitik, Bd. 2), Erlangen o.J. [1986]. Sturm, Daniel Friedrich: Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90 (=Willy-Brandt-Studien), Bonn 2006, S. 55-115.

²³² Vgl. Sturm: Uneinig in die Einheit, S. 75. Conze, Eckart: Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart. München 2009, S. 646-653. Vgl. dazu ausführlich Korte, Karl-Rudolf: Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982-1989 (=Geschichte der Deutschen Einheit, Bd. 1), Stuttgart 1998. Zum Milliardenkredit vgl.

Ironischerweise wurde der »Konsens der Demokraten« faktisch erst in dem Moment auf die SED angewandt, in dem deren Transformation zur PDS erfolgte.

Das betraf auch die »Blockparteien« der DDR: War die Ost-CDU noch im November 1989 für einen christlichen Sozialismus an der Seite der SED eingetreten,²³³ so begann sie sich in den vier Monaten bis zur Volkskammerwahl, nicht zuletzt unter tätiger Hilfe des Bonner Adenauer-Hauses, deutlich von dieser abzugrenzen.²³⁴ Es mutet eigenartig an, dass Christdemokraten noch bis zum Frühjahr 1990 am Kabinetttisch Modrows saßen und diesen im Wahlkampf als »SED-Gauleiter«²³⁵ titulierten. Auch die LDPD blieb bis zur Wahl in der Regierung Modrow, um die »Regierbarkeit« der DDR zu sichern,²³⁶ und forderte zugleich die dauerhafte Entfernung der SED

Möller, Horst: Franz Josef Strauß. Herrscher und Rebell, München/Berlin/Zürich 2015, S. 592-615.

²³³ Positionen der CDU zu Gegenwart und Zukunft (Zweiter Entwurf), in: *Neue Zeit*, 25.11.1989. Im vorherigen Entwurf der alten Parteiführung war noch von der CDU als „Partei des Sozialismus“ die Rede gewesen: Was wir wollen und brauchen: Reformen und Erneuerung – Vertrauen und neue Kraft. Positionen der CDU zu Gegenwart und Zukunft (Entwurf zur Diskussion), in: *Neue Zeit*, 28.10.1989.

²³⁴ Küsters, Hans-Jürgen: Die Vereinigung von CDU (Ost) und CDU (West) 1990, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 18 (2011), S. 167-192. Schmidt, Ute: Von der Blockpartei zur Volkspartei? Die Ost-CDU im Umbruch 1989-1994 (=Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Bd. 81), Opladen 1997. Pfau, Thomas: Aspekte der Entwicklung liberaler Kräfte in der DDR vom Herbst 1989 bis zum Herbst 1990, in: Niedermeyer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.): Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern. Opladen 1994, S. 105-112. Vorländer, Hans: Die FDP: Entstehung und Entwicklung, in: Niedermeyer, Oskar (Hrsg.): Intermediäre Strukturen in Ostdeutschland, Opladen 1996, S. 113-133.

²³⁵ Margit Geßner, in: Aktuelle Kamera, 14.3.1990, zit. n. Deutsches Rundfunkarchiv Online, <http://1989.dra.de/themendossiers/politik/volkskammerwahl-1990.html> (19.10.2018).

²³⁶ Archiv des Liberalismus (ADL), LDPD, L4-361: Protokoll der 9. Sitzung des Zentralvorstandes, 19.1.1990, S. 5-9 (Rede Manfred Gerlach). ADL, LDPD, L6-333/1: Stenografisches Protokoll des Außerordentlichen Parteitags, 9.2.1990, S. 49 (Rede Kurt Wünsche).

aus der Exekutive.²³⁷ Ganz offensichtlich ging es für Union und Liberale auch darum, die Vergangenheit als Teil des »Demokratischen Blocks« durch eine möglichst scharfe und eindeutige Abgrenzung von der SED hinter sich zu lassen, oder sogar ganz vergessen zu machen.²³⁸

Zugleich aber folgte die Abgrenzung von der PDS dem antitotalitären und antikommunistischen Grundbekenntnis der bürgerlichen Parteien im Westen, das seit Anfang 1990 auch zur Leitlinie der ehemaligen »Blockparteien« wurde: Wagt man einen Blick in die parteiinternen Diskussionen der Ost-CDU und der LDPD im Januar 1990, dann kann man dort zwei Parteien erkennen, die sich langsam und zögerlich an die antikommunistische Rhetorik ihrer West-Pendants vortasteten – etwa wenn ein Vorstandsmitglied der DDR-CDU die Stasi als die »roten Horden« Gregor Gysis bezeichnete, und seine Kollegen sogleich bat, ihm »diesen sehr üblen Slogen [sic!]« zu verzeihen.²³⁹

Die Abgrenzung von der PDS war aber längst kein Alleinstellungsmerkmal der »bürgerlichen« Kräfte. Auch für die Sozialdemokratie bildete der Dezember 1989 einen signifikanten Einschnitt: Die zunehmende Erosion des Regimes in Ost-Berlin, das Anwachsen der revolutionären Bewegung und der Druck der oppositionellen SPD der DDR ließen die SED-Kontakte der

²³⁷ Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP), Ost-CDU, 07-011-3134: Wortprotokoll 1. Tagung des Parteivorstandes der CDU am 5. und 6.1.1990 in Burscheidungen, S. 33. ACDP, Ost-CDU, 07-011-3519: Protokoll der Präsidiumssitzung am 25.1.1990 (vertraulich!). CDU stellt sich den notwendigen Aufgaben, in: *Neue Zeit*, 27.1.1990. ADL, LDPD, L6-333/1: Stenografisches Protokoll des Außerordentlichen Parteitages, 9.2.1990, S. 31 u. S. 68 (Rede Kurt Wünsche).

²³⁸ Zum Verhältnis CDU-PDS vgl. auch Holzhauser, Thorsten: Erosion der Abgrenzung? Das Verhältnis der CDU zur Linkspartei in historischer Perspektive, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* (ZParl) 50 (2019), 1, S. 130-148.

²³⁹ ACDP, Ost-CDU, 07-011-3134: Wortprotokoll 1. Tagung des Parteivorstandes der CDU am 5. und 6.1.1990 in Burscheidungen, S. 35 (Beitrag Dr. Peter Wagner).

westdeutschen Sozialdemokratie zunehmend problematisch erscheinen.²⁴⁰ Im Dezember 1989 entschied sich die SPD schließlich zu einem Ende der Dialogpolitik und beschloss eine »Kontaktsperre«²⁴¹ gegenüber der neuen SED-Führung.²⁴² Auch sollten frühere SED-Mitglieder vorerst nicht mehr in die Ost-SPD aufgenommen werden, da man dort ein Übergewicht alter »Genossen« fürchtete.²⁴³ Für die Wahlen des Jahres 1990 schlossen die beiden sozialdemokratischen Parteizentralen in Bonn und in Ost-Berlin dann auch explizit jede Zusammenarbeit mit der früheren Staatspartei aus und beriefen sich auf den »Konsens aller Demokraten«²⁴⁴: Man werde »niemals mit der PDS« kooperieren, so das Versprechen der ostdeutschen SPD im Volkskammerwahlkampf 1990.²⁴⁵

Dem Übereinkommen, dass die PDS zu isolieren sei, schlossen sich schließlich auch die westdeutschen Grünen an, die in den 1980er Jahren selbst noch von vielen als Gegner des »demokratischen Konsenses« gesehen wurden.²⁴⁶ Auf ihrem Hagener Parteitag im

²⁴⁰ Zum Verhältnis SPD-PDS vgl. Holzhauser, Thorsten: „Niemals mit der PDS“? Zum Umgang der SPD mit der SED-Nachfolgepartei zwischen Ausgrenzung und Integrationsstrategie (1990-1998), in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 62 (2014), 2, S. 285-308.

²⁴¹ Voscherau, Henning: Vogels ‚panikartige Überreaktion‘, in: *die tageszeitung* (taz), 16. 12. 1989.

²⁴² Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), SPD-Präsidium: Protokoll der Präsidiumssitzung am 10.12.1989.

²⁴³ Vgl. Holzhauser: Niemals mit der PDS, S. 293-296. Ders., Die „Nachfolgepartei“, S. 74f.

²⁴⁴ Vorstand der SPD [der DDR] (Hrsg.): Ja zur deutschen Einheit – eine Chance für Europa. Wahlprogramm der SPD zum ersten frei gewählten Parlament der DDR, Berlin 1990, [S. 14].

²⁴⁵] Ebd. Vgl. auch AdsD: SPD-Parteivorstand, Protokoll der Präsidiumssitzung am 11. 6. 1990. AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokoll der Telefonkonferenz des Präsidiums am 8.10.1990.

²⁴⁶ Vgl. hierzu Holzhauser, Thorsten: Extremisten von gestern – Demokraten von heute? Zum Umgang mit systemfeindlichen Parteien am Beispiel von Grünen und Linkspartei, in: *Mitteilungen des Instituts für Parteienrecht und Parteienforschung* 24 (2018), S. 5-13.

Frühjahr 1990 erklärte die Partei zwar eine »punktuelle Zusammenarbeit« mit der PDS für legitim, zum Beispiel auf Demonstrationen oder in Aktionsbündnissen, erteilte einer strategischen Allianz aber eine dezidierte Absage. Die PDS habe ihre Vergangenheit nur »ungenügend und ungläubwürdig« aufgearbeitet und verfüge noch immer über einen »starken Block oberflächlich gewendeter Altstalinisten«, so die Begründung.²⁴⁷ Damit gingen die westdeutschen Grünen auch in Vorleistung für die spätere Wahlallianz mit dem »Bündnis 90«, dessen Parteien sich bekanntlich als tragende Säulen der Revolutionsereignisse energisch für eine Entmachtung der PDS eingesetzt hatten. Gemeinsam mit den Parteien des Bündnis 90 erklärten die Grünen daher im September 1990 ihre »klare politische Abgrenzung gegenüber der PDS«: »Den Beweis, daß die PDS eine völlig neue Partei ist und ihre Verantwortung für den ‚real existierenden Sozialismus‘, für Repression und Stasi, für einen unergründlichen Sumpf an Korruption und den Niedergang der DDR wirklich aufgearbeitet hat, ist sie bisher schuldig geblieben.«²⁴⁸

Aus der Revolution des Jahres 1989/90 entstand demnach ein breites Bündnis gegen die PDS, das zum Gründungskonsens des ostdeutschen Parteiensystems wurde. Sichtbarster Ausdruck waren die vielen großen und übergroßen Koalitionen, die nach der

²⁴⁷ Archiv Grünes Gedächtnis (AGG) B.II.1 – Die Grünen im Bundestag 1983-1990, 5241 ½: Ludger Volmer, Offener Brief an die Mitglieder der baden-württembergischen Grünen. Antwort auf Winfried Kretschmann, Uschi Eid u.a. Undatiert [April/Mai 1990]. AGG, B.I.10 – BuVo/BGSt, 1023: Austritte bzw. Übertritte von Mitgliedern der GRÜNEN zur PDS. Erklärung des Bundesvorstandes der GRÜNEN, 11.9.1990, in: DIE GRÜNEN Bundesgeschäftsstelle: Dokumentation und Diskussionspapiere zu den Austritten bzw. Übertritten GRÜNER PolitikerInnen. Bonn [Herbst 1990], S. 10f., Zitat S. 10. Vgl. auch Hoffmann: Auf dem Weg in ein neues Bündnis, S. 16f.

²⁴⁸ Archiv der DDR-Opposition, BW/Herbst 89, Bü 081: DJ, IFM, GP (DDR), NF, UFV, VL, Grüne (BRD), Erklärung. Berlin, 19.8.1990.

Kommunalwahl im Mai 1990 überall in Ostdeutschland geschlossen wurden. Im Ergebnis wurden die Sozialisten nach mehr als vier Jahrzehnten aus den Ämtern verdrängt und waren am Ende des Jahres 1990 kaum mehr in leitenden Verwaltungspositionen repräsentiert.²⁴⁹ Von langer Dauer war dieser Konsens aber nicht, denn binnen einer Legislaturperiode gelang es der PDS, ihre relative Isolation zu überwinden und in einigen ostdeutschen Kommunen wieder zum Kooperationspartner sozialdemokratisch, aber auch christdemokratisch geführter Koalitionen zu werden.²⁵⁰ Als die PDS 1998 schließlich in die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns einzog und bald schon zum Partner der rot-grünen Bundesregierung im Bundesrat wurde, war immer seltener vom »Konsens der Demokraten« und immer häufiger von der »Normalisierung« der PDS die Rede. Wie konnte sich der Anti-PDS-Konsens des Jahres 1989/90 also binnen so kurzer Zeit auflösen? Ein Teil der Antwort liegt im Jahr 1989/90 selbst begründet, denn schaut man genauer hin, dann finden sich schon damals zahlreiche Brüche und Risse im »Cordon sanitaire« um die PDS, die ihre spätere Integration in das politische System der Bundesrepublik vorwegzunehmen schienen.

Brüche im Anti-PDS-Konsens

Die bundesrepublikanische Linke stritt sich von Beginn an über ihre Haltung zur PDS. Dabei schienen mehrere Motive durch: Erstens

²⁴⁹ Vgl. Stude, Sebastian: Personelle Kontinuität und Elitenaustausch in den brandenburgischen Kommunen zwischen 1990 und 2010. Das Beispiel Landkreis Prignitz mit den Städten Perleberg und Pritzwalk. Gutachten für die Enquete-Kommission des Landtags Brandenburg „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“, Berlin 2012, S. 29. Berg, Frank/Nagelschmidt, Martin/Wollmann, Hellmuth: Kommunalen Institutionenwandel. Regionale Fallstudien zum ostdeutschen Transformationsprozess, (=KSPW: Transformationsprozesse, Bd. 12), Opladen 1996, S. 200.

²⁵⁰ Vgl. dazu ausführlich Holzhauser: Die „Nachfolgepartei“, S. 119-127 u. S. 131-142.

ging es um das historische Erbe der »neuen Ostpolitik« und insbesondere der »Dialogpolitik« der 1980er Jahre. In der SPD fragten sich schon im Winter 1989/90 viele, warum man jahrelang den Dialog mit der SED-Führung gepflegt und Hoffnung in die sogenannten »Reformkräfte« wie Hans Modrow gesetzt hatte, nur um den Dialog genau dann abubrechen, wenn eben jene Kräfte in der PDS die Führung übernahmen. Hamburgs Erster Bürgermeister Henning Voscherau sprach daher schon im Dezember 1989 von einer »panikartigen Überreaktion« seiner Partei, die sie zum »Kronzeugen gegen ihre eigene bisherige Haltung« mache.²⁵¹ Auch Egon Bahr, der Vordenker der Brandt'schen Ostpolitik, glaubte im Dezember 1989 noch an eine »völlige Umwandlung« der PDS und mahnte zur Offenheit,²⁵² ehe er sich später sogar für eine Fusion von SPD und PDS stark machte, um die historische Arbeiterbewegung wieder zu vereinen.²⁵³

Zweitens verband sich der Streit um die PDS mit programmatischen und strategischen Auseinandersetzungen innerhalb der westdeutschen Linken: Mit dem Ende der DDR und des Ost-West-Konflikts schienen die Ideologien des 20. Jahrhunderts insgesamt diskreditiert, und das gab vor allem den sozialdemokratischen »Modernisierern« und grünen »Realos« Auftrieb, die sich dafür einsetzten, jede Form der Systemkritik und Sozialismus-Utopie zugunsten »realistischer« und marktwirtschaftlicher Positionen aufzugeben.²⁵⁴ Nicht zu Unrecht sahen daher linke Sozialdemokraten und Grüne in der Absage an die PDS auch einen Schlag gegen jene, die sich weiterhin für systemtransformierende Ansprüche innerhalb

²⁵¹ Voscherau: Vogels »panikartige Überreaktion«, in: *die tageszeitung* (taz), 16. 12. 1989.

²⁵² AdsD, SPD-Parteivorstand: Protokoll der Präsidiumssitzung am 4.12.1989.

²⁵³ Vgl. Bahr, Egon: *Zu meiner Zeit*, München 1996, S. 559-562.

²⁵⁴ Vgl. ausführlich Holzhauser: *Die „Nachfolgepartei“*, S. 49-60.

der bundesrepublikanischen Linken einsetzten. Auch aus diesem Grund unterliefen die linken »Jusos« oder der linke Flügel der Grünen gezielt die Abgrenzungsstrategien ihrer Parteien und ließen es sich nicht nehmen, öffentliche Diskussionsveranstaltungen mit Gregor Gysi zu organisieren oder sich mit der PDS gegen die »versuchte Vernichtung« durch »großdeutsche« Kräfte zu solidarisieren.²⁵⁵ Es galt, die linken Kräfte gegen den drohenden »Neoliberalismus« zu sammeln.

Drittens aber war der Streit um die PDS keineswegs eine bloße Links-Rechts-Frage. Auch der kurz zuvor zum Ministerpräsidenten Niedersachsens gewählte Sozialdemokrat Gerhard Schröder warnte schon im September 1990 den Bundesrat davor, »innerstaatliche Feinderklärungen« gegen die PDS abzugeben, und die übrigen Parteien des »Demokratischen Blocks« »aus dem Schneider« zu lassen: »Wo liegt denn der Unterschied zwischen der ehemaligen Blockpartei CDU sowie dem, was sie in der DDR zu verantworten hat, und der PDS?«²⁵⁶ In den Folgejahren gehörte Schröder zu jenen, die glaubten, man müsse die PDS in Ostdeutschland aus machstrategischen Gründen in die Regierungsverantwortung einbinden statt sie zu isolieren: Die Partei werde dadurch entweder »entzaubert« und zerrieben – oder sie werde domestiziert und langfristig als Partner gewonnen.²⁵⁷

Dahinter wiederum scheinen – viertens – generationale Differenzen auf: In der PDS-Debatte lässt sich ein klarer Graben zwischen drei

²⁵⁵ Radikale Linke, Zur PDS. Resolution, beschlossen auf dem Kongreß der Radikalen Linken in Köln am 3. Juni 1990, in: Kongreß der Radikalen Linken. Reden und Diskussionsbeiträge zum Kongreß an Pfingsten 1990 und auf der Demo „Nie wieder Deutschland“ am 12.5.1990 in Frankfurt am Main, Frankfurt am Main 1990, S. 126-127, hier S. 127. Krach wegen Gysi-Einladung, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 1.8.1990. Fuhr, Eckhard: Irgendwie doch die besseren Menschen, Ebd., 6.8.1990.

²⁵⁶ Bundesrat, Plenarprotokoll der Sitzung vom 7.9.1990, S. 470.

²⁵⁷ Vgl. Holzhauser: „Niemals mit der PDS“, S. 299.

Generationen aufzeigen.²⁵⁸ Da waren die ostdeutschen »89er«, also die Kräfte der Bürgerbewegung und der »Friedlichen Revolution«. Sie identifizierten die PDS ganz eindeutig mit dem Unterdrückungssystem der SED und machten sie dafür verantwortlich. Ganz ähnlich sahen das die westdeutschen »45er«, also die Mehrheit der Nachkriegsgeneration. Ihre Vertreterinnen und Vertreter hatten ihre politischen Karrieren im »Kalten Krieg« gegen den stalinistischen Kommunismus begonnen und in dessen Tradition stand für sie auch die PDS: Persönlichkeiten wie der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau oder der Historiker Heinrich August Winkler traten als besonders energische Gegner jeder Abweichung vom »Konsens der Demokraten« auf.²⁵⁹ Damit standen sie schließlich in einem deutlichen Gegensatz zur Generation der »68er«, die nicht selten den eigenen Werdegang von der marxistischen Systemkritik in die Chefredaktionen oder Ministerämter auf die PDS projizierten: Letztlich würden sich auch diese Sozialisten »dem System« anpassen, so die eigene Erfahrung. Diese Haltung teilte auch der Hesse Wolfgang Pfaff, der in den 1990er Jahren dem Brandenburger Verfassungsschutz vorstand. Für ihn war die PDS sehr viel weniger radikal als die südhessische Sozialdemokratie in den 1970er Jahren: Und wenn in Südhessen der »Systemwechsel« ausgeblieben war, dann sei auch in Bezug auf die PDS Gelassenheit angesagt.²⁶⁰

Fünftens schließlich war die richtige Haltung zur PDS längst nicht nur bei Grünen und Sozialdemokraten umstritten, sondern auch im

²⁵⁸ Vgl. hierzu Holzhauser: Die „Nachfolgepartei“, S. 144-147 u. 150-151.

²⁵⁹ AdSD, SPD LV MV, 3/MVAB000125: Solidarität mit Rudolf Scharping: Für ein klares Nein zur PDS [1994]. Vgl. außerdem Winkler, Heinrich August: Von den eigenen Sünden ablenken, in: *Die Zeit*, 11.11.1994. Ders.: Das Trugbild von der linken Mehrheit, in: *Die Zeit*, 1.12.1995. Ders.: Sonderweg nach Weimar, in: *FAZ*, 16.5.1998.

²⁶⁰ Vgl. „Krause Theorien“. Interview mit Wolfgang Pfaff, in: *Der Spiegel*, 4. 3. 1996, S. 50.

»bürgerlichen Lager«. Dass manche Christdemokraten sich heute für Koalitionen mit der Linkspartei aussprechen, kommt in der Tat nicht ganz überraschend und hat seine Vorgeschichte in den frühen neunziger Jahren.²⁶¹ Schon zu dieser Zeit waren es Teile der Ost-CDU, die sich gegen die antikommunistische Abgrenzungspolitik der Bonner Parteizentrale wandten. Die Beziehungen der einstigen »Blockparteien« CDU und PDS hallten nach 1989 durchaus noch nach, und die persönliche Freundschaft zwischen Lothar de Maizière und seinem Juristenkollegen Gregor Gysi, die sich zu DDR-Zeiten ein Büro im Berliner Rechtsanwältokollegium geteilt hatten, riss ebenfalls nicht einfach ab.²⁶² De Maizière verbarg daher schon im Volkskammerwahlkampf 1990 nicht die Bauchschmerzen, die ihm der polarisierende Kampagnenstil des Westens bereitete, und zollte den »Idealisten« in der PDS seinen Respekt.²⁶³ Für solcherlei Einlassungen hatte wiederum Helmut Kohl kein Verständnis. Er führte die Haltung der ostdeutschen Parteifreunde und die Kritik an der »Rote-Socken«-Strategie des Adenauer-Hauses auf die »mentalen Unterschiede« in Ostdeutschland zurück, die wiederum eine Folge von »vier Jahrzehnten Propaganda« der SED seien. Und in der Tat signalisierten demoskopische Untersuchungen, dass die Ostdeutschen in Bezug auf die PDS anders »tickten« als es die Bonner CDU-Zentrale erwartet hatte: Während nämlich in den 1990er Jahren laut Umfragen die meisten Westdeutschen in der PDS eine Gefahr für die Demokratie erblickten, war eine Mehrheit der Ostdeutschen anderer Meinung: Die PDS sei eine kommunistische

²⁶¹ Vgl. hierzu Holzhauser: Erosion der Abgrenzung, S. 130-148.

²⁶² Vgl. de Maizière, Lothar: Ich will, dass meine Kinder nicht mehr lügen müssen. Meine Geschichte der deutschen Einheit. Freiburg i. Br. 2012, S. 19-22.

²⁶³ ACDP, Ost-CDU, 07-011-3135: Protokoll 2. Vorstandssitzung der CDU, S. 7. „Christ, Wahlkämpfer und Bußprediger“, in: *Neue Zeit*, 2.2.1990.

Partei – aber auch eine demokratische.²⁶⁴ Die Abgrenzungspolitik von der PDS hing damit »in der Luft«: Wenn das antikommunistische Axiom strittig war, dass Demokratie und Kommunismus unvereinbar waren, und wenn die PDS zwar als »SED-Nachfolgepartei«, aber nicht als undemokratisch wahrgenommen wurde, dann konnten sich auch die Gegnerinnen und Gegner der PDS nicht mehr unwidersprochen auf den »Konsens der Demokraten« berufen.

Fazit

Die Transformation der SED zur PDS war eine zwiespältige Angelegenheit. Schon damals und auch in der Rückschau wurde die Partei häufig dafür kritisiert, dass sie sich zum Jahreswechsel 1989/90 nicht einfach auflöste und damit den Weg für einen unbelasteten Neuanfang freimachte. Im Nachhinein ist es müßig zu diskutieren, wie gangbar und wie unbelastet ein solcher Neuanfang tatsächlich gewesen wäre, zumal auch Ost-CDU und LDPD fortbestanden und parallel zur SED/PDS die Transformation zu demokratischen Organisationen wagten. Während aber ostdeutsche Christdemokraten und Liberale schon im Frühjahr 1990 als Bündnispartner der westdeutschen Parteien akzeptiert wurden, entwickelte sich die Abgrenzung von der PDS zum Gründungskonsens des ostdeutschen beziehungsweise des gesamtdeutschen Parteiensystems. Nur wer sich dezidiert und überzeugend von der früheren SED und dem von ihr repräsentierten

²⁶⁴ Vgl. AdsD, Dep. Verheugen, 1/GVAC000048: Ursula Feist, „Magdeburg heizte den Wahlkampf an“. Thesen und Datenmaterial zur Analyse des Bundestagswahlkampfes 1994. Aus Anlaß einer Podiumsdiskussion in der Berliner Vertretung in Bonn am 19. 10. 1994, S. 11. Brunner, Wolfram: 10 Jahre nach dem Mauerfall: Die Bewertung der deutschen Einheit und der PDS in Ostdeutschland (=KAS, Analysen und Positionen), Sankt Augustin 1999, S. 7.

DDR-Sozialismus abgrenzte, hatte im Jahr 1990 eine Chance, vorbehaltlos als »demokratische Partei« Akzeptanz zu finden. Der propagierte »Erneuerungskurs« der PDS musste daher zwangsläufig Skepsis und Ablehnung hervorrufen, solange die Partei nicht bereit war, ihre sozialistische Kernidentität aufzugeben. Anders als die übrigen »Blockparteien« blieben die »SED-Nachfolger« hin- und hergerissen zwischen dem Wunsch, möglichst viel von der DDR ins neue Deutschland zu retten, und dem Ziel, in diesem neuen Deutschland eine möglichst große Rolle zu spielen. Diese Spannung war schon im Revolutionsjahr 1989/90 angelegt, und sie bestimmte den Kurs der Partei in den gesamten 1990er Jahren, in gewisser Weise sogar bis heute.

Die Transformation der PDS und ihre Integrationsbemühungen waren aber nur die eine Seite. Die andere war der »Konsens der Demokraten«, den ihre Konkurrenten zu etablieren versuchten. Auch die Anti-PDS-Koalition war von Beginn an brüchig und hielt nicht lange. Nicht jeder, der sich 1990 von der PDS distanzierte, tat dies aus denselben Gründen: Die einen sahen in der Partei eine Fortsetzung der Honecker-SED, mit der sich schon aus moralischen Gründen jede Zusammenarbeit verbot. Sie hielten die PDS für eine Gefahr, die im Sinne der wehrhaften Demokratie keinesfalls als »demokratische Partei« aufgewertet werden dürfe. Andere wiederum hatten in erster Linie die Partei der braven Parteifunktionäre in Ländern und Kommunen vor Augen, oder sie sahen auf Personen wie Gregor Gysi, dem nicht gerade »die Schlechtigkeit aus jedem seiner Knopflöcher herauschaute«, wie es Wolfgang Schäuble einmal ausgedrückt hat.²⁶⁵ Unter dessen Führung, so glaubte man, werde sich die PDS über kurz oder lang in eine Partei verwandeln,

²⁶⁵ Schäuble, Wolfgang: Und der Zukunft zugewandt, Berlin 1994, S. 243.

mit der eine konstruktive Politik machbar war, und mehr noch: Viele glaubten, dass die PDS durch gezielte Integration in diese Richtung beeinflusst und gewissermaßen »domestiziert« werden könne.

Die Integration der PDS wurde damit in der bundesdeutschen Politik der 1990er Jahren zur Streitfrage ersten Ranges. Die Transformation der SED zur PDS und die öffentlichen Debatten, die ihre Rolle im deutschen Parteiensystem auslöste, beeinflussten nicht zuletzt die Koalitionsarithmetik und trugen mit dazu bei, dass »Große Koalitionen« in der »Berliner Republik« häufiger wurden als zu westdeutschen Zeiten. Zugleich ging es in der »PDS-Frage« aber um mehr als um Parteipolitik und Machtarithmetik. In ihr überlagerten sich strategische, biografische, moralische und ideologische Fragen, und es überkreuzten sich ostdeutsche und westdeutsche Perspektiven, die noch heute nicht in jeder Hinsicht kongruent geworden sind. Die Revolution des Jahres 1989 beeinflusste damit das Parteiensystem der Bundesrepublik und ihre politisch-kulturelle Verfasstheit nachhaltiger, als lange geglaubt, und die Folgen sind noch lange nicht ausgeforscht.

Julia Reuschenbach

Parteien und Experten als Akteure in geschichtspolitischen Debatten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Von den Enquete-Kommissionen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zur Gedenkstättenkonzeption des Bundes

Über den Umgang mit der Diktatur der SED und über deren Aufarbeitung wurde in den 30 Jahren seit dem Fall der Mauer und der Wiedervereinigung Deutschlands intensiv geforscht. Der hier vorliegende Beitrag will anhand ausgewählter Fallbeispiele einen Einblick in die zugehörigen geschichtspolitischen Debatten bieten, die bereits unmittelbar mit dem Fall der Mauer und der Wiedervereinigung einsetzten.²⁶⁶ Zunächst werden einige grundlegende Hinweise zum Begriff Geschichtspolitik nach 1990 gegeben, um anschließend – am Fallbeispiel der Debatten über die Gedenkstättenkonzeption des Bundes – folgende Fragen zu beantworten: Welche geschichtspolitischen Diskussionslinien lassen sich mit Blick auf das institutionalisierte Gedenken an die SED-Diktatur im Rahmen der Debatten ausmachen? Inwieweit zeigen sich diese Konfliktlinien im klassischen Dualismus von Regierungs- und Oppositionsparteien? Wie wirkten die von Parlamentariern und Sachverständigen zuvor in den beiden Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages²⁶⁷ entwickelten Empfehlungen

²⁶⁶ Der vorliegende Text behandelt einen Teilaspekt des derzeitigen Promotionsprojekts der Verfasserin und kann nur ansatzweise Einblick in die Debatten seit den 1990er Jahren geben. Exemplarisch seien als weiterführende Literatur genannt: Becker, Manuel: *Geschichtspolitik in der Berliner Republik. Konzeptionen und Kontroversen*, Bonn 2013 sowie Richter, Sebastian: *Die Erinnerung an 1989 und die Geschichtspolitik von 2009*, in: *Deutschland Archiv* 43 (2010) 1, S. 109-116.

²⁶⁷ »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« (1992-1994) sowie »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit« (1995-1998).

schlussendlich in der Entwicklung der Gedenkstättenkonzeption fort?

Was ist unter Geschichtspolitik zu verstehen?

Begrifflich muss Geschichtspolitik von den nicht selten synonym verwendeten Begriffen Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur abgegrenzt werden.²⁶⁸ In Bezug zum Handeln politischer Akteure der Bundesrepublik taucht der Begriff bereits vor 1989 erstmals auf, nämlich auf dem Historikertag 1987. Er etabliert sich, als »publizistischer Kampfbegriff« gegen die von Helmut Kohl ausgerufene »geistig-moralische Wende« und somit im Kontext jenes politischen Handelns des damaligen Bundeskanzlers, welches wir heute als geschichtspolitisches Handeln bezeichnen.²⁶⁹ Dies zeigt eine wesentliche Entwicklung der wissenschaftlichen Betrachtung von Geschichtspolitik als Politikfeld: Wurde der Begriff in den ersten Jahren vornehmlich negativ konnotiert und mit politischer Vereinnahmung und Indienstnahme von Geschichte verknüpft, verstehen wir Geschichtspolitik heute als legitimes politisches Betätigungsfeld. Sie umfasst beispielsweise politische Initiativen zur Gründung von Gedenkstätten und Museen oder zum Umgang mit Gedenk- und Feiertagen, ferner politische Reden und schließlich auch materielle Entscheidungen zur Finanzierung von Institutionen oder zur Etablierung von Forschungsprojekten zum geschichtspolitischen Handeln politischer Akteure.

²⁶⁸ Zum Begriff Erinnerungskultur vgl. Reichel, Peter: Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit, München, Wien 1995. Zum Begriff Vergangenheitspolitik vgl. Frei, Norbert: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1997.

²⁶⁹ Schmid, Harald: Vom publizistischen Kampfbegriff zum Forschungskonzept. Zur Historisierung der Kategorie »Geschichtspolitik«, in: Ders. (Hg.): Geschichtspolitik und kollektives Gedächtnis. Erinnerungskulturen in Theorie und Praxis, Göttingen 2009, S. 53-75.

Doch so unterschiedlich sich die Erscheinungsformen geschichtspolitischen Handelns darstellen, so einheitlich ist das Ziel der politischen Akteure: Sie zielen – wie bei all ihrem politischen Handeln – auf politische Macht und Machterhalt. Damit sind zugleich Wählerinnen und Wähler selbstverständlich Adressatinnen und Adressaten geschichtspolitischer Aktivitäten, wenngleich Geschichtspolitik als Politikfeld jedoch weitaus weniger bedeutsam als etwa die Innen-, Außen-, Arbeits- und Wirtschaftspolitik ist. Dennoch lässt sich konstatieren, dass gerade historische Jubiläen die Gelegenheit zum geschichtspolitischen *Agenda-Setting* bieten – und wir in Deutschland überdies mit dem Erstarken der AfD vermehrt wieder politische Debatten zu Deutungsmustern historischer Sachverhalte erleben.²⁷⁰ Zusammenfassend können also, wie der Politikwissenschaftler Harald Schmid vorgeschlagen hat, »jene Diskurse und Handlungen« als Geschichtspolitik definiert werden, »mit denen die Deutung von Geschichte als gegenwärtige öffentliche Repräsentation einer kollektiv relevanten Vergangenheit zu politischen Zwecken betrieben wird.«²⁷¹

Mit der Betrachtung der Entstehung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes liegt der Fokus auf konkretem materiellem politischem Handeln, mit dem Förder- und Finanzierungsfragen, Fragen nach der Etablierung neuer oder dem weiteren Fortbestand existierender Einrichtungen verbunden sind. Rituelle und symbolische staatliche

²⁷⁰ So etwa die Diskussionen um die Äußerung des AfD-Fraktionsvorsitzenden Alexander Gauland, der 2018 den Nationalsozialismus als Vogelschiss in der deutschen Geschichte bezeichnete.

²⁷¹ Schmid, Harald: Konstruktion, Bedeutung, Macht. Zum kulturwissenschaftlichen Profil einer Analyse von Geschichtspolitik, in: Heinrich, Horst-Alfred / Kohlstruck, Michael (Hrsg.): Geschichtspolitik und sozialwissenschaftliche Theorie, Stuttgart 2008, S. 75-98, hier S. 78.

Aktivitäten, die natürlich nach 1990 ebenfalls stattfanden, bleiben damit außer Acht.²⁷²

Geschichtspolitik nach 1990

In den 1990er Jahren verliefen die wissenschaftliche Erforschung der DDR-Geschichte auf der einen Seite und die geschichtspolitische Aufarbeitung der SED-Diktatur auf der anderen Seite parallel zueinander. Somit standen in der Forschung etwa das Ministerium für Staatssicherheit und die Enttarnung dessen inoffizieller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Vordergrund. Die maßgeblich von DDR-Bürgerrechtlerinnen und -Bürgerrechtler initiierten Debatten mündeten in zwei geschichtspolitischen Wegmarken: die Bekanntgabe des »Stasiunterlagengesetzes« und die Schaffung der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU). Die Politik reagierte in beiden Fällen anstatt zu agieren. So sprachen sich etwa der amtierende Bundeskanzler Helmut Kohl und der Chef des Bundeskanzleramtes, Wolfgang Schäuble, gegen eine Öffnung der Stasiakten aus, da sie Unruhen in der Bevölkerung befürchteten, die sie in der politisch wie wirtschaftlich heiklen Phase nach der Wiedervereinigung für mehr als unerwünscht hielten. Erst der Druck der Demonstrantinnen und Demonstranten auf der Straße erzeugte politischen Handlungsdruck, dem die politischen Entscheidungsträger schließlich nachgaben.²⁷³ Auch in anderen

²⁷² So etwa die Feierlichkeiten zum 20. oder 25. Jubiläum des Mauerfalls oder das Gedenken 50 Jahre nach dem 17. Juni 1953; dazu beispielhaft: Mayer, Tilman: Im Wartesaal der Geschichte. Der 17. Juni als Wegmarke der Freiheit und Einheit, Baden-Baden 2014.

²⁷³ Vgl. Neubert, Erhard: Der Umgang mit der SED-Diktatur: Versäumnisse, Möglichkeiten, in: Mayer, Tilman (Hrsg.): 20 Jahre Deutsche Einheit. Erfolge, Ambivalenzen, Probleme (=Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung (GfD), Bd. 97), S. 182f.

Bereichen – etwa der Etablierung von Museen und Gedenkstätten – standen mehrheitlich zivilgesellschaftliche Initiativen am Anfang.²⁷⁴ Politisch wurden viele dieser Initiativen erst sehr spät und insbesondere erst ab 1999 im Rahmen der Gedenkstättenkonzeption des Bundes aufgegriffen und unterstützt.

Zur Vorgeschichte

Wie in allen Politikfeldern entstand durch die Frage nach dem Umgang mit den Hinterlassenschaften der DDR auch im Museums- und Gedenkstättenwesen enormer Diskussions- und Handlungsbedarf. Die im Sinne der staatlichen Ideologie erfolgte Vereinnahmung früherer NS-Konzentrationslager auf dem Gebiet der DDR zu regelrechten »Tempeln des Antifaschismus«²⁷⁵, die in ihren Darstellungen kommunistischen Widerstand heroisierten und ganze Häftlingsgruppen außer Acht ließen, bedurfte umfangreicher inhaltlicher Überarbeitungen.²⁷⁶ Auch hier fällt auf, dass zunächst die Gedenkstätten selbst versuchten, dass »Image aus DDR-Zeiten

²⁷⁴ Beispielhaft können hier erwähnt werden: Die Entstehung der Dokumentation Topographie des Terrors auf dem Gelände des früheren Reichssicherheitshauptamtes, die Entstehung der Gedenkstätte Berliner Mauer an der Bernauer Straße oder die der Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde.

²⁷⁵ »Dabei wurde der Begriffe „Antifaschist“ nicht historisch verstanden, sondern er war eher „im Blickfeld der herrschenden Kommunisten eine Charakteristik, zu deren integralem, ja beherrschenden Bestandteil der Kampf gegen den Imperialismus, gegen das Bonner Regime, gegen die klerikale Clique und das Engagement für den SED-Sozialismus zählte.«, Deutscher Bundestag (Hrsg.): BT-Drs. 14/1569 Unterrichtung durch die Bundesregierung: Konzeption der künftigen Gedenkstättenförderung des Bundes und Bericht der Bundesregierung über die Beteiligung des Bundes an Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland, S. 7.

²⁷⁶ Vgl. Reuschenbach, Julia: »Tempel des Antifaschismus?« – Die Nationalen Mahn- und Gedenkstätten der DDR, in: Deutschland Archiv, 26.01.2015, <http://www.bpb.de/199442> (29.03.2020).

abzustreifen«²⁷⁷, bevor politische Aktivitäten in diesem Bereich aufgenommen wurden.

Wesentlich, ja zwingend ergab sich die Notwendigkeit zur Transformation aus einem doppelten Grund: einerseits aus dem Vergleich mit den teils schon seit den 1960er Jahren existierenden KZ-Gedenkstätten in Westdeutschland (die finanziell weitaus weniger gut ausgestattet waren als die Nationalen Mahn- und Gedenkstätten der DDR) und andererseits aus der nun erforderlichen gesamtdeutschen Betrachtung des Gedenkstättenwesens vor dem Hintergrund zweier Diktaturen.²⁷⁸ »Die Frage des Umgangs mit den großen Gedenkstätten in den neuen Bundesländern – mit Buchenwald, Sachsenhausen, Ravensbrück – gehört zu den Schlüsselfragen der Gedenkstättenentwicklung seit dem Sturz des SED-Systems und der deutschen Vereinigung. [...] Die Diskussions- und Entscheidungsprozesse gingen über die konkreten Gedenkstätten hinaus und wirkten geradezu als Katalysator für die Entwicklung des gesamten Gedenkstättenwesens.«²⁷⁹ Zugleich blieb die Zuständigkeit für die ostdeutschen Gedenkstätten zunächst ungeklärt und wurde daher vorläufig durch das Bundesministerium

²⁷⁷ Haase, Norbert: Gedenkstätten in den neuen Bundesländern nach der deutschen Einheit, in: Gedenkstättenrundbrief Nr. 96, S. 11. Die Erforschung dieser Umbruchzeit in den betroffenen Institutionen, von 1990 bis zu ersten förderpolitischen Aktivitäten ab 1999, ist dabei in der Forschung weitestgehend ein Desiderat.

²⁷⁸ Vgl. Meyer, Erik: Die Gedenkstättenkonzeption des Bundes als Instrument geschichtspolitischer Steuerung, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.): Jahrbuch für Kulturpolitik, Bd. 9 Erinnerungskulturen und Geschichtspolitik, Bonn / Essen 2009, S. 101.

²⁷⁹ Faulenbach, Bernd: Entwicklungstendenzen der Gedenkstättenarbeit seit der Wiedervereinigung, in: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): Gedenkstätten und Besucherforschung. Wissenschaftliches Symposium am 2. und 3. Dezember 2003, Bonn 2003, S. 112.

des Inneren ausgeführt.²⁸⁰ Erste parteipolitische Debatten begannen damit in den 1990er im Innenausschuss des Deutschen Bundestages. So forderte die SPD-Fraktion die bundesweit einheitliche Festlegung von Förderkriterien für NS-Gedenkstätten, verbunden mit dem Argument, »die historische Verantwortung für den Nationalsozialismus [lasse sich] ja nicht zwischen Ost und West aufteilen [...]«. ²⁸¹ Die damalige Regierungsmehrheit aus Union und FDP war dazu hingegen nicht bereit.²⁸² Erstmals fand auf diese Weise, fast 50 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges, überhaupt eine parlamentarische Diskussion über den bundespolitischen Umgang mit KZ-Gedenkstätten statt. Zuvor wurden diese Diskussionen nicht selten mit Verweis auf die grundgesetzlich verankerte Kulturhoheit der Länder abgewiegelt.

Von Aufarbeitung, Folgen und Umgang mit der SED-Diktatur

Im Jahr 1992 beschloß der Deutsche Bundestag die Einsetzung der »Enquete-Kommission zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur.« So entstand eine Parallelität, denn auch der Innenausschuss des Deutschen Bundestages verfolgte das Thema weiterhin.²⁸³ Erstmals kam mit Einsetzung der Kommission ein aus Parlamentariern und Sachverständigen besetztes Gremium zusammen, welches sich in einem breiten Themenfeld mit der

²⁸⁰ Die Zuständigkeiten können an dieser Stelle nicht weiter beleuchtet werden. Zur Rolle des BMI siehe u.a. Zifonun, Darius: Gedenken & Identität: Der deutsche Erinnerungsdiskurs, Frankfurt am Main 2004, S. 74f.

²⁸¹ Vergin, Siegfried: Wende durch die »Wende«. Der lange kurze Weg zur Gedenkstättenkonzeption des Bundes, in Gedenkstättenrundbrief, Nr. 100, S. 91.

²⁸² Vgl. Rudnik, Carola: Die andere Hälfte der Erinnerung. Die DDR in der deutschen Geschichtspolitik seit 1989, Bielefeld 2011, S. 41.

²⁸³ Vgl. beispielhaft: Deutscher Bundestag (Hrsg.): BT-Drs. 12/1189, 12/3178 und 12/3179. Das Amt der/des Bundesbeauftragte(n) für Kultur und Medien existiert damals noch nicht, es wird erst 1998 mit Amtsantritt der rot-grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder geschaffen.

Aufarbeitung der SED-Diktatur auseinandersetzen sollte. Die Kommission hatte jedoch lediglich beratende Funktion, konnte keine Beschlüsse fassen, weshalb die Umsetzung ihrer Vorschläge einer parlamentarischen Beschlussempfehlung im zuständigen Innenausschuss des Deutschen Bundestages benötigte.²⁸⁴ Erste Konflikte in den geschichtspolitischen Diskussionen lassen sich an den zeitgleichen Aktivitäten des Innenministeriums ablesen. Dieses hatte schon 1993, also rund ein Jahr vor Abschluss der Beratungen der ersten Enquete-Kommission, einen Beschluss über die »Gesamtkonzeption zur Beteiligung des Bundes an Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland« vorgelegt.²⁸⁵ Der Beschluss beinhaltete bereits sehr konkrete Vorschläge für künftige Förderkriterien und wurde lediglich dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags zur Zustimmung vorgelegt, die am 24. März 1993 erfolgte.²⁸⁶ Daneben organisierte der Innenausschuss im Deutschen Bundestag 1994 unter Einbeziehung der Enquete-Kommission eine öffentliche Anhörung in der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen.²⁸⁷

²⁸⁴ Vgl. umfangreich zur Stellung von Enquete-Kommissionen im politischen System der Bundesrepublik Deutschland: Altenhof, Ralf: Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, Wiesbaden 2002.

²⁸⁵ BMI-Vorlage Nr. 173/92 (Neufassung) Gesamtkonzeption zur Beteiligung des Bundes an Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland, zitiert nach: Zifonun: Gedenken & Identität, S. 74f.

²⁸⁶ Vgl. ebd. Auf Basis dieses Beschlusses wurde die Förderung von insgesamt acht Gedenkstätten vorzeitig aufgenommen, die jedoch ausschließlich in Berlin oder den sog. neuen Bundesländern lagen. Deutscher Bundestag (Hrsg.): BT-Drs. 14/1569: Unterrichtung durch die Bundesregierung: Konzeption der künftigen Gedenkstättenförderung des Bundes, 27.07.1999, S. 5.

²⁸⁷ Die Dokumentation ist abgedruckt in: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«, 12. Wahlperiode, Bd. IX Formen und Ziele der Auseinandersetzung mit den beiden Diktaturen in Deutschland, Baden-Baden 1995, S. 221-573.

So ist festzuhalten, dass zwei frühe Konfliktlinien in diesen Debatten ausgemacht werden können: zum einen die zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien mit Blick auf die parlamentarischen Debatten im Innenausschuss des Deutschen Bundestages, zum anderen zwischen dem der Exekutive zugehörigen Innenministerium und der Einsetzung der Enquete-Kommission durch die Legislative, also den Deutschen Bundestag. Daneben tauchte in der Auseinandersetzung mit der Kommissionsarbeit durch die PDS als Nachfolgepartei der SED zusätzlicher Diskussionsstoff auf, der unter anderem in einer separaten, rund elfbändigen Kommentierung der Kommissionsarbeit durch die PDS mündete und sich auch auf formale Debatten mit Blick auf den damaligen Gruppenstatus der Partei bezog.²⁸⁸

Der Blick in die umfangreiche Materialsammlung der Kommission offenbart, dass sie zwar eine umfangreiche Auseinandersetzung mit zahlreichen Themen vornahm, die Entwicklung einer bundesweiten Förderkonzeption für das Gedenkstättenwesen jedoch in ihren Schlussempfehlungen als Aufgabe für eine zweite, anschließende Enquete-Kommission formulierte.²⁸⁹ Deren Einsetzungsbeschluss spiegelte diesen Auftrag wider: »Die Enquete-Kommission soll zur Festigung des demokratischen Selbstbewußtseins, des freiheitlichen Rechtsempfindens und des antitotalitären Konsenses in Deutschland beitragen und alle Tendenzen zur Verharmlosung und Rechtfertigung von Diktaturen entgegenwirken. Dafür ist die Entwicklung gesamtdeutscher Formen der Erinnerung an die beiden

²⁸⁸ Vgl. zu den Diskussionen: Altenhof: Die Enquete-Kommission, S. 45f. sowie insbesondere S. 82-86.

²⁸⁹ Deutscher Bundestag (Hrsg.): BT-Drs. 12/7820, 12/2230 und 12/2597: Bericht der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« gemäß Beschluss des Deutschen Bundestages vom 12. März 1992 und vom 20. Mai 1992, in: Ders.: (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission, Bd. I, S. 738-746.

deutschen Diktaturen und deren Opfer wichtig. Die Erinnerung an die Opfer von Unrecht und Gewalt, an Widerstand und Mut in den Diktaturen sowie den Prozeß der Ablösung der SED-Herrschaft 1989 soll für das öffentliche Bewußtsein und die nationale Kultur wachgehalten werden. Gleichzeitig müssen die seinerseits in beiden deutschen Staaten entwickelten unterschiedlichen Formen und Inhalte der Würdigung des Antifaschismus als Legitimationsideologie in der SBZ/DDR bedacht werden. In diesem Zusammenhang soll die Kommission unter Berücksichtigung bestehender Bund-Länder-Absprachen Vorschläge zu einer umfassenden Gedenkstättenkonzeption unterbreiten.«²⁹⁰

In den folgenden umfangreichen Debatten und Hearings der Kommission standen vor allem zwei Aspekte im Vordergrund: die Ausweitung der Förderung auf Gedenkstätten in Westdeutschland sowie die Diskussion über die Behandlung von NS-Gedenkstätten, SED-Gedenkstätten und solchen mit »doppelter Vergangenheit«²⁹¹, im Vergleich zueinander. Die abschließenden Empfehlungen²⁹² der Kommission wurden durch den Bundestagswahlkampf 1998 überlagert. Es zeichnete sich ab, dass deren Umsetzung eine Aufgabe der nächsten Bundesregierung sein würde.

Mit dem Amtsantritt der rot-grünen Regierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder war ein geschichtspolitisch überaus relevanter

²⁹⁰ Deutscher Bundestag (Hrsg.): BT-Drs. 13/1535 Einsetzung einer Enquete-Kommission »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit«, 31.05.1995, S. 3.

²⁹¹ Hierunter sind all jene Gedenkstätten zu verstehen, die zunächst im Nationalsozialismus als Konzentrationslager genutzt wurden und später nach 1945 als sowjetische Speziallager in der SBZ dienten. Hierzu zählen insbesondere auch die späteren Nationalen Mahn- und Gedenkstätten der DDR in Sachsenhausen, Ravensbrück und Buchenwald.

²⁹² Deutscher Bundestag (Hrsg.): BT-Drs. 13/11000: Schlußbericht der Enquete-Kommission »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit«, 10.06.1998.

Einschnitt verbunden: Mit der Schaffung des Amtes des Bundesbeauftragten für Kultur und Medien (BKM), das der Journalist und Publizist Michael Naumann übernahm, wurde die Zuständigkeit für Fragen der Gedenklandschaft auf diese neue, direkt im Kanzleramt angesiedelte Stelle übertragen. Zugleich tangierten die parallelen Debatten über die Errichtung eines »Denkmals für die ermordeten Juden in Europa« die Umsetzung der Kommissionsempfehlungen.²⁹³ Es zeigte sich, dass die Diskussionslinie zwischen Regierung und Opposition – nunmehr in umgedrehter parteipolitischer Konstellation – eine Konstante dieser geschichtspolitischen Diskurse blieb. Zugleich verliefen diesmal, vor allem mit Blick auf die Einsetzung der Kommission 1995, nun auch kontroverse Debatten innerhalb des Oppositionslagers selbst. Dies lag in erster Linie an internen Querelen der SPD, die Uneinigkeiten erzeugten, während Bündnis 90/Die Grünen nicht selten auf Seiten der Koalitionsfraktion stand.²⁹⁴ Die Gedenkstättenkonzeption des Bundes, ein »Instrument geschichtspolitischer Steuerung«²⁹⁵, wurde schlussendlich 1999 durch den Deutschen Bundestag verabschiedet²⁹⁶ und von einem weitestgehend positiven öffentlichen Echo begleitet.²⁹⁷ Es fällt auf, dass damit – und, soweit erkennbar,

²⁹³ Vgl. grundlegend: Meyer, Erik: Die Gedenkstättenkonzeption des Bundes, S. 103. Im Detail zum zeitlichen Zusammenfall der Bekanntgabe der Konzeption und der Debatte um das »Holocaust-Mahnmal« vgl. Ders.: Erinnerungskultur als Politikfeld. Geschichtspolitische Deliberation und Dezision in der Berliner Republik, in: Bergem, Wolfgang (Hrsg.): Die NS-Diktatur im deutschen Erinnerungsdiskurs, Opladen 2003, S. 128-131.

²⁹⁴ Vgl. Altenhof: Die Enquete-Kommission, S. 158.

²⁹⁵ Meyer: Die Gedenkstättenkonzeption des Bundes, S. 101.

²⁹⁶ Deutscher Bundestag (Hrsg.): BT-Drs. 14/1569 Unterrichtung der Bundesregierung. Konzeption der künftigen Gedenkstättenförderung des Bundes, 27.07.1999.

²⁹⁷ Inhaltlich löst die geforderte mindestens 50%-Finanzierung der Gedenkstätten durch das jeweilige Sitzland eine weitere Konfliktdimension – zwischen Bund und Ländern – aus. Vgl. ausführlich zu dieser »Politikverflechtungsfälle« Meyer: Die Gedenkstättenkonzeption des Bundes, S. 104.

entgegen des früheren Vorgehens des Bundesinnenministeriums – seit 1993 wissenschaftliche Expertise den Entstehungsprozess der Konzeption intensiv begleitet hat.²⁹⁸

Das geschichtspolitische Miteinander war jedoch nur von kurzer Dauer. Schon in den frühen 2000er Jahren wurde der erzielte Kompromiss von Seiten der Unionsfraktion heftig kritisiert. In ihrem 2001 erstmals im Ausschuss für Kultur und Medien beratenden Antrag »Förderung von Gedenkstätten zur Diktaturgeschichte – Gesamtkonzept für ein würdiges Gedenken aller Opfer der beiden deutschen Diktaturen« konstatierten die Unionsfraktionen, »dass dem Gedenken der Opfer beider deutscher Diktaturen ausgesprochen unterschiedlich Rechnung getragen [werde]. [Es werde] an die Zeit der SED-Diktatur auf nationaler Ebene nur marginal gedacht. [...] [Es] entsteh[e] der falsche Eindruck, dass diese SED-Diktatur lediglich als regionales Ereignis [...] und eben nicht als Bestandteil der gemeinsamen deutschen Nachkriegsgeschichte darzustellen sei. [...] Der [...] so wichtige Zusammenhang zwischen beiden Diktaturen und das Gedenken an deren Opfer [müsse] sich in einem stringenten Gesamtkonzept wiederfinden.«²⁹⁹ In den folgenden Monaten dominierte der Vorwurf einer Gleichsetzung von NS- und SED-Diktatur die öffentliche Debatte über den Antrag – eine Diskussion, die bereits im Rahmen der Enquete-Kommission 1994-1999 geführt und mit der

²⁹⁸ Vgl. Altenhof: Die Enquete-Kommission, S. 220-222 sowie S. 228-229. Vgl. auch Rudnik: Die andere Hälfte der Erinnerung, S. 83f.

²⁹⁹ Deutscher Bundestag (Hrsg.): BT-Drs. 15/1874 Förderung von Gedenkstätten zur Diktaturgeschichte in Deutschland – Gesamtkonzept für ein würdiges Gedenken aller Opfer der beiden deutschen Diktaturen, 04.11.2003, S. 5. Nach umfangreicher öffentlicher Kritik wurde der Antrag zunächst zurückgezogen, jedoch 2004 mit nur marginalen Änderungen erneut vorgelegt, vgl. Meyer: Die Gedenkstättenkonzeption des Bundes, S. 105f.

»Faulenbach-Formel«³⁰⁰ befriedet werden konnte. In dieser brisanten geschichtspolitischen Diskussion wich die Regierung von ihrer Linie nicht ab. Christina Weiss, die seit 2002 amtierende Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, kritisierte die indirekte Gleichsetzung beider Systeme im Antrag der Union, wies die Kritik am Konzept zurück und ging doch auf anderem Wege auf die Forderungen der Union ein.

Zum Jahreswechsel 2004/2005 wurden die noch bestehenden Zuständigkeiten für die Stasiunterlagenbehörde (BStU) und die für die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur vom Bundesinnenministerium in das Ressort der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien verlagert.³⁰¹ So gelang es den Regierungsparteien, die öffentliche Debatte über Änderungen an der Konzeption von 1999 abzuschwächen und dennoch eine Aufwertung des Gedenkens an die SED-Diktatur herbeizuführen. Geschichtspolitisch agierte die Regierung zugleich selbst aktiv, indem sie versuchte, das von der Union eingebrachte Thema zu ihrem eigenen zu machen und erfolgreich politisch zu besetzen. Christina Weiss initiierte daher 2005 eine Debatte, um »den gesamten Aufarbeitungskomplex grundlegend zu koordinieren«³⁰², und gab die Bildung einer Kommission bekannt, die unter Vorsitz

³⁰⁰ Hierunter wird der Ausspruch des Sachverständigen Bernd Faulenbach verstanden, der postulierte, »dass es bei dem Gedenken zu keiner Relativierung der NS-Verbrechen, durch die Verbrechen des Stalinismus, und zu keiner Bagatellisierung der stalinistischen Verbrechen[,] durch Verweis auf NS-Verbrechen, kommen [dürfe].«, Faulenbach, Bernd: Probleme des Umgangs mit der Vergangenheit im vereinten Deutschland, in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Deutschland. Eine Nation – doppelte Geschichte: Materialien zum deutschen Selbstverständnis, Köln 1993, S. 190.

³⁰¹ Vgl. Meyer: Die Gedenkstättenkonzeption des Bundes, S. 106.

³⁰² Schlegel, Matthias: Richtig aufarbeiten. Eine Kommission berät wie mit der SED-Diktatur umgegangen werden soll, in: *Der Tagesspiegel* vom 15.12.2005, zitiert nach: Sabrow Martin u.a. (Hrsg.): *Wohin treibt die DDR-Erinnerung? Dokumentation einer Debatte*, Göttingen 2006, S. 186.

des Zeithistorikers Martin Sabrow einen dezentralen Geschichtsverbund im Bereich der SED-Aufarbeitung konzipieren soll. Die anschließende, mit harten Bandagen geführte öffentliche Debatte kann an dieser Stelle nicht weiterverfolgt werden.³⁰³ Wesentlich – mit Blick auf die Rolle von Parteien und Expertinnen und Experten – erscheint jedoch erneut die Beeinflussung der Kommissionsaktivitäten durch parallele politische Veränderungen. In diesem Fall war es die Bundestagswahl 2005, mit der die rot-grünen Regierungsjahre endeten. Bernd Neumann (CDU), der neue Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, bezeichnete die kurz zuvor veröffentlichten Empfehlungen der Sabrow-Kommission als »Denkbausteine«, die »einer eingehenden Prüfung und Beratung unterzogen« werden müssten. Diese Beratungen würden »einfließen in die Fortschreibung der Konzeption der Gedenkstättenförderung des Bundes.«³⁰⁴ In den folgenden Jahren der Diskussionen bestätigte sich die hier bereits ersichtliche kritische Haltung Neumanns, wenngleich sich in dem von ihm 2007 vorgelegten Entwurf zur Fortschreibung einige Vorschläge der »Sabrow-Kommission« wiederfand.³⁰⁵

³⁰³ Eine quellengesättigte Dokumentation der gesamten Debatte liefert Martin Sabrow selbst, vgl. ebd.

³⁰⁴ Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Pressemitteilung Nr. 138, 12.05.2006, zitiert nach: Ebd., S. 199.

³⁰⁵ Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien: Verantwortung wahrnehmen, Aufarbeitung verstärken, Gedenken vertiefen (Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption gemäß Koalitionsvertrag vom 11.11.2005 zur Vorlage an den Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages), Entwurf, 22.06.2007, <https://www.yumpu.com/de/document/read/9987211/entwurf-bkm-gedenkstaettenkonzeption-robort-havemann-> (30.03.2020).

Fazit: Es gibt noch viel zu tun

Wenngleich in dieser Kürze nur ansatzweise dargelegt, verdeutlichen die hier vorgestellten Entwicklungen, dass sich in den frühen geschichtspolitischen Debatten im Rahmen der Aufarbeitung der SED-Diktatur zwei wesentliche Konfliktlinien ausmachen lassen: Stehen einander in den Anfängen die Aktivitäten von Regierung und Parlament gegenüber, bestehen ab Mitte der 1990er Jahre mehrheitlich Konfliktlinien zwischen den Regierungs- und Oppositionsparteien, insbesondere zwischen SPD und Union sowie ab 1995 auch innerhalb der Opposition zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Inhaltliche Debatten, etwa über die Verharmlosung der NS-Diktatur und die vermeintliche Gleichsetzung der beiden Diktaturen, wurden nicht nur von Parteien und Expertinnen und Experten, sondern auch von zivilgesellschaftlichen Initiativen und zahlreichen Opferverbänden intensiv und öffentlichkeitswirksam geführt.³⁰⁶ Zumindest in Teilen lässt sich feststellen, dass die wechselnden Mehrheitsverhältnisse im Bundestag dazu beitrugen, dass (obwohl auf wissenschaftlicher Forschung und teils mehrjährigen Beratungen basierende) Empfehlungen eingesetzter Kommissionen nicht oder nur anteilig verfolgt wurden. Lediglich ein Blick in die derzeit zu großen Teilen noch gesperrten Akten der Archive der Parteien kann jedoch offenbaren, inwieweit dabei auch parteipolitisches Taktieren, die Diskreditierung der Anliegen des politischen Gegners oder ein inhaltliches geschichtspolitisches

³⁰⁶ Vgl. Knigge, Volkhard: Stellungnahme zur Fortschreibung der Bundesgedenkstättenkonzeption, in: Gedenkstättenrundbrief, Nr. 140, S. 36-45. Reinhold, Michael: Die Konzeption der künftigen Gedenkstättenförderung des Bundes, in: Gedenkstättenrundbrief, Nr. 91, S. 22-31. Kellerhoff, Sven-Felix: Kabinett beschließt neues Gedenkstättenkonzept, in: *Die Welt* vom 18.06.2008, <http://www.welt.de/2119684> (29.03.2020).

Agenda-Setting eine Rolle spielten.³⁰⁷ Es bleibt festzuhalten, dass die einzelnen Aktivitäten von Parteien und Experten in geschichtspolitischen Debatten – gerade mit Blick auf die Aufarbeitung der SED-Diktatur – bis dato in der Forschung noch wenig Beachtung gefunden haben. So soll der hier vorliegende Beitrag auch Anlass und Inspiration dazu sein, andere Forschende aus Politik- und Geschichtswissenschaft anzuregen, dieses Themenfeld³⁰⁸ stärker in den Blick zu nehmen.

³⁰⁷ Diese Fragen sollen durch das derzeitige Promotionsprojekt der Verfasserin bearbeitet und soweit möglich beantwortet werden.

³⁰⁸ So stehen bisher etwa eine umfassende wissenschaftliche Bearbeitung des Sächsischen Gedenkstättenstreits ebenso aus wie eine akteursorientierte Untersuchung der Gründung des Hauses der Geschichte in Bonn. Zugleich werden gegenwärtige Themen, so etwa die Verflechtungen geschichtspolitischer Akteurinnen und Akteure der AfD und rechtsextremistischer Verlage und Think Thanks zunehmend mit Blick auf die handelnden Akteurinnen und Akteure untersucht. Vgl. Speit, Andreas: Bürgerliche Scharfmacher. Deutschlands neue rechte Mitte (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 10033), Bonn 2017. Vgl. auch Volker Weiß im Gespräch mit Stefan Maas: So geht rechte Geschichtspolitik in Deutschland, in: Deutschlandfunk Kultur, 01.02.2017, https://www.deutschlandfunkkultur.de/afd-und-ns-gedenken-so-geht-rechte-geschichtspolitik-in.976.de.html?dram:article_id=377934 (30.03.2020).

Mitwirkende

Oberstleutnant Dr. Heiner Bröckermann (*1966)

Seit 2016 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr in Potsdam, Leiter des Bereich Grundlagen in der Abteilung Bildung.

Prof. Thorsten Holzhauser (*1985)

Seit 2013 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Seminar der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

Axel-Wolfgang Kahl (*1986)

Seit 2019 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Institut der Universität Potsdam. Derzeit Bearbeitung einer Dissertation zum Thema »Die Transformation der ostdeutschen Rechts-, Wirtschafts-, und Sozialwissenschaften in den 1980/90er Jahren«.

Wolf-Rüdiger Knoll (*1986)

Seit 2017 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte. Derzeit Bearbeitung einer Dissertation zum Thema: »Akteursstrukturen und Privatisierungspraxis in der Transformation: Die Arbeit der Treuhandanstalt im Land Brandenburg 1990-1994«.

Dr. Lars Lüdicke (*1977)

Seit 2017 Koordinator des Forums Deutschlandforschung in der Deutschen Gesellschaft e. V.

Julia Reuschenbach (*1988)

Seit 2019 wissenschaftliche Mitarbeiterin der Gedenkstätte Berliner Mauer, Leiterin Standort East Side Gallery. Derzeit Bearbeitung einer Dissertation zum Thema:» Vom Nutzen der Geschichte - Parteien als geschichtspolitische Akteure«.

Dr. Stefan Wolle (*1950)

Seit 2005 wissenschaftlicher Leiter des DDR-Museums in Berlin.

